Dienstag, 28. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36.00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 90.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 147 - 26.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7.50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1.60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kohl-Moskau: Bonn soll einem Gewaltverzichtsvertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt zustimmen. Diese Forderung wird für Kohls Moskaureise erwartet. Im Westen werden solche Scheinlösungen abgelehnt.

Wien: Bei den MBFR-Verhandlungen über Truppenreduzierungen hat sich die UdSSR mit Inspektionen an Ort und Stelle einverstanden erklärt, allerdings noch nicht im vom Westen gewünschten Umfang. Meldungen, Moskau fordere den Totalabzug der US-Truppen aus Europa, wurden in NATO-Kreisen dementiert.

Italien: Bei den Parlamentswahlen in Italien zeichneten sich nach ersten Hochrechnungen erhebliche Verluste für die Christdemokraten und die KP ab. Die Wahlbeteiligung lag mit etwa 81 Prozent erheblich niedriger als 1979 (90,6 Prozent).

Chile: Der „unbefristete" Generalstreik (seit Donnerstag) wurde am Montag nach geringer Beteiligung beendet.

Attentate: Turins Generalstaatsanwalt Caccia wurde auf der Straße erschossen. – In Pamplona wurde vermutlich von Eta-Terroristen der Flugplatzbeamte Cereceda vor seinem Haus erschossen. – In Frankfurt richtete ein Bombenanschlag auf das Haus des Flughafenchefs Becker Sachschaden an.

Japan: Nach seinem Sieg bei den Oberhauswahlen hat Premier Nakasone Einkommenssteuersenkungen und eine Verwaltungsreform versprochen. Die seit 33 Jahren regierende LDP hat ihre Mehrheit um vier auf 137 der 252 Sitze ausgebaut. – Reagan will Japan im November besuchen.

Tschad: Frankreich hilft mit 35 Tonnen Waffen gegen die von Libyen unterstützten Rebellen.

Berlin: Bei der Räumung von sieben besetzten Häusern wurde in drei Fällen Widerstand geleistet. 63 Häuser bleiben besetzt.

Abtreibung: Blüm lehnt „Abtreibung auf Krankenschein" bei sozialer Indikation ab („Brigitte"-Interview).

Heute: In Moskau wird eine Begegnung der Parteichefs der Sowjetunion und Osteuropas erwartet. Vermutliche Themen: Nachrüstung und Williamsburg. – Kohl spricht vor der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Göttingen. – Für die Hauptversammlung der Bayer AG kündigen Linke und Alternative Protestaktionen an. – SPD-Fraktionschef Vogel wird in Wien von Präsident Kirchschläger und Kanzler Sinowatz empfangen.

ZITAT DES TAGES

„Ich bedaure, daß wir nicht die Chance hatten, die Gewalt zu verhindern. Das ist ein Mangel, das darf nicht passieren."

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor zu den Krefelder Ausschreitungen

FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

SPD-Pläne: Die SPD will die Stahl-Standorte aus Beschäftigungsgründen „im Kern" erhalten, bei notfalls mehr als den vorgesehenen drei Milliarden Stahlhilfe. Ferner fordert sie höhere Umwelt-Investitionen, finanzierbar etwa durch höhere Mineralölsteuer oder einen „Waldpfennig" auf die Stromrechnung.

Bund–Länder: Stoltenbergs Haushaltsgesetzentwurf sieht einen Prozentpunkt mehr für die Länder aus der Mehrwertsteuer vor (etwa 1,2 Milliarden DM).

Polen: Benzin-Rationierung gilt vom 1. Juli an auch für Ausländer (30 bzw. 45 Liter monatlich).

US-Wachstum: Erholung bei Autos und Stahl, aber keine Rückkehr zum Niveau der siebziger Jahre. Rückgang bei Bau- und Werkzeugmaschinen, Aufwind bei Hochtechnologie, Wohnungsbau, Möbeln u. a.

Indien: Beim ersten Besuch eines US-Außenministers seit neun Jahren bespricht Shultz u. a. Ersatzteillieferungen für das Atomkraftwerk Tarapur.

Benzin: Esso, deren Jahresüberschuß um 180 Millionen Mark (auf 230 Millionen) zurückging, will die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli weitergeben. Viele andere Unternehmen können das wegen der Marktlage nicht.

Börse: Kaufaufträge aus dem In- und Ausland führten zum Wochenbeginn zu festen Aktienkursen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 140,7 (139,8). Der Kurs des US-Dollar fiel weiter auf 2,5160 (2,5251) Mark zurück. Goldpreis pro Feinunze 419,50 (423,50) Dollar.

KULTUR

Den Ingeborg-Bachmann-Preis 1983 erhielt Friederike Roth (Stuttgart).

Nobelpreisträger: Bei der Lindauer Tagung beklagt Bayerns Kultusminister Maier mangelnde Abenteuerlust in deutschen Forschungsstätten und sieht Wohlstand, Sicherheit und Planstellenschwemme als Ursache.

Kernfusion: Die europäische Fusionsforschungsanlage „Jet" (Joint European Torus) hat in Culham bei Oxford (England) ihre Arbeit aufgenommen.

SPORT

Leichtathletik: Die Mannschaft der „DDR" gewann in Los Angeles einen Vergleichskampf gegen das Team der USA mit 197:181 Punkten. Dabei waren die amerikanischen Männer mit 125:97 und die Frauen der „DDR" mit 100:56 überlegen.

Galopp: Im 114. Deutschen Derby werden am Sonntag in Hamburg 23 Pferde starten. Für den Favoriten Ocos mit Jockey Georg Bocskai wurde bei der Auslosung der Startplätze die ungünstigste Position (Startbox Platz 23) gezogen.

AUS ALLER WELT

Absturz: Nach Zusammenstoß mit einem Sportflugzeug stürzte eine „Mirage" auf Wohngebiet in Biberach an der Riß. Es gab fünf Tote und mindestens acht Verletzte. – Bei einem Hubschrauberabsturz in England starben drei Wissenschaftler (darunter ein Deutscher) und der Pilot.

Sojus: Zwei Tage nach der Landung von „Challenger" hat die Sowjetunion das mit zwei Mann besetzte Raumschiff Sojus T-9 gestartet.

Müll-Roboter: Ein in Japan entwickelter Roboter wechselt atomare Brennelemente in Kernkraftwerken aus.

Wetter: Der Zustrom kühler Meeresluft von Nordwesten bleibt erhalten; jetzt wird auch die schwülwarme Luft im Südwesten verdrängt. Wechselnde Bewölkung, Schauer möglich, im Süden Gewitter.

Außerdem heute in der WELT:

Leitartikel: Analyse des ARD-Beitrags „Shalom oder Wir haben nichts zu verlieren" S.2

Bayerns Trachtenvereine: Das „bayrisch Gwand" ist mehr als eine Touristengaudi S.3

Der „Stern"-Skandal: Warum es zu dem Debakel um die Tagebücher kommen mußte S.4

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S.5 und 6

Sport: WELT-Analyse der deutschen Leichtathletik – zehn WM-Medaillen sind möglich S.7

Fernsehen: Intendant August Everding ist heute Gast in Fuchsbergers Talk-Show S.7

Nahost: Unterstützung für PLO-Chef Arafat vom Mufti in Ost-Jerusalem S.8

Wirtschaft: Fehlende Arbeitsproduktivität weist Schwäche des Sowjet-Systems auf S.9

Kultur: Frankfurter Museum für Kunsthandwerk zeigt vier Jahrhunderte Design S.15

Aus aller Welt: „Billig-Flugzeug" dreht über NATO-Platz Testrunden S.16

Kohl rechnet in Moskau mit Forderung nach Gewaltverzicht

Entsprechendes Abkommen mit Warschauer Pakt wird von NATO abgelehnt

BERNT CONRAD, Bonn

In Bonn wird erwartet, daß die Sowjetführung den Bundeskanzler in der kommenden Woche in Moskau mit der Forderung bedrängen wird, er möge als Zeichen guten Willens Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt zustimmen.

Die westlichen Bündnispartner haben einen Dialog mit den Sowjets über dieses Thema bisher abgelehnt, weil sie einen neuen Vertrag angesichts der schon bestehenden Verpflichtungen zum Gewaltverzicht für überflüssig und wegen seiner möglicherweise illusionsfördernden Wirkung sogar für schädlich halten. Auch maßgebliche CDU/CSU-Politiker haben sich gegen eine Inflation von Gewaltverzichts-, Nichtersteinsatz- und Nichtangriffsabkommen ausgesprochen. Beim Koalitionspartner FDP gibt es aber ebenso wie bei der oppositionellen SPD Neigungen zu einer positiveren Reaktion auf das östliche Angebot.

Die Teilnehmer des Warschauer-Pakt-Gipfels in Prag hatten am 6. Januar 1983 den Mitgliedstaaten der NATO vorgeschlagen, einen „Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen" abzuschließen. „Herzstück des Vertrages" sollte nach dem Prager Kommuniqué „die gegenseitige Verpflichtung der Teilnehmerstaaten beider Bündnisse sein, als erste gegeneinander weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen und folglich nicht als erste Gewalt überhaupt gegeneinander anzuwenden."

SEITE 2:
Moskaus Konzept für Kohl

Moskau hat seitdem immer wieder eine offizielle Antwort auf seinen Plan angemahnt. Doch die NATO-Außenminister haben sich auch bei ihrer Tagung in Paris am 9. und 10. Juni darauf beschränkt, den Sowjets einige unangenehme Wahrheiten zu sagen, ohne operativ auf den östlichen Schachzug einzugehen.

Kern der NATO-Aussage war die Feststellung, „daß die Verpflichtung, in den zwischenstaatlichen Beziehungen keine Gewalt anzuwenden, zwingend und zwischen allen Staaten ohne Ausnahme zu respektieren ist". Damit haben die Allianzpartner – so Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 15. Juni im Bundestag – „der Breschnew-Doktrin eine klare Absage" erteilt.

Im Pariser Kommuniqué hieß es dann noch konkreter, eine erneute Bekräftigung der schon in der UNO-Charta verankerten Verpflichtung zum Gewaltverzicht könne Taten nicht ersetzen. Die NATO-Partner appellierten deshalb an die Sowjetunion, „ihre Gewaltanwendung in Afghanistan vollständig einzustellen und ihre Gewaltandrohung, wie im Falle Polens, zu beseitigen". Dieser Stellungnahme schloß sich Genscher vor dem Bonner Parlament vollinhaltlich an. Aber er vermied es, ebenso wie der NATO-Rat, etwas über das weitere Vorgehen in die-

● Fortsetzung Seite 8

Bush: Für die Deutschen peinlich

Echo auf Krefeld / Kohl will Kapitulation des Staates vor dem Terror nicht dulden

DW. Bergen/Bonn

Die Ausschreitungen während des Krefeld-Besuchs des amerikanischen Vize-Präsidenten George Bush haben ein breites und kritisches internationales Echo gefunden. Bush selbst nannte die Krawalle während seines Aufenthalts in der norwegischen Stadt Bergen „peinlich für die westdeutschen Gastgeber".

Er betonte, daß er dies nicht sage, „weil manche Demonstranten mit der festen Absicht gekommen waren, eine Botschaft zu übermitteln", sondern, weil es einige „unanständige Elemente" gegeben habe, die nur „Parolen rufen wollten".

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern nachdrücklich den Appell des amerikanischen Präsidenten Reagan an die deutsche Jugend unterstützt, „den Friedenswillen der USA nicht in Zweifel zu ziehen". Die jugendlichen Demonstranten sollten erkennen, „daß sie mit zum Teil falschen und verwirrenden Informationen mißbraucht worden sind. Die brutalen Übergriffe einer relativ kleinen Zahl von Gewalttätern in Krefeld haben dem deutschen Ansehen im Ausland geschadet, die gebotene Gastfreundschaft verletzt und unsere Gäste beleidigt".

Er unterstrich, „wie sehr die Amerikaner um einen gleichgewichtigen Ausgleich mit den Sowjets bemüht sind. Die jetzt auch öffentlich bekannt gewordenen Einzelheiten, wie weit die Amerikaner in Genf dem sowjetischen Unterhändler entgegengekommen sind, widerlegen die Legende von der angeblichen amerikanischen Unnachgiebigkeit."

An die Adresse der gewalttätigen Demonstranten und der Veranstalter eines sogenannten heißen Herbstes in der Bundesrepublik Deutschland betonte der Bundeskanzler: „Wir werden nicht dulden, daß dieser große Versuch einer neuen Republik, eines freiheitlichen Rechtsstaats im Terror der Straße zusammenbricht. Wer von Frieden spricht, muß vor allem für den inneren Frieden sein. Man kann nicht dem Frieden in der Welt dienen, wenn man zu Hause mit dem Terror der Straße den inneren Frieden des Landes zerstören will. Deutsche Demokratie – und das sind die Lehren unserer Geschichte – muß, wenn es Not tut, wehrhafte, streitbare Demokratie sein."

Kohl verwies auch darauf, daß eine „angesehene amerikanische Zeitung" (die „Herald Tribune") ihren Bericht über die Veranstaltung „einer 300jährigen Freundschaft zwischen Deutschen und Amerikanern" mit den Worten überschrieben hatte: „Bushs Auto in Westdeutschland gesteinigt". Ähnlich war der Tenor der Berichterstattung auch im britischen „Guardian", der ebenso wie die „Times" und der „Daily Telegraph" einen längeren Korrespondentenbericht über die Krefelder Ereignisse veröffentlichte.

Im Pariser „Figaro" heißt es zu den Ereignissen: „Dieses Spektakel könnte im Herbst das Aufstellen der Pershings in Deutschland begrüßen."

Seite 2: Der Schnoor-Faktor
Seite 3: „Krieg in Krefeld"

Wahlsieg für Japans Konservative

LDP konnte ihre absolute Mehrheit im Oberhaus ausbauen / Sozialisten als Verlierer

FRED de la TROBE, Tokio

Japans regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) ist aus den Wahlen zum Oberhaus als eindeutige Siegerin hervorgegangen. Trotz der bisher niedrigsten Wahlbeteiligung seit Kriegsende von 57 Prozent konnte die LDP die Zahl ihrer Mandate um drei auf 137 erhöhen. Damit haben die seit 28 Jahren allein regierenden Konservativen ihre absolute Mehrheit ausgebaut. Bei den Wahlen ging es um die Neubesetzung von 126 der 252 Sitze umfassenden zweiten Kammer des Parlaments.

Die Liberaldemokraten werden weiterhin die Kontrolle über alle Ausschüsse haben. Die niedrige Wahlbeteiligung, die gewöhnlich den weniger straff organisierten Konservativen schadet, erklärte sich aus den beiden kürzlichen Runden der Lokalwahlen, die bei der Bevölkerung eine gewisse Unlust zur erneuten Stimmabgabe zurückließen.

Die Verlierer der Oberhauswahlen waren in erster Linie die Sozialisten, die die größte Oppositionspartei bilden. Sie verminderten sich um vier Mandate auf 44. Mangel an überzeugenden Argumenten, das Beharren auf längst überholten marxistischen Dogmen und interne Flügelkämpfe haben zu einem schon vor Jahren eingeleiteten Anhängerschwund geführt.

Unter den kleineren Parteien konnten sich die buddhistisch orientierte Komeito, die Rechtssozialisten und die Kommunisten in bisheriger Stärke behaupten. Schlechter als erwartet schnitten dagegen der neue Liberale Klub und die Miniparteien ab.

Ministerpräsident Nakasone erklärte das Wahlergebnis für besser als erwartet und kündigte eine Fortsetzung seines bisherigen Kurses an: „Obwohl die Mehrheit für uns stimmte, werde ich in aller Bescheidenheit die Wünsche der Wähler mit einer bedächtigen Politik und Parlamentsführung zu erfüllen suchen." Nakasone versprach der Bevölkerung noch für dieses Jahr Einkommensteuersenkungen sowie eine energische Verwaltungsreform

Die Wahl wurde auch als ein erstes Votum über die Beliebtheit Nakasones, der seit sieben Monaten im Amt ist, aufgefaßt. Seine umstrittenen Bekenntnisse zu einer stärkeren Verteidigungsstatur Japans diente allen Oppositionsparteien als willkommene Munition gegen die LDP. Offenbar kam die konsequente prowestliche Haltung des Ministerpräsidenten bei der Mehrheit des Volkes gut an.

Zur Popularität Nakasones hat auch beigetragen, daß er sich in den vergangenen Monaten vom Einfluß des wegen Korruption angeklagten ehemaligen Premiers Tanaka unabhängiger machte. Die Kandidaten des Tanaka-Flügels in der LDP schnitten bei den Wahlen nicht ganz so gut ab, wie sie gehofft hatten. Dagegen konnte sich die parteiinterne Gefolgschaft Nakasones deutlich verbessern. Auf die Unterstützung Tanakas, dessen Mannschaft im liberaldemokratischen Lager bei weitem die größte ist, wird der Ministerpräsident aber auch künftig kaum verzichten können. (SAD)

Gipfeltreffen der KP-Chefs in Moskau

dpa/DW. Bukarest/Moskau

In der sowjetischen Hauptstadt Moskau wird in den nächsten Tagen ein Gipfeltreffen der Staats- und Parteichefs des Ostblocks und der Sowjetunion stattfinden. Dies bestätigte gestern die rumänische Nachrichtenagentur Agerpress mit einer Meldung, daß der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu zu einem „Treffen der Partei- und Staatsführer der europäischen sozialistischen Länder nach Moskau abgeflogen" sei.

Nach Informationen aus der ungarischen Hauptstadt Budapest wollen sich die kommunistischen Parteichefs mit Abrüstungsfragen, dem Nachrüstungsbeschluß der NATO und dem kürzlich zu Ende gegangenen Wirtschaftsgipfel der westlichen Industriestaaten in Williamsburg befassen.

Die Sowjetunion hatte die NATO bereits Ende Mai gewarnt, daß sie auf die Durchführung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses ihrerseits mit der Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen reagieren werde.

Von offiziöser sowjetischer Seite wurde gestern betont, daß es sich bei dem Gipfeltreffen nicht um eine Konferenz des Warschauer Paktes handeln werde.

Genscher drängt Osten zum Kompromiß

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat gestern brieflich an seinen sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko appelliert, den Kompromißvorschlag Spaniens für den Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens anzunehmen. Heute will Genscher den Außenministern der anderen Ostblockstaaten Briefe ähnlichen Inhalts übermitteln.

Mit dieser Initiative hofft der Bundesaußenminister, den gegenwärtigen toten Punkt in Madrid überwinden und zur raschen Verabschiedung eines Schlußdokuments beitragen zu können. Nach vorliegenden Informationen ist der Vermittlungsplan des spanischen Ministerpräsidenten Gonzalez nicht nur von allen NATO-Partnern und den meisten neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten gebilligt worden. Offenbar haben auch die Rumänen und Ungarn schon ihre Bereitschaft zur Zustimmung signalisiert.

Genscher legt auf eine schnelle Einigung in Madrid besonderen Wert, weil nur so sichergestellt werden kann, daß die geplante Europäische Abrüstungskonferenz in absehbarer Zeit beginnen kann. Gonzalez hat dafür den 17. Januar 1984 vorgeschlagen.

Hupka: 600 000 wollen nach Deutschland

AP, Nürnberg

In den Ländern Osteuropas gibt es nach Schätzungen der „Kommission für Volksgruppenrecht und Aussiedlerfragen" der CDU/CSU noch bis zu 600 000 aussiedlungswillige Deutsche. Diese Zahl nannte der Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka gestern vor der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Er wies allerdings darauf hin, daß die Gesamtzahl der aussiedlungswilligen Deutschen, die beim Deutschen Roten Keuz registriert ist, nur rund 275 000 betrage.

Die Zahl von bis zu 600 000 geht nach Hupkas Angaben auf Informationen von Angehörigen, Schätzungen und Berichten von Korrespondenten zurück. Sie setze sich folgendermaßen zusammen: 200 000 in Rumänien, 200 000 in Oberschlesien und Ostpreußen, etwa 100 000 bis 200 000 in der Sowjetunion und rund 10 000 in der Tschechoslowakei.

Bei den Aussiedlern habe die Arbeitslosigkeit zugenommen, berichtete Hupka weiter. Rund 70 Prozent der arbeitslosen Aussiedler seien bereits länger als ein Jahr im Bundesgebiet. Die Kommission wird sich nach seinen Worten darum bemühen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern.

DER KOMMENTAR

Rituale

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Es gibt Allerweltsweisheiten von erstaunlicher Breitenwirkung. Eine lautet: Es ist besser, man redet miteinander, als daß man aufeinander schießt. Wer sich einer solchen martialischen Plattheit unterwirft, der feiert es schon als einen Erfolg, daß Reden zum inhaltslosen Ritual, zum Selbstzweck wird.

Eine derartige rituelle Redensart haben vor Jahren Helmut Schmidt und Erich Honecker kreiert: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen. Niemand ist damit einverstandener als die Deutschen hüben und drüben. Aber Bonn hat sich auf diesen Wunsch stets dann wie auf eine diplomatisch überwölbende Phrase zurückgezogen, wenn es sich mit Ost-Berlin auf nichts Konkretes – etwa die Zurücknahme des willkürlich erhöhten Mindestumtauschsatzes – verständigen konnte. Honecker hingegen füllt die Worthülse auf seine Art: Das gemeinsame Postulat verpflichte Bonn, auf jede Nachrüstung zu verzichten.

Von ähnlicher Qualität ist der heiße Wunsch Moskaus und so mancher Redefetischisten in SPD und FDP, Abkommen über den Gewaltverzicht nicht nur einmal (UNO-Charta), nicht nur zweimal (Moskauer Vertrag), nicht nur dreimal (KSZE), sondern noch ein viertes Mal (zwischen NATO und Warschauer Pakt) abzuschließen. Die berechtigte Frage, wie es zum sowjetischen Überfall auf Afghanistan kommen konnte, da doch die UNO-Charta den kriegerischen Gewaltmißbrauch verbietet, wird in Moskau überhaupt nicht, von SPD und FDP nur zaghaft gestellt. Die Philosophie von Männern wie Brandt, Vogel und wohl auch Genscher ist: Besser über Gewaltverzicht reden als gar nicht reden, denn reden ist besser als ... siehe oben.

Bundeskanzler Kohl wird als Moskau-Reisender wissen, daß die Sowjets ein bestimmtes Ziel verfolgen, wenn sie ihn zum gegenseitigen Gewaltverzicht der NATO und des Warschauer Paktes überreden wollen: Gelobt das westliche Verteidigungsbündnis förmlich den Gewaltverzicht, so wird Moskau erklären, daß keine Pershing 2 nachgerüstet werden dürfen; denn diese Raketen seien „Erstschlagwaffen", deren Aufstellung gegen den Gewaltverzicht verstoße. Von der Erstschlagfähigkeit ihrer zielgenauen dreiköpfigen SS 20 spricht Moskau natürlich nicht.

Anschlag auf Frankfurter Flughafen-Chef

Nea. Frankfurt

Unbekannte haben in der Nacht zum Montag einen Bombenanschlag auf das Privathaus von Erich Becker, dem Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Flughafen AG, in Hofheim-Langenhain, verübt. Die Polizei schätzt den Sachschaden auf mindestens 50 000 Mark. Die Eheleute Becker blieben unverletzt.

Um 0.57 Uhr hatte eine Frau beim Küster der katholischen Kirchengemeinde von Langenhain angerufen und gesagt, in Kürze werde eine Bombe hochgehen. Die Polizei hatte bis zur Explosion jedoch keine Zeit mehr, die Bewohner zu warnen. Die Bombe wurde offenbar kurz vor der Detonation an der Hinterseite des Hauses beim Schwimmbadanbau abgelegt. Spezialisten des Bundes- und Landeskriminalamtes untersuchen die Trümmer.

Die Tat steht vermutlich im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Startbahn West. Gestern wurde der unter der neuen Startbahn hindurchführende Straßentunnel in Kriftel dem Verkehr übergeben. Für diesen Tag hatten Flugblätter der Startbahngegner „massive, phantasievolle" Aktionen angekündigt.

In der Nähe von Beckers Haus wurden in der Nacht drei Fahrzeuge gesichtet; ein gelber VW-Golf mit FH-Kennzeichen, darin ein Mann, eine Frau und ein Hund (nach diesem Fahrzeug wird noch gefahndet) sowie ein Berliner VW-Bus und ein Auto aus Friedberg, deren Insassen allerdings nach Überprüfung der Personalien mangels Tatverdachts wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Nach Streik in Chile Hoffnung auf Dialog

AP/AFP/rtr, Santiago

Nach vier Tagen haben der chilenische Fuhrunternehmer-Verband und der Gewerkschaftsdachverband „Nationales Arbeiterkommando" (CNT) den Generalstreik im Land beendet. Sie äußerten die Hoffnung, die Regierung unter General Pinochet werde ihre Forderungen nach Änderungen der Wirtschaftspolitik und Wiederherstellung der Demokratie anhören.

Wie der Präsident des Fuhrunternehmer-Verbandes, Adolfo Quinteros, mitteilte, hat die Militärregierung eingewilligt, ein paritätisch von Gewerkschaften und Regierung besetztes Gremium zur Analyse der Probleme des Landes zu bilden. Das CNT erklärte sich entsprechend den Vorschlägen der chilenischen Bischöfe ebenfalls zur Aufnahme eines Dialogs mit der Regierung bereit.

Quinteros vertritt 70 000 Lastwagen-Besitzer, die von der Rezession besonders hart betroffen sind und den Streikaufruf daher in größerem Ausmaß befolgten. Er sagte, Bauern und kleine Geschäftsleute hätten ihn gebeten, den Streik abzubrechen und eine „große Bewegung des Mittelstands" zu bilden. Die fünf Gewerkschaften im CNT vertreten rund 200 000 Arbeiter.

Vor Abbruch des Generalstreiks haben die Militärbehörden weitere zwei an der Protestbewegung beteiligte Arbeiterführer für drei Monate in die „innere Verbannung" nach Südchile geschickt. Das CNT verlangte die Freilassung der insgesamt 20 verhafteten Gewerkschaftsführer und die Wiedereinstellung der 2000 Kupferarbeiter, die wegen Streikbeteiligung von den staatlichen Bergbaubehörden fristlos entlassen worden waren.

Asean fordert vom Westen wirtschaftliche Signale

Genscher betont EG-Willen zur Zusammenarbeit

AP/dpa/rtr, Bangkok

Der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila hat gestern auf der Konferenz der Vereinigung südostasiatischer Nationen (Asean) in seiner Eröffnungsrede an die „reichen" Länder appelliert, nach den ermutigenden Signalen von Williamsburg nunmehr praktische Maßnahmen zur Wiedergesundung der Weltwirtschaft zu ergreifen und den Stillstand im Nord-Süd-Dialog zu überwinden. Er rief die Industrienationen auf, unter Aufhebung ihrer in den letzten Jahren ergriffenen harten Maßnahmen wieder ihre Wirtschaft zu liberalisieren. „Eine wirkliche globale Erholung kann es nur geben, wenn diese von einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern begleitet wird", sagte der Minister.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher will heute als Vertreter der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei dem gesonderten Dialog der EG mit den Asean-Staaten den festen Willen der europäischen Länder unterstreichen, sich für die Entwicklungsländer einzusetzen und die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit noch zu verstärken. Die EG wolle, so sagte Genscher bereits gestern, mit dem Asean-Pakt in pragmatischer Form ihre Positionen in außenpolitischen Fragen koordinieren, um dem politischen Willen der beiden regionalen Zusammenschlüsse Nachdruck zu verleihen. Es sei in den letzten Jahren gelungen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Bündnissen zu vertiefen. Die Förderung von Asean-Exporten in die EG habe trotz der weltwirtschaftlichen Probleme zu einer erfreulichen Handelsentwicklung geführt, betonte Genscher.

Zum Thema Kambodscha erklärte der Außenminister, die EG sowie alle westlichen Staaten und Asean seien sich einig: Vietnam müsse seine Truppen aus Kambodscha abziehen. Bereits am Wochenende hatten die fünf Asean-Außenminister Vietnam aufgefordert, seine seit 1978 in Kambodscha stationierten Truppen zurückzuziehen. Alle westlichen Staaten unterstützen diese Haltung. Opposition ist allenfalls von Australien zu erwarten, dessen neue Labour-Regierung im Wahlkampf die Wiederaufnahme der Unterstützung Vietnams angekündigt hatte.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Schnoor-Faktor

Von Herbert Kremp

Der nordrhein-westfälische Innenminister gebärdet sich wie die Unschuld vom Lande. Nein, sagt er, man habe in Krefeld alles getan, was man tun konnte, um Straßenkrawalle zu vermeiden. Der Wahrheit entspricht das nicht. Minister Schnoor hat stringente Präventivmaßnahmen versäumt, obwohl die Landesregierung über die Vorbereitungen der Anarcho-Szene informiert war und sogar genau wußte, wieviel Vandalen zu erwarten waren.

Auf diese nachlässige Weise gefährdete der Minister Leben und Gesundheit seiner Polizisten, von denen am Sonntag 34 verletzt wurden, *einige sogar* schwer. Schnoor lehnt eine bessere Bewaffnung der Ordnungskräfte ab. Er ermahnt die Polizei, „differenziert" einzuschreiten, „auch und gerade wenn die Emotionen hochgehen". Er ist gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts. Er fordert die Beamten auf, im Herbst, wenn es wegen der Raketen zu Demonstrationen kommt, „neutral" zu bleiben.

Mit sichtlichem Engagement verteidigte er allerdings die Beschlüsse von Gemeinde-Parlamenten, ihre Kommunen zur „atomwaffenfreien Zone" zu erklären. Er wies, um in *der Sache seiner Leidenschaft* weiterzukommen, die Bürgermeister sogar an, entsprechende Anträge auf die Tagesordnung der Gemeindeparlamente zu setzen.

Daraus ergibt sich logischerweise die Frage, wo der famose Minister überhaupt steht. Sein persönliches Engagement ist genau gegen die Politik gerichtet, deren Repräsentanten er als Innenminister gegen gewaltsame Übergriffe zu schützen hat. Aus dieser Spaltung läßt sich die Kraftlosigkeit des Handelns erklären.

Dabei wäre in Krefeld die Gelegenheit günstig gewesen, durch präventive Maßnahmen die reisenden Banden auf den Zufahrtswegen abzufangen. Diese Leute wollen Krieg und führen ihn. Sie sind gefährlich. Ein Innenminister, der das nicht erkennt, ist für die Republik ein Sicherheitsrisiko.

Mutmaßungen über Levi

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Vatikan ist ebensowenig monolithisch wie die kommunistischen Gegenspieler, mit denen es die Kirche zu tun hat. Das zeigt sich in diesen Tagen an der Person Lech Walesa und an der vatikanischen Tageszeitung, dem „Osservatore Romano". Es ist kaum vorstellbar, daß Virgilio Levi, bisher stellvertretender Chefredakteur des Blattes, seinen Artikel, in dem er dem Chef der polnischen unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" mit dürren Worten den Abschied gab, auf eigene Initiative und als Privatmann verfaßt hat.

Noch weniger läßt sich denken, daß der Papst ihn zu dieser Stellungnahme veranlaßte – denn das hätte Johannes Paul II. gewiß behutsamer einfädeln können. Außerdem hätte der Papst dann die Akzente bei seinem Polen-Besuch anders setzen müssen.

Was also übrigbleibt, ist eine Mutmaßung über Monsignore Levi und andere vatikanische Geistliche, denen vielleicht die ganze Richtung nicht so recht paßte. Diese Kreise sehen angesichts der in Bewegung gesetzten polnischen Volksmassen die ganze Ostpolitik des Vatikans, die kühl eingefädelte Diplomatie der letzten zwei Jahrzehnte, die Weichsel hinunterschwimmen. Ihr Konzept beruhte auf der Anerkennung des sowjetischen Imperiums und des kommunistischen Systems im Austausch gegen gewisse seelsorgerische Befugnisse der Kirche. Es basiert auf der Voraussetzung, daß sich die Kirche abseits von gesellschaftspolitischen Strömungen und Entwicklungen zu halten habe. Ein Arrangement also, dem in der Vergangenheit Würdenträger wie der ungarische Kardinal Mindszenty oder Kardinal Slipyj, das Oberhaupt der unierten ukrainischen Kirche, mehr oder weniger sichtbar geopfert worden sind. Warum sollten die Machiavellisten des Vatikans nicht auch den lästigen Walesa über Bord gehen lassen?

Allerdings – in den diplomatischen Verliesen hinter dem Petersdom scheint der Sinn für die Wirklichkeit wie für die Springfluten der Geschichte ebenso leicht verlorenzugehen wie in den bürokratischen Apparaturen der profanen Welt. Wer immer den verfrühten Schwanengesang auf Walesa veranlaßt hat, er hat dabei die polnische Realität vergessen – und den polnischen Papst.

Pariser Reflexe

Von August Graf Kageneck

Frankreichs Außenpolitik reagiert, unabhängig von der politischen Couleur des Präsidenten im Elysee-Palais, nach unausrottbaren Reflexen. Wenn sich, etwa, in Afrika Ereignisse vollziehen, die das empfindliche Gleichgewicht auf diesem dem Westen so nahen Kontinent in Gefahr bringen, so fühlt sich die ehemalige Kolonial- und jetzige Schutzmacht auch heute noch unmittelbar herausgefordert.

So war es unter Giscard, als die Republik Zaire vom benachbarten Angola aus im Interesse einer östlichen Supermacht destabilisiert werden sollte. So ist es heute unter Mitterrand, wenn der nie ganz zur Ruhe gekommene Tschad sich einem erneuten Versuch des libyschen Staatschefs Khadhafi ausgesetzt sieht, seinen Machtbereich mit sowjetischer Unterstützung nach Süden zu erweitern.

Siebzehn Jahre schleppte sich der Bürgerkrieg in diesem unglücklichen Land hin. Keiner der sechs „Präsidenten" hat sich seit der Entkolonisierung länger als zwei bis drei Jahre halten können, selbst dann nicht, wenn Frankreich mit massivem Truppeneinsatz die Ordnung zu erhalten suchte. Paris zog sich 1979 aus dem Wespennest zurück, wohlwissend, daß ein anderer bald in das Vakuum nachstoßen werde. In der Tat hat Khadhafi keinen Augenblick gezögert.

Frankreich konnte seitdem nur versuchen, die libysche Expansion einzugrenzen; aber es hat wenig getan, um den Regimen in N'djamena mit Geld und Material den Rücken zu stärken. Daß es offenbar in dieser Aufgabe überfordert ist, haben inzwischen – sehr zum Nachteil des französischen Prestiges – auch die bedrohten Nachbarstaaten gemerkt. Mit der Folge, daß sie sich zunehmend den USA als dem stärkeren Beschützer zuwenden. Die Amerikaner waren es auch, die dank ihrer Satelliten Frankreich über den bevorstehenden neuen Angriff aus dem Norden unterrichten konnten.



Khadhafis Tschad-Zug

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Protokolle von Baden-Baden

Von Jürgen Liminski

Der gefährliche Moment des Pogroms ist erreicht, wenn die Verbindung zwischen ideologischen und emotionalen Elementen zur Reaktion, zum Ausbruch kommt. So war es bei den Juden-Verfolgungen des Mittelalters wie bei jenen im zaristischen Rußland, und so war es auch im Deutschland Adolf Hitlers. Die Legenden von der jüdischen Brunnenvergiftung sind langlebig, festgehalten in der Schmähschrift „Von den Juden und ihren Lügen" (1543), gesammelt im „Antisemiten-Katechismus" (1887) oder auch interpretiert in den „Protokollen der Weisen von Zion". Von ihnen bis zum „Parasit am Volkskörper" ist der Weg nicht weit.

Michael Mrakitsch, der Filmemacher, versucht seit einiger Zeit, ein neues Kompendium solcher Legenden zu erstellen. In seiner Sendung „Schalom – oder Wir haben nichts zu verlieren", für die schon vorab in anderen Medien die Trommel gerührt wurde, umrankt er das Körnchen Wahrheit, das auch zu jeder bösen Legende gehört, mit Halbwahrheiten, Haßausbrüchen und volksverhetzenden Parolen aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Als Körnchen dient ihm der israelisch-arabische Konflikt.

Mrakitsch beklagt in Anspielung an Auschwitz die „obszöne Geschichtslosigkeit" der Juden. Es ist wohl, genauer betrachtet, ein unbewußtes Urteil über sich selbst. Der „eigensinnigste, der besessenste Dokumentarist des deutschen Fernsehens" (Spiegel) zieht offen Parallelen zu den Gettos der Nazi-Zeit und fordert mit belegter Stimme Assoziationen zu den Vernichtungslagern heraus. Wenn es nicht im deutschen Fernsehen (ARD) ausgestrahlt worden wäre, man hätte geglaubt, in Arafats oder Khadhafis Führerbunker zu sitzen.

Der Stil ist die Physiognomie des Geistes, heißt es bei Schopenhauer in einem kleinen Band über Schriftstellerei und Stil. Mrakitsch versucht sich in seinem Streifen auch poetisch, betont einfühlsam, streckenweise fast lyrisch. Seine Sendung aber mußte zur Fratze entarten, deren Form die Völkerhetze nur dürftig maskiert. Wenn es nur der Film gewesen wäre, man könnte das Sequenzengestammel sogleich vergessen.

Es war aber kein Einzelfall. In der deutschen Medienlandschaft sind zunehmend israel-feindliche Töne zu hören. Sie gleichen einer Ouvertüre zu einem wagnerschweren Drama namens Palästina. Hauptdarsteller ist die PLO. Diese wird weitgehend gleichgesetzt mit den Palästinensern, und die Palästinenser ihrerseits werden dies mit der Fiktion von einer palästinensischen Nation. Es ist ein europäisches Stück. Der ägyptische Außenminister Kamal Hassan Ali hat noch vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß durch die Zersplitterung der PLO zwar eine neue Lage entstehe, gleichzeitig hat er aber auch betont, die Palästinenser hätten als Volk das Recht zur Selbstbestimmung. Von der palästinensischen Nation sprach er nicht. *Mit gutem Grund: Die* Araber kennen keine palästinensische Nation, nur eine palästinensische Volksgruppe innerhalb der arabischen Nation, sprich: der Gemeinschaft aller Muslims *dieser Welt.*

Dieser Unterschied wird oft geflissentlich übergangen. Er enthält aber den Stoff der jüngsten Legende: Die Juden als Eroberer und Landräuber. Von Exil, Vertreibung, Heimat oder Tod ist mit viel Pathos die Rede, wenn es spiegelbildlich um die Palästinenser geht. Daß Israel vor der Staatsgründung dem Teilungsplan der UNO zugestimmt hat und die Gebiete Judäa, Samaria, Gaza, Golan erst in mehreren Verteidigungskriegen besetzte, später zum Teil dem Staatsgebiet einverleibte, davon ist kaum etwas zu hören.



Nachfolger des Hitler-Freundes Scheich El Alami, Großmufti von Jerusalem

FOTO: CAMERA PRESS

Die künstliche Trennung der Palästinenser von den anderen Arabern macht diese zum Objekt von Emotionalstreifen, wie Mrakitsch einen bot, und stilisiert die Israelis zu nationalistischen Fanatikern. Das wird weder dem arabisch-israelischen Konflikt gerecht – im letzten Grund ein religiöses Problem – noch den Palästinensern.

Die Trennung leistet vielmehr einer negativen Ersatzideologie Vorschub, wie wir sie in anderer Form schon erlebt haben und auch im Ansatz nicht mehr erleben möchten. Sie läuft auf die Schaffung eines PLO-Staates, eines *Kunstgebildes, hinaus* und führt, auf der anderen Seite, bestenfalls zu Aussiedlungsprogrammen wie dem berüchtigten Madagaskar-Plan oder der Schaffung einer Sibirien-Republik.

Die neue Legende von der palästinensischen Nation und ihren israelischen Peinigern ist mit der PLO verbunden und droht auch die politischen Folgen der Spaltung dieser Terror-organisation zu überdecken. Arafat, *ein* Nachkomme aus der Sippe des hitlerfreundlichen Großmuftis von Jerusalem, ist immer noch ihr Held. Er machte die PLO vor dem Plenum der UNO hoffähig. Man kann ihn im Vergleich zu Habasch und Hawathmeh gewiß als „gemäßigt" bezeichnen, nur muß man dann auch definieren, was ein „gemäßigter Terrorist" ist. Es wirft ein verräterisches Licht auf die Legende von der palästinensischen Nation, daß die Araber dem von Syrien gemaßregelten Arafat nur mit Worten zu Hilfe eilen.

Für Moskau ist Arafat kein Held mehr. Der Kreml hat, wie *man vernimmt,* den PLO-Chef fallenlassen und sich für Assad entschieden. Andropow arbeitet zwar auch mit Legenden, aber nur im Sinne von Lenins Nützlichkeitstheorie. Ansonsten hält er sich an Tatsachen und schon vorhandene Staaten. In dieser Hinsicht können unsere Medienmenschen, in Baden-Baden zumal, gewiß noch etwas von ihm lernen.

IM GESPRÄCH Angel Gurria

Bittsteller mit Kredit

Von Manfred Neuber

Die höhere Mathematik eines stark verschuldeten Entwicklungslandes beherrscht Angel Gurria (32), Generaldirektor des staatlichen Kreditamtes Mexikos, perfekt. Er ist der Bittsteller, der laufend die Klinken ausländischer Banken putzen mußte, um sein Land vor einem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren.

Wenn der Rohölpreis um einen Dollar pro Barrel fällt, so rechnet der bärtige Gurria vor, verliert Mexiko bei einer täglichen Exportmenge von 1,5 Millionen Barrel übers Jahr mehr als eine halbe Milliarde US-Dollar. Sinken die Kreditzinsen aber nur um einen Prozentpunkt, dann spart Mexiko gleich 700 Millionen US-Dollar ein.

Gurria ist einer der wenigen hohen Funktionäre in Mexiko-Stadt, die den Regierungswechsel im Dezember von Präsident José Lopez *Portillo zu Miguel de la Madrid* überdauert haben. Er kontrolliert jetzt die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand sowohl im In- wie im Ausland, erhielt also noch mehr Kompetenzen.

Aus derselben Position heraus hatte der neue Präsident de la Madrid vor zehn Jahren seinen Aufstieg an die Spitze des Staates begonnen. Politische Beobachter trauen Gurria zu, daß auch seine Karriere noch steil nach oben *führt. „Er versteht es,* Kühlschränke an Eskimos zu verkaufen", sagen staunend seine Bewunderer.

Mit großem Geschick trieb Gurria im vorigen Jahr in den Finanzzentren der Welt neue Gelder auf und erreichte eine Umschuldung der Verpflichtungen in Höhe von 60 Milliarden US-Dollar, als Mexiko im August 1982 zahlungsunfähig war. Neben dem Internationalen Währungsfonds kam ein Konsortium internationaler Banken zu Hilfe.

Mexikos Stellung als viertgrößter Erdöl-Produzent der Welt und das gewinnende Naturell des jungen Unterhändler trugen dazu bei, daß der mittelamerikanische Staat als kreditwürdig eingeschätzt wurde. Jetzt versichert Gurria den Banken, durch seine Sparpolitik werde Mexiko keinen „Nachschlag" an Krediten benötigen.



Moratorium für Mexiko: Kreditamts-Chef Gurria

FOTO: SAD

Bereits in zwei Jahren – unvorhersehbare Rückschläge in der Wirtschaftsentwicklung ausgenommen – könne Mexiko nach der Einschätzung des dynamischen Technokraten wieder ein lukrativer Platz für ausländische Anleger sein. Gegenwärtig überwiegt Zurückhaltung.

*Als bittere Lehre aus der Finanz*krise seines Landes hat Gurria die Erkenntnis gewonnen, daß es darauf ankommt, einen realistischen Wechselkurs zum Dollar zu halten und die öffentliche Verschuldung so zu begrenzen, daß ein Preisverfall beim Erdöl die Zahlungsfähigkeit des gesamten Staatswesens *nicht in Frage stellt.*

In diesem Jahr muß Mexiko allein zwölf Milliarden US-Dollar für den Zinsendienst aufbringen. Bei dieser Summe ist Gurria von einem ungünstigen Zinsniveau ausgegangen. Jeder Zinsrückgang in Amerika nutzt ihm wie anderen Ländern der Dritten Welt mehr als der westliche Aufwand an Entwicklungshilfe.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

„Deutschlands heißer Herbst begann im Sommer" – dies ist der Tenor des Presse-Echos auf die gewalttätigen Demonstrationen gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten Bush am Wochenende in Krefeld:

Münchner Merkur

SPD-Chef Brandt *entschuldigt* sich bei Bush für die Gewalttäter, freilich mit der merkwürdigen Begründung, sie *hätten* unser Land und die friedlichen Demonstranten in Verruf gebracht. In Wirklichkeit haben doch die „friedlichen Demonstranten" erst den Rahmen geschaffen, in dem die Polizei der Lage nicht mehr Herr wird. Es war gerade die SPD, die schon vor den Grünen und den Friedensbewegten das Mißtrauen gegenüber unserer Schutzmacht geschürt hat. Und sie tut immer noch so, als sei es eine politische Glanzleistung, gegen die Amerikaner auf die Straße zu gehen – obwohl wir in Krefeld soeben eine Vorahnung davon bekommen haben, was uns im Herbst an Krawallen erwartet, wenn die Vorbereitungen für die Nachrüstungen beginnen.

Frankfurter Allgemeine

Mit „ungeahnter Brutalität" seien die Hunderte von sogenannten „militanten Demonstranten" am Samstag nicht nur gegen die Wagenkolonne des amerikanischen Vizepräsidenten und des Bundeskanzlers, sondern auch gegen die in Krefeld eingesetzten Polizisten vorgegangen. Der dies im Ton der Überraschung sagt, der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor, scheint die Vorgänge an der Startbahn West in Frankfurt nur vom Hörensagen zu kennen ... Wir lesen von 134 Festnahmen in Krefeld sowie von der Annahme, daß ein großer Teil von ihnen mit Strafbefehlen oder gar mit Anklagen wegen Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs zu rechnen habe. Und wir wissen: nichts davon ist wahr. Ein hoher Frankfurter Polizeibeamter *hat* kürzlich in der „Hessischen Polizeirundschau" einen Zipfel der Wahrheit aufgedeckt: In vier Monaten an der Startbahn West 467 vorläufige Festnahmen und am Ende ganze vier kurz befristete Haftbefehle. Und bei jenen wenigen, die dann noch vor die Schranken der Justiz kamen, wurde *das* Verfahren fast regelmäßig wegen geringfügiger Schuld oder fehlenden öffentlichen Interesses eingestellt ... Anhänger der Friedensbewegung haben in Krefeld offenbar Ernst gemacht mit der Versicherung, sie wollten nur gewaltfrei demonstrieren. Um so notwendiger ist es, daß sie sich auch künftig von den Gewalttätern strikt abgrenzen, *sich nicht von ihnen als Deckung* benutzen lassen und sich augenblicklich von einer Demonstration entfernen, die die Rowdies aus Berlin oder Göttingen zur Straßenschlacht umfunktionieren wollen.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Deutschlands heißer Herbst begann im Sommer – und er traf die Behörden wieder einmal unvorbereitet. Und so konnte sich in Krefelds Straßen austoben, was mit Antiamerikanismus oder Pazifismus nur noch entfernt zu tun hat: Dies waren anarchistische Kriminelle, deren Frustrationen sich in blankem, gewalttätigen Haß gegen alles entluden, was nach Staat, was nach Legalität aussieht. Es ist müßig, nach den Ursachen einer derart aggressiven, gesellschaftsfeindlichen Entwicklung zu suchen. Sie hat zahlreiche Wurzeln. Wir sind jetzt vor eine andere Aufgabe gestellt: Es geht darum, den Anarchisten der 80er Jahre in den vor uns liegenden kritischen Monaten eindeutig die Schranken unserer demokratischen Verfassung zu zeigen.

Werbung und Warnung – Moskaus Konzept für Kanzler Kohl

Was den Gast aus Bonn in der Sowjetunion erwarten wird / Von Fried H. Neumann

Kurz vor dem *Besuch* Bundeskanzler Kohls in Moskau hat die sowjetische Presse, angeführt von Tass, den gedämpften Tonfall aufgegeben, mit dem sie die neue Bundesregierung zunächst empfing. Scharfe Kritik richtet sich gegen einzelne Äußerungen von CDU-Politikern und ihr politisches Verhalten. Auch der Bundeskanzler bleibt seit seinen jüngsten Äußerungen im Bundestag nicht mehr verschont. Außenminister Genscher und die FDP werden erst in zweiter Linie bedacht; Franz Josef Strauß und die CSU-Minister kommen an die Reihe, wenn sie als Exponenten eines wiederbelebten „ultrarechten und revanchistischen" Bonner Kurses angeschwärzt werden sollen. Dabei hat Innenminister Zimmermann seinem Parteichef gegenwärtig in den Moskauer Medien eindeutig den Rang abgelaufen.

Die propagandistische Linie gegenüber der Bundesrepublik ist dennoch nicht ausschließlich negativ. Die „Prawda" und einige andere Zeitungen sowie das sowjetische Fernsehen haben zum Beispiel die Äußerungen des Bonner Regierungssprechers über die Erwartungen korrekt wiedergegeben, die *der Bundeskanzler mit seinem* Besuch verbindet. Auch die politischen Korrespondentenberichte aus der Bundesrepublik vermitteln ein differenziertes Bild. Noch ist nicht alles verloren, suggerieren sie, was „im Jahrzehnt der Entspannung" für beide Seiten gewonnen wurde. Aber Bonn sei an einem Wendepunkt angelangt. Nun gehe es darum, einen Rückfall in die Zeit des kalten Krieges und überholter Positionen aus der Adenauer-Zeit zu verhindern.

Diesen zugleich warnenden und werbenden Tonfall, der sich auf die gesamte Orientierung der Bundesrepublik bezieht und keineswegs nur die Raketenfrage im Auge hat, brachte jüngst am deutlichsten die außenpolitische Zeitung „Neue Zeit" zum Ausdruck. Ihr Autor Kusnetzow, der sich anläßlich der Dortmunder Tage der UdSSR in Westdeutschland aufhielt, versuchte den *Regierungswechsel zu* bagatellisieren, indem er ihn zu einer Angelegenheit „dieser und jener Personen" machte, die weiter keine Bedeutung habe. Für die Politik seien ihre objektiven Grundlagen und realistischen Inhalte entscheidend; wenn sie Erfolg haben soll, müsse sie sich daran halten *und nicht an „Fiktionen oder illusionäre* Ambitionen". Mit anderen Worten: Der Regierungskoalition in Bonn wird dringend empfohlen, die Ostpolitik ihrer Vorgängerin fortzusetzen.

Nichts anderes wird Kohl in Moskau zu hören bekommen, wenn er, um die Raketenfrage abzuschwächen, die langfristige Zusammenarbeit in allen möglichen Bereichen in den Vordergrund stellt. Außenminister Gromyko hat es vor dem Obersten Sowjet kürzlich schon angedeutet. Er und Parteichef Andropow werden hartnäckig versuchen, die Bonner Bereitschaft zur „Kontinuität" in diesem Sinne zu konkretisieren, und dem *Kanzler* eine *Liste* von Aktionen präsentieren, mit denen seine „Rechtskoalition" bereits gegen die guten Vorsätze verstoßen habe.

Kohl wird dabei auf die Probe gestellt werden. Fortsetzung der *Ostpolitik „im Geiste der Entspannung"* sei, so wird er zu hören bekommen, unvereinbar mit seiner Gefolgschaftstreue gegenüber dem „militärischen Kurs Washingtons und der NATO". Moskaus lebhaftes Interesse an den nützlichen wirtschaftlichen Beziehungen als Gegengewicht einzusetzen dürfte *dem Kanzler wenig einbringen.* Am Verhandlungstisch wird sich der Kremlchef nicht scheuen, diese Zusammenarbeit vor allem als Gewinn für die westdeutsche Wirtschaft, als Stützungsbeitrag Moskaus für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Werktätigen darzustellen.

Vor allem aber wird die Raketen-Thematik zur wichtigsten Frage in den beiderseitigen Beziehungen hinaufstilisiert werden. Moskau behandelt den Stationierungsbeschluß als den Sündenfall schlechthin, als eine Frage von Krieg und Frieden. Es wird nicht auf den Versuch verzichten, die Entschlossenheit des Kanzlers mit *Druck und* Drohungen ins Wanken zu bringen, seine Kompromißbereitschaft durch verlockende Zukunftsvisionen anzureizen. Vereinzelt ist in der Presse schon angeklungen, daß den nationalen Interessen der Deutschen nicht durch die Westmächte, sondern *nur* durch die Zusammenarbeit mit Moskau und dem Ostblock gedient werden könne.

Freilich nicht in „revanchistischer" Form. Die heftigsten sowjetischen *Reaktionen haben* in letzter Zeit verschiedene Äußerungen in Bonn und Berlin ausgelöst, die sich im Umfeld des 17. Juni mit der „DDR" beschäftigten, der Wahrung von Rechtspositionen galten oder das Offenhalten der deutschen Frage bezweckten. Da war sogleich von einem „gefährlichen Kurs" Bonns die Rede, dem das ganze System der Ostverträge als Bollwerk entgegengesetzt wurde.

Vorerst, das weiß man im Kreml, ist es aussichtslos, den Westdeutschen das finnische Modell schmackhaft zu machen. Es kennzeichnet aber Moskaus Wunschvorstellungen und bestimmt als langfristiges Ziel die sowjetische Politik gegenüber der Bundesrepublik. Moskau wird jedenfalls alles daran setzen, um Bonn von der gegenwärtigen französischen (und britischen) Variante europäischer Ostpolitik zu entfernen. Eine Voraussetzung dafür ist die Zerstörung der engen Verbindungen zwischen den USA und der Bundesrepublik. Nicht durch Frontalangriffe verspricht sich die Sowjetunion dabei Erfolg, sondern durch relativierende Verschiebung der Gewichte. Moskaus Drängen, Bonn möge auch unter der neuen Regierung *die alte Ostpolitik fortsetzen,* verfolgt dieses Ziel.



Das bayrisch Gwand ist weit mehr als eine Touristengaudi

Bayerns Trachtenvereine feiern ihren 100. Geburtstag. Was der Pfarrer von Bayerischzell damals als unsittlich empfand, ist heute absolut gesellschaftsfähig.

Von PETER SCHMALZ

An einem bayerischen Wirtshaustisch läßt sich gut fingerhakeln. Oder das Bier so rasch schlucken, daß die Zenzi beim Maßkrugschleppen ins Schwitzen kommt. Man kann mit dem Nachbarn ein wenig raufen oder auch Gedanken spinnen, die manchmal sogar den Bierabend überleben. Einem dieser Wirtshaus-Blitze wird Franz Josef Strauß am kommenden Sonntag beim Staatsempfang in der Münchner Residenz zum ersten Säkulum gratulieren: Bayerns Trachtenvereine werden 100 Jahre alt, was für den Freistaat mehr als nur eine Touristengaudi bringt, ist doch die Tracht, wie es der frühere Ministerpräsident Alfons Goppel formulierte, „neben dem Dialekt eines der sinnfälligsten Mittel, um auszudrücken, woher man kommt und wohin man gehört".

Vor hundert Jahren muß dieses Mittel mehr hin- als sinnfällig gewesen sein, denn an einem in der Chronik nicht genau festgehaltenen Sonntagabend des Jahres 1883 saß der Lehrer Josef Vogl, der mit Bart und Haarwelle der bürgerliche Bruder von Ludwig II., dem „Kini", sein könnte, mit fünf Bauernburschen im Wirtshaus von Bayerischzell und klagte über die Zeitgenossen, die sich lieber modischen Firlefanz als bodenständige Tracht schneidern lassen.

Besonders der kniefreien Lederhose drohte das Aussterben. „Man sah damals nur noch den Jäger, und diesen höchst selten, in den Kurzen einhergehen", vermerkte in der Zeller Chronik Martin Staudacher, der an diesem Abend mit Vogl am Tisch saß und des Lehrers kühne Worte hörte: Wenn er nicht allein wäre, würde er sich sofort eine Hose kaufen, nur damit diese schöne Tracht nicht ganz und gar verschwinde. Die Burschen stimmten zu, und Vogl fühlte sich dermaßen beflügelt, daß er – „dreist", wie Staudacher bemerkt – seinen Hosen-Spezis zurief: „Wißt's was! Gründ' ma an Verein!"

Die bestickten Kurzen gab es beim Säcklermeister Dilger im nahen Miesbach nach wenigen Tagen, und auch der Schreck des Pfarrers ließ nicht lange auf sich warten. Als das Sextett mit bloßem Knie, in Wichs, grauer Joppe und grünem Hut zur Sonntagsmesse schritt, stellte sich ihnen der Gottesmann in den Weg. Als unsittlich empfand er das Gewand, das als Arbeitskluft galt und das noch einige Jahre älter werden mußte, ehe es in Festschriften als „bayrisch Gwand" und als „Ausdruck der Verbundenheit mit der Heimat, der Zugehörigkeit in der Heimat" (Oberbayerns Regierungspräsident Raimund Eberle) gelobt wurde. Heutzutage darf man sogar mit lederhosengeschütztem Hintern auf den roten Sesseln der Münchner Oper Platz nehmen, wie das der mit Konventionen auf Kriegsfuß lebende Graf Pocci mehrfach bewies.

Vogls Trachten-Truppe aber mußte sich vor einem Jahrhundert zum Überleben wenn schon nicht den allerobersten, dann doch den Wittelsbacher Herrscher-Segen holen. In der Tat gefiel den Hoheiten die zehn Punkte umfassende Satzung unter dem Titel „Zweck des Vereins", deren erster Absatz voller Zuneigung zu Land und König war: „Hebung und Förderung der Vaterlandsliebe, der altgewohnten und ererbten Liebe und Anhänglichkeit an sein angestammtes ruhmreiches Königshaus, des Heimatkreises, Wiederauffrischung der im Verschwinden begriffenen kleidsamen Volkstracht, Neubelebung des alten Gebirgs-Volksgesangs sowie gesellige untadelige Unterhaltung."

Die Mitglieder verpflichten sich unter Punkt drei, die kurze Lederhose, als „Kniehösl" bezeichnet, samt Joppe und Hut nach Möglichkeit „stets" zu tragen, nur die strengen Wintermonate waren ausgenommen. Ausgeschlossen blieben Frauen, aber das wurde in der Satzung nur beiläufig erwähnt, indem von Mitgliedern „männliches Betragen" gefordert wurde. „Weiberleut" fanden erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Beschluß vom 19. Mai 1946 offiziellen Zugang zum bisherigen Männerklub, dem sie in den Jahren zuvor nur als schmückende Zier dienen durften.

Daß sie inzwischen bei manchen Schuhplattlergruppen die leuchtenden Touristenaugen weg von den gamsbartgekrönten Männern zu sich hinübergezogen haben, hat seinen Grund sicher auch in der Tatsache, daß eine Lederhose eine Hose bleibt, mag sich der Träger auch noch so schnell drehen, ein



Der Trachtenrock muß so geschnitten sein, daß er fällt wie eine Glocke. Darunter darf nur echtes Leinen blitzen. FOTO: RUDOLF DIETRICH

Rock aber, wenn er nur genug Stoff in den Falten verbirgt, sich zu einem Rad um die Hüfte hochschraubt und Mädchenbeine in voller Länge freilegt.

Und da sieht das staunende Auge, was andernorts längst von Nylon verdrängt ist: Unterm Dirndlrock blitzt echtes Leinen. Ein Slip aus Kunstfaser ist ebenso anrüchig wie Lippenstift und Wimperntusche. Fünf Meter lang sind die Schnüre, die am Mieder baumeln, in das sich ein T-Shirt-gewohnter Mädchenkörper ohne fremde Hilfe nicht pressen läßt. „Allein komm i in die Tracht net nei", sagt die 23jährige Christine Staudacher, Urenkelin des einstigen Gründungschronisten.

Streng soll es zugehen in den 752 Trachtenverbänden mit ihren 132 120 Mitgliedern, wünscht Hans Zapf, Vorsitzender der Vereinigten Bayerischen Trachtenverbände, der sein stetes Lächeln nur verliert, wenn er Auswüchse der Trachtenbewegung sieht. Daß Tracht in Mode gekommen ist und in der Abart des „Trachten-Smokings" bei weiß-blauen politischen Würdenträgern ebenso beliebt ist wie als artenreiche Lodenvariation bis hinauf nach Hamburg zur Schau getragen wird, stört die bayerischen Profi-Trachtler kaum, weckt doch dieser unreine Ableger ein Interesse an der echten Tracht. Wenngleich, wie Franz Josef Strauß meint, „der Bavarian Look mit der Tracht so wenig gemein hat wie der Faschingsindianer mit dem Ureinwohner Amerikas".

Mit ihrem Versuch des Bewahrens kommen die Trachtler immer wieder in Konflikt mit dem Wunsch, die traditionelle Kleidung aktuell zu gestalten. „Tracht wandelt sich", sagt Zapf. Dagegen weiß Ruth Schwerdtfeger, rührige Chefin der „Meindelei" in Bayerischzell und Tochter des örtlichen Geschichtsschreibers Michael Meindl, schon die Gründungsväter der Trachtenvereine hätten eine Tracht sich schneidern lassen, die den Ursprüngen nicht mehr entsprach: Grüne und gelbe Stickereien, mitgebracht von den aus Schlesien zur Arbeit in den oberbayerischen Kohlegruben zugewanderten Knappen, machten sich auf kostbarem bayerischem Hirschleder breit und haben sich bis heute erhalten.

Doch damit haben selbst traditionsbewußte Trachtler ihren Frieden geschlossen und fordern kein Zurück mehr in die Anfänge des 19. Jahrhunderts, als die „neubairische Tracht" nördlich der Alpen heimisch wurde.

„Die Tracht ist halt ein Festgewand", meint Miesbachs Landrat Wolfgang Gröbl. Aber manchmal, wenn er an einem gewöhnlichen Werktagsmorgen vor dem Kleiderschrank steht, dann greift er zur federkielbestickten „Kurzen" für 700 Mark und fährt mit nackten Knien ins Amt: „Wenn's heiß ist, gibt's nichts Bequemeres. Dann brauch' ich nicht einmal eine Krawatte zum weißen Hemd."

Auch Hans Zapf, der zum 100. Geburtstag 25 000 Trachtenträger mit 60 Musikkapellen durch die bayerische Landeshauptstadt führen wird, hätte nichts dagegen, wenn des Landrats Beispiel Schule machen würde zwischen Flensburg und Lindau: „Dann könnte man ohne weiteres erkennen, ob man einen Allgäuer, einen Werdenfelser, einen Ostfriesen oder einen Hessen vor sich hat."

Doch als der Bürgermeister von Uelzen, Rudolf Froin, als einziger Preuße Zutritt bekam in die Miesbacher Viehversteigerungshalle, wo sich Bayerns Trachtler hinter verschlossenen Türen zu einer dreistündigen Selbstdarstellung trafen, da kam er mit der Geographie durcheinander: Die Mainfranken trugen Tracht und sangen Lieder, die in ihm Erinnerungen weckten an seine schlesische Heimat bei Beuthen. Denn es waren Franken, die vor mehr als einem halben Jahrtausend nach Osten ausgewandert waren und die Tracht als Bindeglied an die alte Heimat beibehalten haben. Als wär's in Schlesien, sang der Ratsherr aus Niedersachsen zur fränkischen Melodie: „Laßt uns mit die Mädels tanzen gehn . . ."



Auch bei Franz Josef Strauß hängt eine „Tracht" im Kleiderschrank: die Trachten-Uniform der bayerischen Gebirgsschützen, deren Ehrenoffizier er ist. Die Gebirgsschützen sind älter als die Trachtenvereine – sie entstanden nach dem Bauernaufstand gegen die österreichischen Besatzungstruppen von 1705. FOTO: DPA

„Krieg in Krefeld" – doch Kontrollen blieben lasch

Innenminister Herbert Schnoor kennt Großdemonstrationen. Da gab es das „feierliche Gelöbnis" in Bonn und den Protest gegen Kalkar. Beide Male hatten die Chaoten keine Chancen. Am Wochenende in Krefeld war alles anders. Der Minister hatte die Taktik geändert.

Von WILM HERLYN

Dann lasse ich lieber die Gewalttäter entkommen, als daß ich die Polizeibeamten in Situationen bringe, daß sie schwere körperliche Schäden davontragen." Das ist die Maxime des Herbert Schnoor, Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Er hat sich von ihr leiten lassen bei dem feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr in Bonn am 12. November 1980 oder bei der Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar am 2. Oktober '82 oder jetzt bei den Ausschreitungen in Krefeld am Wochenende.

Aufschlußreich ist, wie Schnoor nach dem feierlichen Gelöbnis in Bonn reagierte. Damals hatte er in einem Gespräch mit der WELT die Quantität und die Qualität des Polizeieinsatzes gerechtfertigt. Mehr als 5000 Beamte – in Krefeld nur 2800 – hatten das Gelöbnis der Rekruten auf dem Bonner Münsterplatz vor einigen hundert militanten Demonstranten schützen müssen. Schnoor verwahrte sich damals gegen den Eindruck, das massive Polizeiaufgebot habe die öffentliche Feier streckenweise zu einer nicht öffentlichen Veranstaltung gemacht. Er betonte aber damals gegenüber der WELT, es ließe sich nicht vermeiden, daß „wegen der geplanten Gewaltmaßnahmen einiger Demonstranten – und die Polizei hatte dafür sichere Hinweise – andere Bürger beeinträchtigt werden". Heute hat er dazu eine ganz andere Meinung – jetzt stellt er einen anderen Vergleich an: „Diese Vorgänge hätten überall geschehen können, es sei denn, man hätte die Stadt Krefeld von den Bürgern geräumt und unserem Gast (US-Vizepräsident Bush, die Red.) ein Bild geboten, wie es Helmut Schmidt bei seinem DDR-Besuch in Güstrow bekommen hat."

Vor drei Jahren mußte man allerdings Bonn auch nicht von den Bürgern räumen lassen. Da hatten sich die Sicherheitsbehörden entschlossen, Präventivmaßnahmen zu ergreifen: Beobachtung der anreisenden Gruppen, äußerst penible Visitationen, denen auch mancher harmlose Bürger zum Opfer fiel – und der Verständnis zeigte. Denn es gab nach der Veranstaltung keine Beschwerden von Bürgern, die sich zu Unrecht untersucht gefühlt hatten.

Im Vorfeld zu den Krefelder Ereignissen waren die Sicherheitsbehörden ebenfalls gewarnt. „Krieg in Krefeld", sprühten die Chaoten in den Universitäten Göttingen und Berlin, erschienen laufend entsprechende Anzeigen in der „taz". Sogar der Treffpunkt „10.00 Uhr am Hauptbahnhof" war allen bekannt. Dennoch unterließen es die Sicherheitsbehörden, schon am Vorabend, an dem die meisten der militanten Störer angereist waren, strenge Kontrollen und Durchsuchungen anzuordnen. Wie gereizt die Lage war, ist aus den Berichten des Landeskriminalamtes und des Verfassungsschutzes an das Düsseldorfer Innenministerium schon vor drei Wochen ersichtlich. Wenn auch der Sprecher des Ministeriums noch vor zehn Tagen gegenüber der WELT auf entsprechende Anfragen abwiegelte und erklärte, die „damit befaßten Stellen haben alles sicher im Griff", wurden Präventivmaßnahmen nur zögernd eingeleitet.

Noch einmal O-Ton Schnoor gegenüber der WELT nach dem Bonner Gelöbnis: „Hätten wir nicht schon im Außenbereich gezielt kontrolliert, wären wir Gefahr gelaufen, in der Innenstadt von Bonn Krawall zu haben." Danach hatten sich die Präventivmaßnahmen – die Polizei fand unter anderem zwei gestohlene Polizeisprechgeräte, Äxte, Stahlkugeln mit Schleudern, feststehende Messer und Eisenrohre – bewährt. In Krefeld mochte man nicht zu diesem bewährten Rezept greifen.

Zwar erklärte die Polizeispitze gestern mittag, die Beamten hätten schon am Vorabend der Krawalle 23 Personen festgenommen. Es sei auch durch die Sicherheitsbehörden der anderen Bundesländer vorgewarnt worden, man habe sogar die Schließfächer im Bahnhof nach dort versteckten Waffen durchsucht – aber gleichzeitig wurde auch deutlich, daß Autos nur „auf Verdacht" überprüft worden sind, den Chaoten also genügend Möglichkeiten blieben, Waffen etwa wie Eisenrohre einzuschleusen.

Schnoor sagte gestern, nach neuesten Erkenntnissen hätte es sich um annähernd 1000 Chaoten gehandelt. Angesichts der schwierigen Verhältnisse – Schutz der prominenten Personen, das Bürgerfest der Krefelder, die angemeldete Friedensdemonstration und die zu befürchtenden Gewalttaten – habe die Polizei ihre Aufgabe hervorragend gelöst.

Er sagte weiter: „Ich bedauere es, daß wir nicht die Chance hatten, die gewalttätigen Ausschreitungen zu verhindern. Das ist ein Mangel. Das darf einfach nicht passieren."

Nicht geklärt werden konnten gestern aber mehrere Vorfälle:

- Zwar behauptete die Polizei, sie habe die Lage um das Seidenweberhaus fest im Griff gehabt – dennoch blockierte ein Bus um 13.15 Uhr die Ausfahrt der Tiefgarage. (als die Kolonne von US-Vizepräsident George Bush losfahren wollte). Einsatzleiter Zacharias: „Wie eine normale Verkehrsbehinderung."
- Zum zweiten wurde erst gestern bekannt, daß der letzte Wagen der Kolonne des Bundespräsidenten mit Steinen beworfen worden ist. „Darüber gab es keine Meldung", stellte der Einsatzleiter Zacharias gestern erstaunt fest. Da das erste und das letzte Fahrzeug der Kolonne mit Funk ausgerüstet ist, rätselt die Führung nun, warum die Insassen des beworfenen Fahrzeuges den Vorfall nicht weitergegeben haben. In dem Wagen saßen Beamte der SEK.
- Zum letzten ist nicht eindeutig zu klären, warum Einsatzleiter Zacharias – in Abstimmung mit den amerikanischen Sicherheitsbehörden – die geheime Route für die Kolonnen von Carstens und später die von George Bush fahren ließ. Gestern sagte er, die Fahrtroute sei ihm als frei von militanten Störern gemeldet worden. Offensichtlich hat aber niemand bedacht, daß diese Strecke direkt am längst bekannten Hauptsammelplatz der Chaoten – am Hauptbahnhof – vorbeiführt. Außerdem ist nach Augenzeugen nach der ersten militanten Auseinandersetzung zwischen 10.15 und 11 Uhr ein weiterer Trupp von Chaoten dort angekommen, blieb aber von der Polizei unbehelligt.

Es scheint sich langsam herauszuschälen, daß sowohl die Präventivmaßnahmen zu lasch waren, als auch die möglichen und erforderlichen Zugriffsmöglichkeiten der Polizei.

Besonders betrübt zeigte sich Schnoor, daß 33 Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt worden sind. Er sagte, die Demonstranten hätten „mit faustgroßen Steinen in die Gesichter der Beamten geworfen. Das sah schrecklich aus".

Noch vor kurzem hatte Schnoor bei der Vereidigung von Polizeibeamten in Brühl erklärt: „Im Herbst werden viele Menschen ihre Sorge um die Erhaltung des Friedens in zahlreichen Demonstrationen zum Ausdruck bringen . . . aber die Polizei steht nicht für oder gegen eine bestimmte Meinung, sie steht nicht für oder gegen Raketen . . ., die Polizei ist in der Sache, um die es geht, neutral." Sie solle „auch und gerade dann, wenn Emotionen hochgehen, besonnen und differenzierend einschreiten".

Dieses Konzept – wohlfeil in der Theorie – scheint in der Praxis nicht durchführbar. Dabei ist Herbert Schnoor durchaus kein reiner Theoretiker, auch wenn er sich vor allem als hochgradiger Verwaltungsjurist einen Namen gemacht hat. Der gebürtige Ostfriese, 56 Jahre alt, ist eine Entdeckung von Ministerpräsident Johannes Rau. Daß sich beide gegenseitig förderten, weiß man spätestens seit 1970, als der Wissenschaftsminister Rau einen Staatssekretär namens Schnoor zu sich rief. Dann empfahl er den sommersprossigen, rotblonden Schnoor Ministerpräsident Heinz Kühn als Chef der Staatskanzlei. Und als Johannes Rau selbst dort einzog, saß sein Freund Schnoor schon mitten im Machtzentrum.

Gegen die oft zitierte Basis drückte Johannes Rau seinen Staatskanzleichef auf einen sicheren Platz in der Landesliste, damit er 1980 Abgeordneter und auch Minister werden konnte. Zwar mochten die Sozialdemokraten solche Seiteneinsteiger nicht, aber sie fügten sich murrend dem Befehl von Rau. Seit dem Mai 1980 ist er nun Innenminister des bevölkerungsreichsten Landes und bemüht, sich aus den Schlagzeilen zu halten. Er sucht nach einer politischen Heimat innerhalb der SPD und zeigt sich dabei recht unsicher. Denn ausgerechnet im linken Unterbezirk Düsseldorf soll er ein Mandat für die kommende Landtagswahl erhalten; und seitdem müht sich Schnoor, in der linken Szene der Partei nicht anzuecken.



Seit drei Jahren ist Herbert Schnoor Innenminister von Nordrhein-Westfalen und damit verantwortlich für die Polizei. FOTO: J. PEPERHOUF

Grüne fordern von Prag Schutz der Menschenrechte

hey/AP, Bonn

Mit der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und Freilassung aller politischen Gefangenen in der CSSR haben Bundestagsabgeordnete der Grünen gestern in Bonn auf ihre Erfahrungen während der kommunistischen „Weltversammlung für Frieden und Leben gegen Atomkrieg" in der vergangenen Woche in Prag reagiert. Nachdem sie aus Protest die Prager Versammlung vorzeitig verlassen hatten, erklärte Walter Oswalt als einer der Delegationsmitglieder der Grünen: „Dieser Friedenskonferenz war nichts Friedliches abzugewinnen." Oswalt, der die sogenannte Friedenskonferenz als „Tragödie" bezeichnete, sagte, sie sei ein Versuch gewesen, mit viel Geld und Propaganda die Vertreter westlicher Friedensbewegungen „einzukaufen".

Nachdrücklich protestierten die Grünen gegen die gewaltsame Auflösung eines Treffens mit Mitgliedern der verbotenen Charta 77 durch „60 bis 70 Staatssicherheitsbeamte". Nach der Auflösung des Treffens und der Beschlagnahme des gesamten Film- und Tonmaterials habe es für die Grünen keine andere Möglichkeit gegeben, als das Land sofort zu verlassen. Zugleich warnten sie aber nun die Prager Behörden vor weiteren Repressalien gegen die Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung. Die politische Realität in dem Ostblockland, wie sie bei den Übergriffen sichtbar geworden sei, entlarve die von Prag in Helsinki abgegebenen Versprechungen „als bloße Verschleierung unmenschlicher Praxis".

Polizei räumt Häuser in Berlin

F. D./DW. Berlin/Bonn

Nach der gestrigen Räumung von sieben besetzten Häusern hat sich die Zahl der in Berlin registrierten illegal bewohnten Gebäude auf 63 verringert. In den frühen Morgenstunden hatten starke Polizeikräfte die Gebäude in den Bezirken Kreuzberg und Charlottenburg in einer insgesamt sechsstündigen Aktion geräumt, nachdem monatelange Verhandlungen mit den Besetzern gescheitert waren. Während die Polizei bei zwei Gebäuden in Kreuzberg auf keinen Widerstand traf, mußte sie sich in Charlottenburg gewaltsam Zutritt verschaffen, da die Besetzer die Eingänge mit Möbeln und Baumaterialien verbarrikadiert hatten. Aus einem der besetzten Häuser wurden die Beamten mit Farbbeuteln, Mehl und Tränengas beworfen. 66 Besetzer wurden zur Überprüfung der Personalien kurzfristig in Polizeigewahrsam genommen, gegen einen Mann lag ein Haftbefehl vor.

Ein Sprecher des sich zur Zeit in Urlaub befindenden Berliner Innensenators Heinrich Lummer (CDU) erklärte gegenüber der WELT, bei allen gestern erfolgten Räumungen hätten die Voraussetzungen der sogenannten „Berliner Linie" vorgelegen. Die Eigentümer der Gebäude hätten sowohl Strafanträge gestellt als auch Nutzungs- und Finanzierungskonzepte für die Häuser präsentiert. Die fünf in Charlottenburg geräumten Häuser gehören der gewerkschaftseigenen Baugesellschaft „Neue Heimat", Eigentümer der Kreuzberger Gebäude ist die Gemeinnützige Berliner Wohnungsgesellschaft (BeWoGe). Demgegenüber kritisierte der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Berlin, Michael Pagels, die Räumungsaktion. Sie zeige, daß „der Senat an ernsthaften und friedlichen Lösungen der Hausbesetzerprobleme nicht interessiert ist".

Jugoslawischer Stabsschef in Bonn

rtr, Bonn

Der Generalstabschef der jugoslawischen Volksarmee, Generaloberst Petar Gracanin, ist gestern zu einem viertägigen Besuch der Bundeswehr in Bonn eingetroffen. Gracanin, der bei der Bundesluftwaffe, beim Heer und bei der Marine zu Gast sein wird, ist der erste Stabschef eines kommunistisch regierten Landes, der Einrichtungen der Bundeswehr besichtigt. Er erwidert einen Besuch, den der frühere Generalinspekteur Jürgen Brandt der jugoslawischen Volksarmee 1979 abgestattet hat.

Bomben-Attentat in Peru verübt

dpa/AFP, Lima

Die peruanische Polizei hat den Schutz von Regierungsämtern und öffentlichen Gebäuden in Lima weiter verstärkt, nachdem Unbekannte erneut eine Serie von Sprengstoffanschlägen verübt hatten. Zwei Banken und andere Gebäude wurden beschädigt. Weitere Anschläge richteten sich gegen ein Büro der Regierungspartei „Volksaktion" des Präsidenten Fernando Belaunde Terry sowie gegen Einkaufszentren. Nach Ansicht der Polizei gehörten die Täter zu Kommandos der maoistischen KP Perus.

Nach einer Attentatsserie in Lima Ende Mai hatte die Regierung für zwei Monate den Ausnahmezustand über ganz Peru verhängt. Von den rund 11 000 in den letzten zehn Tagen in Lima festgenommenen Verdächtigen wird der Großteil nach Angaben der Polizei noch verhört. Der Präsident bekräftigte die Weigerung der Regierung, mit der Guerrilla zu verhandeln, und kündigte hartes Durchgreifen an.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Frage nach dem Skandal: Nach welchen Prinzipien wird der „Stern" gemacht?



Ausgabe vom 28. April: Das Geheimnis wird gelüftet

Die jüngste deutsche Geschichte müsse in großen Teilen umgeschrieben werden, tönte es aus der Chefredaktion des „Stern". Mit enormem publizistischem Aufwand wurden Hitlers Tagebücher als der Scoop des Jahrhunderts in die Öffentlichkeit posaunt. Daraus wurde der größte Flop in der deutschen Pressegeschichte. Handelte es sich bei *diesem Debakel um einen Betriebsunfall?* Oder war es die Konsequenz eines redaktionellen und verlegerischen Konzepts?

Warum es zu dem Debakel um die Tagebücher kommen mußte



Ausgabe vom 5. Mai: Die erste war auch die letzte Folge
FOTOS: AP

Von GERHARD ZACHARIAS

Der Skandal um die gefälschten Hitler-„Tagebücher" hat die Öffentlichkeit bewegt, die Spalten der Zeitungen gefüllt. Der „Stern" selbst stellt die Affäre mehr als Betriebsunfall hin. Die verlagsinternen Konsequenzen trafen Schuldige und weniger Schuldige. Dafür wurden auch Schuldige weniger getroffen.

Als einziger unter den Kommentatoren des Ereignisses gewann Henri Nannen dem Ereignis auch Erheiterndes ab. „Das Ganze ist wahrhaftig nicht ohne peinliche Komik", schrieb er an seine „lieben Leser". Außenstehende urteilten ernsthafter und bescheinigten dem „Stern" einen schweren Verlust an Glaubwürdigkeit. Aber nur selten wurde damit die Frage verknüpft, wie es denn vorher um diese Glaubwürdigkeit stand.

Gewiß: Der Vorfall war so schwerwiegend, daß es auch eine solide Reputation zertrümmert hätte. Aber folgt daraus, daß sie tatsächlich solide war? Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Doch nicht jeder, dem man nicht glaubt, lügt deshalb nur einmal. Wie getreu und auf welche Weise, das soll hier gefragt werden, bildeten die Informationen des „Stern" die Wirklichkeit bisher ab?

Das beliebte Bild von der Spitze des Eisbergs kann man auf die simulierten Hitler-Kladden nicht im üblichen Sinne anwenden. Für eine Spitze ist der Brocken zu groß. Aber Zusammenhänge mit Bisherigem sind zu erkennen. Die Spitzen des unseriösen Eisbergs, der *jetzt* sichtbar wurde, ragten schon immer deutlich über die Oberfläche. An wenig Seriösem aus jüngerer Zeit fällt einem beispielsweise die böse Karikatur Kohls im Wahlkampf oder die hämische Berichterstattung über die neue Koalition ein. Doch wir lassen es diesmal nicht mit einigen impressionistischen Lese-Erinnerungen bewenden, sondern wollen die Frage nach den Hauptmerkmalen der Berichterstattung im „Stern" und deren Übereinstimmung mit den Realitäten gründlicher untersuchen.

> „Die Geschichte des Dritten Reiches muß teilweise umgeschrieben werden. Der Inhalt erst recht: In völlig neuem Licht erscheint der Fall Hess, der Flug des Führer-Stellvertreters nach England. Wer ahnte auch nur, wie Hitler insgeheim seinem obersten Folterknecht Himmler mißtraute. Die Tagebücher enthüllen es. Am heikelsten: Hitlers Äußerungen über die Juden."
>
> Chefredakteur Peter Koch am 28. April

Seit einigen Jahren liegt die Gelegenheit dazu gebunden auf dem Schreibtisch: 1977 ist ein nahezu tausend Seiten dicker Wälzer von Professor Haseloff unter dem Titel „Stern – Strategie und Krise einer Publikumszeitschrift" erschienen. Otto Walter Haseloff ist ein bekannter Psychologe und Kommunikationswissenschaftler, der hier fast ein Jahrzehnt lang (1966 bis 1974) die Inhalte der „Stern"-Artikel systematisch registrieren, ordnen sowie nach Inhalt und Tendenz zählen ließ. Das Resultat dieser Inhaltsanalyse ist eine statistische Beschreibung der „Stern"-Texte nach vielfältigen Merkmalskategorien.

Was der „Stern"-kundige Gelehrte an Ergebnissen referiert, kann zwar einen akademisch unbewaffneten Beobachter nicht überraschen. Dennoch bestürzen die konkreten Zahlenrelationen. Im Hinblick auf die weltpolitische Berichterstattung des „Stern" schreibt Haseloff beispielsweise:

„Hauptergebnis ... ist die Tatsache, daß genau zwei Drittel der gesamten weltpolitischen Berichterstattung des „Stern" geeignet sind, Anhänger westlich-demokratischer Lebensformen zu verunsichern und das Vertrauen in die Zukunft dieser politischen Lebensformen zu schwächen. Dies auch dadurch daß im ‚Stern' immer erneut der Blick auf moralische Bedenklichkeiten bei den Versuchen der Selbstdurchsetzung demokratischer und als ‚kapitalistisch' gedeuteter Staaten gelenkt wird."

Haseloff unterstellt dabei nicht einmal Böswilligkeit und glaubt, bei den „Stern"-Journalisten sogar ein „ethisches Engagement" zu erkennen, in dem sich ein „überoptimistisches und fast naives Vertrauen in die Belastbarkeit demokratischer Ordnungs- und Lebensformen manifestiert":

„Dies wird unter anderem deutlich nicht nur in der Radikalität, mit der im ‚Stern' Aktivitäten und Zustände demokratischer Staaten verurteilt werden, sondern auch in der Häufigkeit, mit der Satire und Humor dazu benutzt werden, Repräsentanten und Institutionen der Demokratie kontinuierlich zu entwerten." Hier kann man dem Professor nicht folgen; es sei denn, man spricht auch dem Mann, der Frau und Kinder schlägt, wegen seiner Hochachtung vor deren Belastbarkeit ethisches Engagement zu.

Unwiderlegbar dagegen ist Haseloffs Befund über den „Stern", „daß die ‚westlich-kapitalistischen' Länder an einem überaus hohen ethischen Maßstab gemessen (und überwiegend dann verworfen) werden, während gleichzeitig anläßlich der Berichterstattung über *sozialistische Länder* und über ‚Volksdemokratien' der ethische Rigorismus in verständnisvolle Milde umschlägt".

Haseloff spricht hier von „inkompatiblen Maßstäben". Sie sind ein Hauptmerkmal, vielleicht das Hauptmerkmal linksgestanzter Urteilsstrukturen, nicht nur im „Stern".

Die inkompatiblen Maßstäbe führen zwangsläufig zu einer Reduzierung des Urteils im Sinne des Schwarz-Weiß-Denkens. Als „Stern"-Analytiker stellte Haseloff dabei folgendes fest:

„Dieses bipolare Modell ‚emanzipatorischer' gesellschaftlicher Kräfte dürfte sehr vielen ... Entwirklungen und Konflikten keineswegs gerecht werden. Andererseits hat dieses politische Deutungsschema die großen Vorteile gedanklicher Einfachheit und moralischen Gehalts. Entsprechend verschafft *seine Applikation* den jeweiligen Anwendern die Gefühle enthüllenden Scharfblicks und ethisch überlegenen Engagements."

Diese Weltsicht fördert die Neigung, aus den Ländern des „sozialistischen Lagers" – wir folgen noch Haseloff – eine Art „heile Welt" zu machen, deren Probleme und Konflikte bagatellisiert oder ignoriert werden.

Dieses *ideologische* Schema hat im „Stern" wie auch anderswo seine unverwechselbaren Attribute, von denen Haseloff unter anderem nennt: die fast totale Ausblendung von Berlin aus der Berichterstattung (mit Berlin hat sich offenbar die Wirklichkeit geirrt) und die permanente Präsentation einer gigantischen und „sprungbereiten" Bewaffnung des Westens bei Verhüllung der Rüstung im Osten.

Mit der linksideologischen Polarisierung der ausgewählten Wirklichkeitselemente ist eins der redaktionellen Basismerkmale genannt, eins von zweien. Das andere Charakteristikum betrifft die spezifische Tendenz, auf äußere Trends und Moden schnell und geschickt einzugehen.

Haseloff stellt fest, „in wie starkem Maße in der journalistischen Arbeit dieser Zeitschrift die weltpolitische Berichterstattung von innenpolitischen Ereignissen, ‚Klimaschwankungen' und Konstellationen abhängig ist".

Dieser journalistische Opportunismus hat den „Machern" des „Stern" viel Erfolg, Geld und Bewunderung eingebracht, Henri Nannen gilt (nicht zuletzt sich selbst) als Trend-Setter. Er setzte meist – und sich meist – auf den richtigen Trend. Insofern stimmt der Begriff.

Nur aus dieser opportunistischen Haltung und nicht aus der Links-Schematik heraus konnte sich das Desaster mit den Hitler-„Tagebüchern" entwickeln. Dabei stellt sich zwangsläufig die Frage *nach der verlegerischen Verantwortung.* Offenbar sah der Konzern im „Stern" nichts anderes als ein „Profit-Center". An Profit hat es ja auch nicht gefehlt.

Im Pressewesen ist aber das ausschließlich gewinnorientierte Management, wie die Katastrophe zeigte, nicht das beste, vielleicht auf die Dauer nicht einmal das profitabelste – von der moralischen Seite ganz zu schweigen. Verlage wollen und sollen Gewinne machen. Aber die Aufgabe jedes Objektes muß definiert sein als publizistische Aufgabe. Geldmachen allein genügt nirgends zur Bestimmung einer Unternehmensaufgabe.

> „Der ‚Stern' hat mit großer Sorgfalt die Tagebücher prüfen lassen – ein Aufwand, der in der Historikerzunft nicht immer üblich ist. Schriftsachverständige und Zeitgeschichtler der Spitzenklasse machten sich über die Dokumente her. Ihr Urteil ist so einstimmig wie eindeutig. Nach Menschenermessen kann kein Zweifel an der Echtheit bestehen."
>
> Chefredakteur Peter Koch am 28. April

Die internen Turbulenzen beim „Stern" nach der Blamage mit den Hitler-„Tagebüchern" zeigen, daß die zwei Grundtendenzen – Linksideologie und profitorientierter Opportunismus –, die so lange harmonisch koexistierten, nun, da etwas schiefgegangen ist, in herben Konflikt geraten. Zweifellos ist der Plan, den „Führer" für ein halbes Jahr zum Star des „Stern" zu machen, ein besonders frivoler Ausdruck des Wunsches gewesen, sich von der „richtigen" Welle tragen zu lassen. Ist es nun wieder nur ein Ausdruck des Strebens nach Anpassung, wenn man von der linken auf eine mittlere Linie politischer Berichterstattung übergehen will? In den Augen der Redaktion muß das jedenfalls so wirken. Schließlich gibt es ja so etwas wie einen populärer werdenden Neo-Konservatismus.

Die Berufung von Johannes Groß und Peter Scholl-Latour in Vorstand und Chefredaktion sollte wohl den zusätzlichen Vorteil haben, neben der Anpassung an den *Zeitgeist auch vor Anzeigenkunden* diesen Wandel unübersehbar zu plakatieren. Konzern-Chef Mohn signalisierte das in seinen Interviews recht deutlich, als er von einer „Änderung der Haltung des Blattes" sprach, die durch die Wahl eines neuen Chefredakteurs beabsichtigt und realisierbar sei.

Aber die Redaktion ist jetzt eingefahren auf dem weiter östlich liegenden Schienenstrang. Wie der Zauberlehrling, so wird der Verlag mit der liebevoll gehegten Redaktion nicht mehr fertig, die, auf Links-Konformismus eingeübt und eingeschworen, jetzt ihre Ideologie dem publizistischen Opportunismus entgegenstellt.

Eine Kurskorrektur nach rechts um einen nennenswerten Winkel ist also kaum vorstellbar. Eher würde die Redaktion davonlaufen. Vielleicht würden aber auch die Leser davonlaufen?

Um das zu beurteilen, muß man versuchen, sich ein Bild davon zu machen, wie und in welcher Weise die „Stern"-Leserschaft den beiden redaktionellen Grundlinien des „Stern", der linken und der opportunistischen, entspricht.

Die Kommunikationsforschung ist in den letzten Jahren entschieden von der Einweg-Theorie abgerückt, nach der die von Massenmedien vermittelten Inhalte von den Empfängern wie mechanische Impulse aufgenommen werden, die sie in die gewünschte Richtung drängen. Heute weiß man, daß eine komplizierte Wechselwirkung eintritt, bei der sich „Sender" und „Empfänger" gegenseitig beeinflussen, steuern und steigern. Fragt man sich nach den Funktionen und Bedürfnissen, die der „Stern" bei seinen Lesern befriedigt, muß man an wenigsten drei Lesergruppen denken.

Zunächst einmal mag es Leser geben, die den „Stern" wegen seiner unbezweifelbaren journalistischen Gekonntheit oder wegen anderer formaler Dinge nutzen. So kann beispielsweise die bemerkenswerte Qualität der Fotoserien im „Stern" manchen Leser anziehen. Die Gruppe der von rein stilistischen Aspekten verlockten, an den Sach-Themen uninteressierten Lesern ist aber vermutlich klein und kann quantitativ vernachlässigt werden.

Eine zweite (größere) Gruppe dürfte aus Lesern bestehen, denen die opportunistischen und sensa*tionshaltigen Leseangebote Befriedigung* verschaffen. Es sind Leute, die gelegentlich aus dem geordneten Alltag, auch aus dem politischen Alltag entkommen möchten, um sich außerhalb der politischen Moral zu amüsieren. Ihnen tut es wohl, wenn „die da oben mal eins aufs Dach kriegen", wenn es mal (unverbindlich) unmoralisch zugeht. Die Zuwaage an Sex und Crime ist ihnen speziell willkommen. Sie suchen und finden im „Stern" eine Art politischer Freudenhaus-Atmosphäre.

Die dritte Gruppe von Lesern ist ernsthaft auf die linke Grundlinie festgelegt. Die Existenz und die Beschaffenheit dieser Lesergattung ist während der letzten Jahre in mehreren Meinungsstudien sichtbar gemacht worden. Bei Befragungen legte man den Interviewten eine Reihe von Sätzen mit Urteilen über Politik und Leben vor, zu denen sie sich zustimmend oder ablehnend äußerten. In einem anderen Teil des Interviews wird das Leseverhalten ermittelt. Dank der kombinierten Auswertung, kann man die Leser des „Stern" oder anderer Zeitschriften im Hinblick auf ihr Meinungsbild beschreiben. Zwei derartige Untersuchungen können hier genannt werden, die eine vom Bauer-Verlag, die andere vom Burda-Verlag.

Die Bauer-Studie aus dem Jahre 1981 untersuchte unter anderem die Einstellung der Bevölkerung zum Verständnis der Geschlechterrollen. Die „Stern"-Leser sind stark überdurchschnittlich an einem kritisch-unzufriedenen Typ beteiligt, der sich nicht nur extrem emanzipatorisch, sondern auch mit der eigenen Rolle unzufrieden gibt, 40 Prozent der „Stern"-Leser gehören dieser Gruppe an. In der Gesamtbevölkerung sind es nur 26 Prozent.

Aus der Studie des Burda-Verlages, die sich auf die Bevölkerung zwischen 18 und 30 Jahre bezieht, ist ersichtlich, daß die „Stern"-Leser hochgradig von Anti-Haltungen geprägt, eher konsum- und werbefeindlich und zur Umverteilung der Güter geneigt sind. Sie erklären sich wesentlich mehr als die übrigen Deutschen daran interessiert, *die Gesellschaft in der Bundesrepublik* in vielen Teilbereichen zu ändern.

Man stellte weiter fest, daß die „Stern"-Leser dabei eher eine ideelle Ausrichtung haben, die verknüpft ist mit einem geringeren Interesse an dinglichen, materiellen Freuden des Lebens und mit einer ideologisch fixierten Ablehnung von Profit, Werbung und anderen „kapitalistischen Machenschaften". Als Beispiel einige Statements, die von „Stern"-Lesern in stark überdurchschnittlichem Maße bejaht werden: „Die Macht der Großunternehmer sollte per Gesetz deutlich abgebaut werden." „Auf die Umweltpolitik der Grünen sollte in der Politik deutlich mehr eingegangen werden." „Anstatt die Terroristen zu bekämpfen, sollte man sich mit ihnen auseinandersetzen."

Diese linke Gruppe in der „Stern"-Leserschaft harmoniert perfekt mit der linksideologischen Konstante in der redaktionellen Linie. Man kann sich leicht vorstellen, daß bei einer redaktionellen Rechtskorrektur des „Stern" ein so wenig tolerantes Segment sofort abspränge. Es würde wahrscheinlich bei oder in der Nähe von „Konkret" die Bestätigung suchen, die ihm der „Stern" schuldig bliebe.

Das gegenwärtige „Stern"-Bild ist für Entscheidungen nicht besonders günstig. Eine Kurskorrektur zur Mitte hin würde zu einer mindestens allmählichen Auflösung der Redaktion und zu einer schnellen Abwanderung des Kern-Segmentes der Leserschaft führen. Damit wäre auch den Inserenten wenig geholfen, an deren Adresse die Ankündigung der Tendenzwende wohl vor allem gerichtet war. Sie legen auf große Leserzahlen Wert.

So muß man es wohl bei dem Linkskurs belassen. Dann hält man die treuen, gleichgepolten Kernleser fest bei der Stange, verliert aber die Leser aus der „frivolen" Gruppe, denen eine ideolo*gisch strenge „Stern"-Linie nach* dem Desaster mit den Hitler-Notizen dann doch nicht mehr akzeptabel erschiene. Und was vielleicht das schlimmste wäre: Auch in diesem Falle könnten die Inserenten, die den „Stern" bis jetzt noch mit Inseraten verwöhnen, zu zweifeln beginnen und den Anzeigenraum lieber Spruchbandfabrikanten und Jeans-Herstellern überlassen. (Jeans-Hersteller sind übrigens schon gut im „Stern" vertreten.)

> „*Verkehrte Welt.* Je absurder der Vorwurf der Fälschung begründet wird, um so weniger scheint er Zweifel zu wecken. Die Vielzahl der Fälschungsversionen addiert sich nur scheinbar zu mehr Glaubwürdigkeit. Dagegen stehen die Beweise des „Stern". Diese Beweise sind eindeutig. Doch die Internationale der Neider und der Fälscher mag sich von der Eindeutigkeit nicht beeindrucken lassen."
>
> Chefredakteur Peter Koch am 5. Mai

Der „Stern" hat es sich noch auf andere Weise schwergemacht, seine Leser, genauer: seine Käufer, zu halten. Zwei Wochen vor der fatalen Nummer 18/1983, in der die erste Folge der vermeintlichen Hitler-Eintragungen veröffentlicht wurde, gab es eine Erhöhung des Exemplarpreises um fünfzig Pfennig. Der „Stern"-Taler von 3,– DM *genügte nicht mehr. Jetzt,* mit 3,50 DM, liegt der „Stern" eine Mark über der „Bunten" und der „Quick", und um 1,50 DM über der „Neuen Revue". Nannen begründete seinen Lesern gegenüber die Preiserhöhung passenderweise auch damit, daß „beim Ankauf von Bildern und exklusiven Artikeln ... die Preise alle bislang gültigen Grenzen sprengten".

Prophezeiungen sind immer schwierig. Doch in diesem Fall ist es keine „Stern"-Deuterei, wenn man vermutet, daß der „Stern" entgegen den Signalen nach außen und entsprechend den Signalen nach innen, seinen Linkskurs fortsetzt – trotz Peter Scholl-Latour. Dieser „Stern" wird an seinem rötlichen Flimmern erkennbar bleiben. Nur der Glanz hat nachgelassen. Die atmosphärischen Bedin*gungen haben sich geändert.*

Gerhard Zacharias, 1927 in Dresden geboren, war 15 Jahre bei der Werbeagentur Lintas für Mediaplanung und Mediaforschung verantwortlich, zunächst in Hamburg, dann in Paris. Später übernahm er bei Infratest in München den Geschäftsbereich Informatik. Seit 1976 arbeitet er in München, als Berater für Media-, Markt- und Meinungsforschung.

In Äthiopien nimmt Moskaus Einfluß zu

AFP, New York

Der Einfluß der Sowjetunion in Äthiopien nimmt sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich zu, meint das US-Nachrichtenmagazin „Time" in seiner jüngsten Ausgabe. In einer Korrespondenz aus Äthiopien schreibt das Blatt, die Hälfte der rund 4000 sowjetischen Fachleute in dem Lande bestehe aus Militärberatern, die andere Hälfte spiele eine wichtige Rolle in den Ministerien.

Staatschef Mengistu Haile Mariam treffe häufig mit dem sowjetischen Botschafter in Addis Abeba, Konstantin Fomitschenko, zusammen, schreibt „Time". Äthiopien kaufe einen großen Teil seines Erdöls in der UdSSR und habe seit 1977 für rund zwei Milliarden Dollar sowjetisches Militärmaterial erhalten. Als Gegenleistung habe die Sowjetunion Zugang zu den von Äthiopien kontrollierten Dahlag-Inseln im Roten Meer.

„Time" zufolge ist die kubanische Präsenz in Äthiopien noch stärker als die sowjetische. „DDR"-Berater beteiligten sich an der Ausbildung von Geheimpolizisten.

Hundert Kurden in Iran getötet

rtr, Teheran

Iranische Regierungstruppen haben bei Angriffen auf Stellungen in der Nähe der Stadt Sanandaj mehr als hundert kurdische Rebellen getötet, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Irna. Unter den Getöteten befinde sich der Rebellenführer Eghbal Tabeyi. Bei einer Aktion gegen die verbotene Kurdische Demokratische Partei hätten die Revolutionsgarden in Sanandaj mehr als 70 Personen festgenommen.

Anspruch auf Polens Ostgebiete

J. G. G., Haan

Gemeinsam mit dem „Verband der Ostgebiete der polnischen Republik" hat jetzt die polnische Exilregierung zum Abschluß der Papst-Reise mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sie neben den Westgebieten (ehemals deutsche Ostgebiete) auch Anspruch auf die heute zur UdSSR gehörenden polnischen Ostgebiete erhebt. In ihrem Organ „Rzeczpospolita" (die Republik) kritisierte sie diejenigen Polen, die auf diese Gebiete verzichten wollen. Dies nutze nur „der imperialistischen Sowjetunion".

Universität Kabul ohne Lehrpersonal

AP, Islamabad

Die Universität der afghanischen Hauptstadt Kabul ist heute praktisch ohne Lehrpersonal. Wie der nach Pakistan geflohene Vize-Rektor Mohammed Haider gegenüber der „Pakistan Times" berichtete, sind 70 bis 80 Prozent des Lehrkörpers seiner Hochschule aus Afghanistan geflohen, um der Verhaftung oder gar der drohenden Hinrich*tung zu entgehen. Der ehemalige* Philologieprofessor Sayed Madschruh von der Universität Kabul teilte mit, an ihr seien infolge der Zwangsrekrutierungen zur Armee nur noch 4000 Studenten immatrikuliert – ein Drittel des Standes vor der kommunistischen Machtergreifung im Jahre 1978.

„Lehrerstreik gegen Raketen unzulässig"

dpa, Stuttgart

Politische Aktionen in und an der Schule darf es nach Auffassung von Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) nicht geben. Der Minister äußerte sich gestern zu einem Beschluß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Mannheim, wonach die GEW Warnstreiks gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen erwäge. Streiks oder ähnliche Aktionen von Lehrern an der Schule, so der Minister, seien rechtswidrig, weil sie gegen die Neutralitätspflicht der Beamten verstießen. Lehrer riskierten bei Streiks einen Eintrag in die Personalakte und ein Disziplinarverfahren, das zur Entfernung aus dem Dienst führen könne.

Klage gegen Atomkraftwerk

Nea. Koblenz

Das Verwaltungsgericht Koblenz hat gestern mit der Verhandlung einer Klage gegen das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich nordwestlich von Koblenz begonnen. Der Leichtwasserreaktor ist seit acht Jahren im Bau und soll 1985 in Betrieb genommen werden. Die Verzögerung ist vor allem auf formaljuristische Auseinandersetzungen über mehrere Instanzen zurückzuführen. So hatte das Oberverwaltungsgericht ein Urteil über die erste Teilerrichtungsgenehmigung (inzwischen liegt die sechste Teilgenehmigung vor) wegen Fehlens einer Bürgeranhörung an die untere Instanz zurückverwiesen. Die Bürgeranhörung wurde inzwischen nachgeholt. Parallel dazu hat das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium in den vergangenen Jahren umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen angeordnet, weil der Reaktor auf erdbebengefährdeten Boden stehen wird. Diese zusätzlichen Vorkehrungen haben die Baukosten von ursprünglich 1,3 Milliarden Mark auf mehr als sechs Milliarden gesteigert. Das RWE als Betreiber will nunmehr mit mehreren Gutachten beweisen, daß alle Bedenken ausgeräumt sind. Die Kläger, die „Bürgeraktion Mittelrhein", bestreiten dies.

Amerikas Drehscheibe zur Verteidigung des Isthmus

Von WERNER THOMAS

Wenn sich die riesigen grauen Leiber nachts schwerfällig von der Asphaltpiste des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes Howard erheben, vibriert die nähere Umgebung unter dem Donnern der vier Triebwerke. Die aus dem Schlaf geschreckten Menschen werden dann jedesmal daran erinnert, daß auch Panama eine Rolle im Mittelamerika-Konflikt spielt.

Die geräuschvollen Maschinen sind Transportflugzeuge des Typs C-130, von Lockheed hergestellt, für spezielle Aufgaben umgebaut und mit komplizierter Elektronik ausstaffiert. Sie fliegen zu Aufklärungsmissionen in die Krisengebiete der Region. Gewöhnlich kreisen die Spionagevögel tief über den von der Guerrilla kontrollierten Zonen El Salvadors.

Panama selbst, das sich als blockfreies Land versteht, pflegt freilich nach wie vor eine neutrale Passivität. Die Aktivitäten gehen von den amerikanischen Militärstützpunkten in der früheren Kanalzone aus.



Das „Southern Command" (Southcom), das Lateinamerika-Hauptquartier der US-Streitkräfte, war ursprünglich zur Verteidigung des Kanals eingerichtet worden. Im Vergleich zu anderen militärischen Stützpunkten der USA machte die südliche Kommandozentrale stets einen bescheidenen Eindruck. Zwischen Panama City und Colon sind nur 9000 Armee-, Marine- und Luftwaffensoldaten stationiert. Sie konnten bislang ein friedliches Leben in einer schönen tropischen Umgebung genießen. Die meisten wurden lediglich nach Naturkatastrophen mobilisiert.

Die „Special Forces" in Fort Gulick bei Colon hatten dagegen immer mehr zu tun. So bildeten sie in den sechziger Jahren bolivianische Elitetruppen aus, die im Oktober 1967 den legendären Guerrilla-Helden Ernesto Che Guevara stellten und töteten. Ein Foto des toten Kampfgefährten Castros hängt an der Wand der „Special Forces"-Kaserne. Heute sind die 305 Männer mit den grünen Mützen (Green Barrets) ausschließlich auf die Situation in Mittelamerika fixiert. Sie leisten Ausbildungs- und Beraterdienste. Mittelamerika beherrscht heute das Geschehen in der südlichen Kommandozentrale. Die Krisenherde liegen in unmittelbarer Nähe. Die nicaraguanische Hauptstadt Managua ist weniger als eine Flugstunde entfernt, der südliche Teil El Salvadors nicht weiter als eineinhalb Flugstunden.

Die AC-130 klären auf. C-130-Transporter fliegen militärisches Material nach El Salvador und Honduras. Viele der nach Honduras gebrachten Waffen sollen für die konterrevolutionären Brigaden (Contras) sein, die sich den Sturz der marxistischen Comandantes in Managua zum Ziel setzen. In den Hafenanlagen der US-Marine laufen Schiffe ein, die vor der Küste Nicaraguas spionieren. Auch ein Zerstörer ist dabei. Das gesamte Spionagematerial wird von Southcom-Spezialisten ausgewertet.

Die Aktivitäten der amerikanischen Stützpunkte belasten das delikate Verhältnis zu der Regierung des Landes. Präsident Ricardo de la Espriella und General Ruben Dario Paredes, der Kommandeur der Nationalgarde mit Präsidentschaftsambitionen, signalisieren Nervosität. „Die Rolle der US-Militärs in Panama ruft Spannungen hervor", meldete die „New York Times" Ende Mai auf Seite eins.

Die Verstimmungen kommen zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Am 1. Oktober 1984 kann Panama der berühmten „U.S. Army School of the Americas" kündigen, die in den letzten 37 Jahren 42 000 lateinamerikanische Offiziere ausgebildet hat, darunter viele spätere Militärpräsidenten.

Die Reagan-Regierung hofft, daß die Schule nicht verlegt werden muß, nach Honduras, Puerto Rico oder Florida etwa. „Wir würden gern in Panama bleiben", sagt General Wallace H. Nutting, der Ende Mai abgelöste Kommandeur des „Southern Command". „Wir hoffen, daß die Verhandlungen mit Panama erfolgreich verlaufen." Der 54jährige General, einer der scharfsinnigsten Analytiker der amerikanischen Streitkräfte und vier Jahre lang einer der bestinformierten Beobachter der Entwicklungen in Mittelamerika, sieht die Lage viel alarmierender als das offizielle Washington.

Nutting prophezeit eine weitere Eskalation des Konfliktes. Dann wird Southcom noch größere Aktivitäten entfalten. (SAD)

Paris hilft Tschad nur zögernd

Cheysson warnt Libyen und schickt 35 Tonnen Waffen und Munition nach N'djamena

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Regierung hat vorläufig keine konkreten Anhaltspunkte für eine direkte Unterstützung des Tschad-Rebellen Goukouni Weddei durch libysche Truppen. Unbestritten sei aber, heißt es im Pariser Entwicklungsministerium, daß die Truppen des einstigen Präsidenten ausschließlich von Libyern ausgebildet und ausgerüstet wurden. Dementiert werden in Paris dagegen vor allem amerikanische Pressemeldungen, wonach von Goukouni pilotenbemannte Flugzeuge an dem Angriff auf die Nordtschadische Stadt Faya-Largeau beteiligt gewesen seien. Bisher habe nur Artillerie in die Kämpfe eingegriffen.

Nach der Einnahme der strategisch wichtigen Oase Faya in der Nacht zum Samstag hatte die französische Regierung den auf einer Reise durch mehrere afrikanische Staaten befindlichen Entwicklungsminister Christian Nucci von der Hauptstadt der zentralafrikanischen Republik Bangui aus nach N'djamena beordert, um den rechtmäßigen Präsidenten der Republik Tschad, Hissen Habré, der Unterstützung Frankreichs zu versichern.

Nucci unterhielt sich am Sonntag vier Stunden mit dem Präsidenten. Resultat: Ein Transportflugzeug der französischen Luftwaffe mit 35 Tonnen Munition und Waffen an Bord verließ am Montag Frankreich in Richtung N'djamena. Dies scheint aber vorläufig das äußerste an direkter Einmischung zu sein, das Frankreich seinem strategisch wichtigen Verbündeten in Afrika zubilligt. Schon Außenminister Claude Cheysson hatte am Freitag eine direkte Einmischung Frankreichs zurückgewiesen, Libyen aber gewarnt, es werde im Falle einer Einmischung sich mit der Völkergemeinschaft auseinanderzusetzen haben.

An einen Einsatz von Truppen wird, wenn überhaupt, wohl erst gedacht werden, wenn die direkte Einmischung libyscher Soldaten bewiesen ist und die Hauptstadt N'djamena gefährdet sein sollte. Dem Vernehmen nach hat Hissen Habré seinem Besucher versichert, daß er die Lage „voll in der Hand" habe und mit seinem Gegner alleine fertigwerden könne. Frankreich hat in der benachbarten zentralafrikanischen Republik permanent eine kleine Streitmacht von etwa 1200 Mann stehen (drei Kompanien Marineinfanterie, eine Schwadron Panzerspähwagen und einige Hubschrauber), die dort stationiert wurden, als Goukouni Weddei mit Unterstützung von 5000 libyschen Soldaten seinen Erzrivalen Hissen Habré im Dezember 1980 aus N'djamena verjagte. Hissen Habré konnte die Macht erst im Vorjahr wiedererobern. Damals waren vor allem die Nachbarstaaten des Tschad alarmiert worden, in der plötzlich aufgetauchten Hypothese, der Libyer Khadhafi könne seine pan-arabischen Pläne für Afrika in die Tat umzusetzen versucht sein und habe hier in Tschad eine erste Kostprobe seines Expansionswillens geliefert. Frankreich hatte damals gerade den Nachbarstaaten versichert, daß es einer solchen Expansion mit eigenen Truppen entgegentreten werde.

Die Lage auf dem Terrain ist, wie immer in diesem riesigen und dünn besiedelten Land unübersichtlich. Nach Agenturmeldungen stößt zur Zeit eine 800 Mann starke Streitkraft Goukounis nach der Einnahme von Faya-Largeau nach Südosten auf die an der sudanesischen Grenze gelegene Stadt Abeche vor, die sich zur Verteidigung eingerichtet hat. Von Abeche aus trat Hissen Habré im Herbst 1981 mit sudanesischer Unterstützung seinen Rückeroberungsfeldzug an.

Die Offensive Goukounis war offenbar von langer Hand vorbereitet. Goukounis Vertreter in Paris, Adoum Yacob, hatte schon im vorigen Dezember französische und ausländische Journalisten in Paris mit Einladungen nach Tripolis überschüttet, von wo aus man mit Goukouni Weddei in dessen Hauptquartier im südlichen Libyen Verbindung aufnehmen könnte.

Seite 2: Pariser Reflexe

El Salvador: 281 Tote in einer Woche

Heftige Kämpfe zwischen Armee und Aufständischen / Klima der Furcht in Nicaragua

DW. San Salvador/Managua

Am Wochenende haben in dem ostsalvadorianischen Verwaltungsbezirk Usultan, etwa 90 Kilometer östlich der Hauptstadt San Salvador, heftige Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Freischärlern stattgefunden. Ein Sprecher der salvadorianischen Armee sagte in San Salvador, die Regierung führe dort eine „Säuberungskampagne" gegen die Aufständischen durch. Angaben über Menschenverluste wurden nicht gemacht.

Der Weihbischof von San Salvador, Gregorio Rosas, dagegen telite in seiner Sonntagspredigt mit, in der vergangenen Woche seien 281 Menschen Opfer der politischen Gewalttätigkeiten geworden. Ein Großteil von ihnen sei bei militärischen Operationen ums Leben gekommen. Die Freischärler trügen durch ihre Angriffe und Sabotageakte Verantwortung für die zunehmende Gewalt, sagte der Geistliche, der aber gleichzeitig den Machtmißbrauch durch die Streitkräfte und die paramilitärischen Formationen verurteilte.

In Nicaragua herrscht nach Berichten ausländischer Beobachter gegenwärtig ein allgemeines Klima der Furcht vor dem regierenden Sandinisten-Regime. Denn die Aufdeckung des angeblichen Mordanschlags auf Außenminister d'Escot und die Ausweisung dreier US-Diplomaten ist offensichtlich als Warnung an die Opposition gedacht gewesen, mit Ausländern keine Kontakte zu halten.

Die Verhaftung von drei Mitgliedern der Konservativen Partei hat der Warnung erheblichen Nachdruck verliehen. Die regimetreuen Zeitungen veröffentlichten laufend Berichte über angebliche Untaten der „Konterrevolutionäre". 69 „Kontras" wurden bisher den am 6. Juni gegründeten Volksgerichten überstellt.

Die führende Rolle der Sandinisten steht aber offenbar noch nicht auf dem Spiel. Die Aktionen der „Konterrevolutionäre" dienen eher dazu, immer wieder neue Eingriffe ins politische und private Leben zu rechtfertigen. So haben mehrere Sandinisten-Kommandanten in den vergangenen Tagen erklärt, die für 1985 vorgesehenen Wahlen könnten nur nach vorheriger Beendigung der „Aggressionen" veranstaltet werden.

Der nicaraguanische Rebellenführer und ehemalige Vize-Verteidigungsminister der sandinistischen Regierung, Eden Pastora, wird nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Newsweek" von den USA insgeheim unterstützt. Das Magazin beruft sich auf Informationen der amerikanischen Regierung und aus Nicaragua. Pastora ist Chef der antisandinistischen demokratisch-revolutionären Allianz (ARDE), die im Süden Nicaraguas operiert.

Personalien

UNIVERSITÄT

Weltweit begehrt als Dozenten und Mitarbeiter sind die Professoren der Universität Marburg. Professor Dr. **Werner Luck**, Dekan des Fachbereichs Physikalische Chemie, wird im Herbst auf Einladung der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen Sowjetrepublik in Charkow in einem Seminar das Thema „Wasser in biologischen Systemen" behandeln. Anschließend reist Professor Luck zur Universität Sofia weiter, wo er zum gleichen Thema sprechen wird. Der Marburger Zellbiologe Professor Dr. **Horst Franz Kern** übernimmt die Leitung eines fünfjährigen gemeinsamen Forschungsprogrammes zwischen den Universitäten Marburg und Pittsburgh in den USA. Das Projekt wird sich mit der weiteren Erforschung des Bauchspeicheldrüsenkrebses befassen.

ERNENNUNGEN

Eine Reihe neuer Konsuln und Generalkonsuln erhielten von der Bundesregierung das Exequatur. Honorarkonsul in Santander, Spanien, ist **Hans Roever** junior geworden. Er löst seinen Vater **Hans Roever** senior in diesem Amt ab. Zwei Honorarkonsulate wurden in Düsseldorf neu eingerichtet. Das Exequatur für Peru im Amtsbezirk Nordrhein-Westfalen erhielt Dr. **Engelbert Heitkamp**. Honorarkonsul für Togo in Düsseldorf, gleicher Amtsbezirk, wurde **Hans Imhoff**. Honorarkonsul für Panama in Frankfurt, Amtsbezirk Hessen ist **Peter Stoll**. Neuer argentinischer Generalkonsul in Frankfurt für die Amtsbezirke Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg wurde Enrique Rubio. Generalkonsul für die Philippinen in Stuttgart, mit den Amtsbezirken Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde Dr. **Lothar Strobel**. Als Konsul für Haiti ist fortan in München, mit dem Amtsbezirk Bayern, Dr. **Halvor Jaeger** tätig. Und türkischer Generalkonsul in Hannover, zuständig für die Amtsbezirke Niedersachsen und Bremen wurde Acar Germen.

GEBURTSTAG

Er war ein Bonner „Vatikan-Botschafter" von ungewöhnlich asketischem Zuschnitt und markanter Persönlichkeit, der frühere Apostolische Nuntius **Corrado Bafile** in der Bundesrepublik Deutschland. 1960 wurde er Nachfolger von Nuntius **Aloysius Muench** in Bonn. Dieses Amt und das des Doyens des Diplomatischen Korps behielt er 15 Jahre lang. Bafile sprach fließend Deutsch. Er hatte schließlich in München Chemie und Botanik studiert. Der Sohn eines Arztes aus Aquila in den Abruzzen wurde Dr. der Jurisprudenz und schloß ein Theologiestudium an. 1956 erhielt er die Würde eines päpstlichen Hausprälaten. 1958 wurde er einer der vier Geheimkämmerer bei Papst Johannes XXIII. Als Mitglied der „päpstlichen Familie" war er auch „Coppiere", Mundschenk. Der Nuntius in Bonn machte Schlagzeilen, als er sich energisch für die Beibehaltung und weitere staatliche Finanzierung von Konfessionsschulen in der Bundesrepublik einsetzte. Die „Affaire" um den früheren progressiven Limburger Bischof Wilhelm Kempf, es ging unter anderem um die Frage, ob verheiratete Männer die Priesterweihe erhalten können, wurde ebenfalls ein großer Streitpunkt, als herauskam, Bafile habe in Briefen an den Vatikan gefordert, Kempf die Leitung der Diözese zu entziehen. Ende 1975 ging Corrado Bafile nach Rom zurück. Er wurde dort Vorsitzender der Kongregation für die Heiligsprechung. Bei seinem Bonner Abschied würdigten vor allem die afrikanischen Botschafter seine hervorragenden Beziehungen auch zur „Dritten Welt". Europäische Diplomaten schlossen den Wunsch an, Bafile „möge in seiner neuen Tätigkeit in Rom mehr Heilige kennenlernen als er hier in Bonn getroffen habe".

Corrado Bafile
FOTO: SVEN SIMON

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rentenalter der Frauen

„Bonner Differenz über Altersgrenzen"; WELT vom 18. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

trotz des noch ausstehenden Urteils des Bundesverfassungsgerichtes hat Herr Lambsdorff eilfertig die Anhebung der Altersgrenze für Frauen ab 1. Januar 1985 von 60 auf 65 Jahre in Aussicht gestellt, um 1,4 Milliarden einzusparen.

Er hat wohl vergessen, daß diese geplante Anhebung der Lebensarbeitszeit für viele in diesem Alter gesundheitlich durch Beruf und Haushalt angeschlagenen Frauen de facto auch eine Verkürzung ihrer Lebenserwartung bedeutet, die Betroffenen eben frühzeitiger auf den Friedhof bringt. Es darf nicht in Kauf genommen werden, daß solche Frauen die Rentenkasse entlasten, indem sie drei Jahre länger den Rentenbeitrag erbringen und dann ihre Rente nicht mehr benötigen.

Man kann auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gespannt sein. Vielleicht verlangt man demnächst auch im Leistungssport die gleichen Normen und Leistungen für Frauen und Männer?

Mit freundlichen Grüßen
Erich Rösch, Pfarrer, Hagen

Unverständlich

„Aus der Traum von der Nobelherberge"; WELT vom 20. Juni

Mit Interesse habe ich den Artikel von Frau Keil gelesen. Die von Herrn Riedl geäußerte Meinung kann man nur unterstreichen. Es wäre absolut unverständlich, wenn ausgerechnet eine Regierung, die von den Bürgern unter Hinweis auf leere Kassen drastische Einschränkungen verlangt und ständig zur Sparsamkeit mahnt, „mal eben schnell" 100 oder 200 Millionen DM, zusätzlich noch nicht überschaubare Unterhaltungskosten, für ein Gästehaus ausgibt, insbesondere, wo doch mit Schloß Gymnich bereits ein Gästehaus zur Verfügung steht, das lange Jahre seinen Zweck erfüllt hat und den Steuerzahler nur Bruchteile der Petersberg-Lösung kosten würde.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Anton Gassen, Wied / Hachenburg

Das Hauptwort

Ein Wort beherrscht heutzutage ganz besonders die Reden von Politikern und solchen, die sich dafür halten und Demonstrierenden gegen alles und jeden: Es ist das Wort „fordern". Dabei spielt es absolut keine Rolle, ob es an die andere Partei oder an Präsident Reagan oder sonst jemand gerichtet ist. Ein typischer Ausdruck des Anspruchsdenkens. Es fällt einem schon auf die Nerven!

Gertrud Poppe, Berlin 33

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Jetzt am Ziel

„Ein- und Ausbildung" und „Unkündbare Helden"; WELT vom 18. Juni

Die in diesen beiden Aufsätzen durchaus mit Recht als höchst befremdlich beklagten Urteile in Arbeitsgerichts-Sachen sind die ganz natürliche Folge der Entwicklung an den Universitäten während der vergangenen 25 Jahre. Sie lassen in erschreckender Deutlichkeit erkennen, daß die Systemveränderer, die seinerzeit den „Marsch durch die Institutionen" angetreten hatten, am Ziel angelangt sind und als Richter nun in die Lage versetzt sind, durch Urteile in solchen Prozessen ihre nachgerade perversen Ansichten in gültiges Recht umzusetzen.

K. Freytag, Bad Windsheim

Friedensbewegte

„Der Kirchentag läßt sich nicht violett einfärben"; WELT vom 11. Juni

Dieser Artikel hat mich sehr schockiert, da er die wichtigsten Grundgedanken des Kirchentages unter völlig falsches Licht stellt. Das Motto „Umkehr zum Leben" ist wesentlich tiefgreifender aufgenommen worden, als man es hier der Friedensbewegung, die als „erschreckend unwissend" und als „militante NATO-Gegner" diffamiert wurden, unterstellt. Durch den gesamten Kirchentag zog sich, gerade auch bei den Friedensbewegten, ein ausgeprägtes sachliches Engagement, ein kritisches Auseinandersetzen und insbesondere Toleranz gegenüber anderen Meinungen angesichts der wachsenden atomaren Bedrohung.

Da frage ich mich, ob es nicht vielmehr „naive Heilserwartungen" bzw. „Flucht vor der politischen Wirklichkeit" (G. Bading) ist, wenn man sich von den Worten des Verteidigungsministers Wörner einlullen läßt, die NATO wolle schon niemanden angreifen, und damit sämtliche Probleme als gelöst betrachtet.

Dabei geht es mitnichten darum, der NATO den Willen zum Angriff zu unterstellen, sondern ganz einfach um die Besorgnis angesichts ihrer Naivität, die davon ausgeht, der ohnehin durch die gegenseitige Bedrohung gefährdete Friede könne durch die Aufstellung weiterer Atomraketen gesichert werden.

Die größte Ungerechtigkeit dieses Artikels aber betrifft die engagierten Christen. Nach Ansicht des Autors waren sie die gestörten Opfer der aggressiven „lila Friedensbewegung" (Violett ist für die Tücher bewußt als Farbe der Buße und Umkehr gewählt worden).

Das Gegenteil ist der Fall: Das Hauptanliegen des Kirchentages war, die Religion mit den dringenden Problemen unserer Welt zu verbinden, und dazu zählt in erster Linie die Erhaltung bzw. Gewinnung des Friedens, und zwar durch (wenn auch vorsichtige) Schritte des Vertrauens und nicht durch das althergebrachte Prinzip der (angedrohten) Gewalt.

Beim Lesen dieses Artikels erhält man den Eindruck, der Autor sehe nur diejenigen Christen als positiv, die sich fernab des weltlichen Geschehens der Religion widmen – und das ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die aufgrund der Bemühungen um den Frieden mit Gott und der Welt zum Kirchentag gekommen sind.

Susanne Konrad, Dortmund 41

*

„Vom Text zu Textilien"; WELT vom 8. Juni

Nun ist der Kirchentag schon einige Zeit vorbei, aber ich möchte doch noch zu Ihrem Artikel Stellung nehmen. Leider konnte ich nicht nach Hannover, habe aber für mich und zwei Bekannte auch drei solche „schlimmen Tücher" gekauft: Ich bin Jahrgang 1930, und die anderen beiden sind auch über 40 Jahre. Wir sind der Meinung, daß uns niemand „beeinflußt" hat und zur „linken Szene" gehören wir genausowenig wie unsere Schwestern und Brüder in der reformierten Kirche!

Warum sollen wir denn plötzlich unpolitisch sein? Weder die Propheten noch Jesus waren es, auch nicht Luther und andere Kirchenführer!

Die violetten Tücher mit HJ- und FDJ-Tüchern in einen Topf zu werfen, ist doch sehr starker Tobak! Seit Jahrzehnten tragen die internationalen Pfadfinder Dreiecktücher, ebenfalls der CVJM!

Luther, gewaltlos? Ach nee! Wie er über Andersgläubige dachte, ist doch bekannt, vor allem sein Antisemitismus dürfte sich herumgesprochen haben!

Wir sind gegen jede Gewalt, in Ost und West, so wie selbstverständlich bei Demonstrationen. Der Kirchentag hat es bewiesen!

Mit besten Grüßen
Hannamaria Bachmann, Kiel 1

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Brune; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tiesjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Stets vom Erfolg begleitet: Intendant A. Everding

Musischer Kraftbolzen

Er ist der Generalintendant der drei Bayerischen Staatstheater in München – der Staatsoper im Nationaltheater, des Staatsschauspiels im Residenztheater und des Gärtnerplatz-Theaters. Keine theaterpolitische Personalentscheidung hatte in den letzten Jahren in Deutschland mehr Staub aufgewirbelt, doch August Everding (Jahrgang 1928) focht solch Getöse nicht an. Wirbel um seine Person ist er gewohnt. Dieser Mensch ist ein musischer Kraftbolzen, ein Dynamiker der Theater- und Opernwelt, ausgestattet mit unerschöpflichem Filou-Charme. Sein Temperament glänzt noch, wenn andere vor Pflichten und Terminen vor dem Zusammenbrechen sind.

Und der Erfolg begleitet ihn. In den obersten Etagen nennt man eine solche Figur kühl „Macher". Everding selber umschreibt diese Kontraste, so gebündelt in seiner Person, schlicht mit der Oberflächenantwort: „Ich bin ein barocker Mensch."

August Everding wurde im westfälischen Bottrop, in einem katholischen Elternhaus, als Sohn eines Propsteiorganisten geboren. Schon von Kindesbeinen an war Musik nicht nur Hobby bei ihm, sondern vielmehr Liebe und Begabung. Er ist stolz darauf, das „absolute Gehör" zu besitzen. Everding gehört noch zu jener Generation, die im Knabenalter den Krieg in voller Härte zu spüren bekam: Als 15jähriger Gymnasiast wurde er mit seiner ganzen Klasse in Uniform gesteckt, um in Holland am Atlantikwall zu kämpfen.

Nach dem Abitur ging er als Student an die Bonner Universität, hier belegte er die Fächer Germanistik, Philosophie und zusätzlich noch Theologie. Später entdeckte er seine Liebe zum Theater und übersiedelte nach München, um dort Theaterwissenschaften zu studieren. Sein „Doktor-Vater" riet ihm, ein Semester beim Theater zu verbringen. Er kam mit Empfehlungen zu Hans Schweikart an die Münchner Kammerspiele. Und hier schlug das Schicksal die berühmte Volte.

Everding verließ die Seminare, war fortan vom Theaterleben fasziniert. Er wurde Regie-Assistent bei Schweikart, dann beim als schwierig verschrieenen Kortner. Dort führte er seine erste eigene Regie in „Peterchens Mondfahrt". Es kamen die großen Inszenierungen: „Der Regenmacher", „Affäre Dreyfuss", „Blick zurück im Zorn", „Die Eingeschlossenen", „Tartuffe" und „Der Nachfolger".

Mit 35 Jahren wurde August Everding bereits Intendant der Münchner Kammerspiele. Der damalige Münchner Kulturreferent Hohenemser bewies Mut zum Risiko, denn nur innerhalb des „Hauses" an der Maximilianstraße war Everding bekannt. Er galt weder in München als Theatermann von Rang, noch wußte man außerhalb Münchens überhaupt von ihm. Zehn Jahre lang war er Kammerspiel-Intendant und widerlegte gründlich den Vorwurf, er kenne eigentlich nur sein eigenes Haus von innen und außen. Denn er heimste in diesen Jahren nicht nur nationale, ja auch internationale Erfolge ein. Er, der einst vom opernfeindlichen Kortner entdeckt wurde, errang insbesondere als Opernregisseur Erfolge in der ganzen Welt: Wien, London, New York, Bayreuth, Zürich und Paris, so lauteten seine Erfolgsstationen.

Heut' abend – ARD, 23.00 Uhr

Doch Everding, auch im Musen-Streß nie seine Karriere vergessend, nahm 1973 abrupt Abschied von der Isar, ging nach Hamburg an die Oper. Nahm dort die Herausforderung mit dem mächtigen Schatten, den sein Vorgänger Rolf Liebermann geworfen hatte, routiniert auf. Nutzte hier geschickt seine internationalen Verbindungen und sorgte dafür, daß Hamburgs Oper weiter ihren Glanz behielt.



„Ich bin ein barocker Mensch": Der Intendant der Bayerischen Staatstheater, August Everding FOTO: RABANUS

Engagierte Ernst Fuchs als Bühnenbildner, holte Karl Böhm an das Dirigentenpult seiner frühesten Jahre zurück, und nahm an seine Seite als Oberspielleiter Götz Friedrich. Zu seinem Hamburger Glanzstück gehört, daß er John Neumeier an das Haus band.

Doch dann drängte es den Vorwärtstreibenden wieder in die bayerische Landeshauptstadt zurück: Am 1. September 1977 wechselte er an die Bayerische Staatsoper. Aber die Erfolge „nur" in der Oper reichten diesem Volldampf-Menschen nicht aus. Bayerns eher zurückhaltender Kultusminister war hingerissen von soviel expandierendem Talent und machte ihn schließlich zum Regenten der Bayerischen Staatstheater. Hier will Everding ein perfekt funktionierendes Musen-Management vorexerzieren; andererseits aber auch weiter mit Sinnesbrunst inszenieren: Er sitzt zudem noch in Ausschüssen vom Bühnenverein bis zur Universität Bayreuth; und ganz nebenbei rettet er noch das Prinzregententheater. Dieser vitale Theatermensch Everding paßt gut zu München, zu Bayern, hat halt die richtige Mischung: a bisserl größenwahnsinnig, a bisserl leger – königlich-bayerisch halt.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Komplimente für die Mörderin

Es hat eine hektische Suche nach dem idealen Krimi-Kommissar für das Deutsche Fernsehen eingesetzt. Die erfolgreichen alten Herren machen sich allmählich auf den Weg ins Austragsstüberl, wo Erik Ode bereits auf sie wartet. Von den in den letzten Jahren angebotenen Alternativ-Kommissaren konnte noch keiner das Herz des Publikums ganz gewinnen. Und die Krimi-Macher fühlen sich zwischen ihrem Hang zu antiautoritärer Erziehung des Publikums und ihrer Angst vor zu niedrigen Einschaltquoten hin- und hergerissen. Man spürte das deutlich beim **Tatort** „Wenn alle Brünnlein fließen" (ARD), in dem ein neuer Kommissar den Laufsteg beim Norddeutschen Rundfunk betrat.

Dieser Kommissar Ronke wurde von Ulrich von Bock gespielt, der früher sehr überzeugend den ungeschickten und sturen Assistenten von Kommissar Trimmel verkörpert hat. In der neuen Rolle fühlt er sich offensichtlich noch nicht ganz heimisch: Wie gehabt beginnt er mit linkischer Unsicherheit und geht dann etwas unvermittelt zu zynischen Sprüchen und schmalzigen Komplimenten an eine Mörderin aus dem Jet Set (Claudia Wedekind) über. Auf diesem Zickzackweg verpaßt Ronke-Bock jene überlegene Ruhe, mit der allein sich eine Kommissarsjacke füllen läßt. Ein Drehbuch mit viel Unwahrscheinlichkeiten und eine Regie mit fahrigen Kameraeinstellungen helfen auch nicht weiter. Derrick und der Alte brauchen solchen Nachwuchs nicht zu fürchten.

ANTON MADLER

STUDIO

Die Zuschauervereinigung **Aktion Funk und Fernsehen e. V.** (AFF), Köln, hat mit einer Eingabe an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gefordert, den Fernsehzuschauern und Rundfunkhörern in der Bundesrepublik „die gleichen Rechte zu gewähren, wie sie vom Schweizer Nationalrat ... den eidgenössischen Rundfunkteilnehmern eingeräumt wurden". Dazu sollen bei den Oberverwaltungsgerichten Spezialkammern eingerichtet werden, die Beschwerdeentscheidungen der Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten richterlich überprüfen könnten. Als Alternative zur Verwaltungsgerichtsbarkeit kämen, so meint die AFF, die Pressekammern der Landgerichte in Frage, die bereits über entsprechende Erfahrungen auf dem Gebiet des Medienrechts verfügen würden.

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Unser Schuldbuch sei vernichtet!
11.40 Solo für Spaßvögel
12.10 Aus Forschung und Technik
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder

14.55 Unsere kleine Farm
Goldene Saat
Mit Michael Landon, Karen Grassle u. a.
Regie: Leo Penn

14.55 Tagesschau

15.00 ARD-Sport extra – aus Wimbledon
Internationale Tennis-Meisterschaften von England
Viertelfinale Damen-Einzel
Sprecher: Heribert Faßbender und Volker Kottkamp

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Fußball-Bundesliga

WELT ● Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

21.00 Report
Geprügelte Freunde – Amerikaner in Deutschland / Europäer und Bürokraten – Das Straßburger Parlament kämpft um Einfluß in der EG / Hohe Löhne, lasche Zahlen – Der VW-Konzern und Eugen Loderer / Oberammergau – Das Geschäft mit der Passion.

21.45 Der Aufpasser
Vergaloppiert

22.30 Tagesthemen

23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: August Everding

23.45 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder

15.20 Pinocchio
Die abenteuerliche Nacht

15.45 Till, der Junge von nebenan
Rivalen

16.20 Ferienkalender

16.45 Die Schlümpfe
Wettlauf der Zauberer

17.00 Mosaik
Für die ältere Generation
Schönheitspflege im Wandel der Zeit

17.50 heute / Aus den Ländern

17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ingrid van Bergen
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel für Leute wie du und ich

19.00 heute

19.30 Louis de Funès
Balduin, das Nachtgespenst
Franz.-italien. Spielfilm, 1968
Mit Jean Gabin, Louis de Funès u. a.
Regie: Denys de la Patellière
Der quicklebendige Kunsthändler Balduin Mézeray hat mit dem An- und Verkauf naturalistisch-naiver Gemälde ein großes Vermögen erworben. Eines Tages entdeckt er auf dem Rücken eines alten Mannes ein Bild des berühmten Montparnasse-Malers Modigliani – eintätowiert.

21.00 heute-journal

21.20 Der Papst in Polen
Bericht über die Reise

22.05 Unser Kosmos
Reise durch das Weltall mit Carl Sagan
3. Harmonie der Welten

22.45 's zweite Leb'n
Eine Geschichte aus Nürnberg

00.10 heute

Für die Kunst geht Balduin Mézeray über Leichen. Szene mit Louis de Funès und Jean Gabin aus „Balduin, das Nachtgespenst" (ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Länder – Menschen – Abenteuer
Charles Hirtz – Ein Deutscher in Ecuador
21.00 Formel Eins
21.45 Kultur im Gespräch
22.15 Innenpolitische Diskussion zu einem aktuellen Thema
Anschließend: Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Auf Straßen und Pisten durch den Balkan
19.15 Science Report (28)
19.30 Landwirtschaft '83
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
Gesundes Bauen – gesundes Wohnen
21.00 Nahaufnahme
Wenn Sladek kommt
21.45 Mit Paragraphen leben (5)
Soziale Beraterin
22.30 Science-fiction
Solaris (1)
Spielfilm, UdSSR, 1972
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Schrott wird flott
19.00 Formel Eins
19.45 Herrchen gesucht
20.00 Tagesschau
20.15 The American Success Company
21.45 Drei aktuell
22.00 Deutsches Turnfest 1983
Frankfurt am Main
22.15 Algarve ohne Sonnenschein
22.45 Kolonialmacht Venedig (5)
23.30 Dallas

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Algebra (25)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Ganovenehre
Deutscher Spielfilm, 1966
20.44 Les Gammas! Les Gammas!

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Revolte als Gehorsam
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
23.20 Rundschau

LEICHTATHLETIK / WELT-Analyse der deutschen Meisterschaften von Bremen

Zehn WM-Medaillen in Helsinki möglich, aber: Die Europameister werden hart kämpfen müssen

KLAUS BLUME, Bonn

Standortbestimmung nach den 83. Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften in Bremen im Hinblick auf die Weltmeisterschaften vom 7. bis 14. August in Helsinki: Die Herren haben durchaus Medaillenchancen, die Damen – bis auf Hochsprung-Weltrekordlerin Ulrike Meyfarth und Marathonläuferin Charlotte Teske – keineswegs. Sieben Goldmedaillen gewannen die Herren im September 1982 bei den Europameisterschaften in Athen – doch bei den ersten Welttitelkämpfen in Finnland werden sich diese erfolgreichen Athleten in erster Linie mit der Konkurrenz aus Übersee auseinandersetzen müssen. Die WELT listet diese Chancen und Schwierigkeiten auf.

400 Meter: Europameister ist Hartmut Weber. Seine härtesten Gegner dürften neben den Amerikanern Bert Cameron aus Jamaika und Uti aus Nigeria sein. Weber: „Cameron ist kaum auszurechnen." Über Uti gibt es außer der diesjährigen Bestzeit von fabelhaften 44,96 Sekunden keinerlei Informationen.

800 m: Ferner schlug in Athen den englischen Weltrekordler Coe. Wülbeck wiederum bezwang in Bremen Ferner. Beide haben Medaillenchancen, doch die großen WM-Favoriten kommen aus Kenia: der schnelle Koskei und der erfahrene Maina.

5000 m: Wären nur die Europäer am Start, wäre Europameister Wessinghage der große Favorit. Doch der Äthiopier Kedir kann so gut wie jedes Tempo laufen und am Schluß irrwitzig schnell spurten. Hoch einzuschätzen sind auch die Läufer aus Kenia, die sich bislang zurückgehalten haben.

400 m Hürden: Es scheint alles auf ein Duell zwischen Ed Moses (USA) und Europarekordler Harald Schmid hinauszulaufen. Doch immer stärker wird der lange Zeit verletzte Volker Beck aus Erfurt. Beck hat Schmid schon einmal bezwungen: beim Europacup-Finale 1981 in Zagreb.

Hochsprung: Der deutsche Meister Dietmar Mögenburg ist der große Favorit für Helsinki. Medaillenchancen haben auch Thränhardt und Frommeyer. Der Geheimfavorit kommt aus China: Weltrekordler Zhu (2,37 m). Die Sowjets verfügen nur über einen Hochspringer, der sich bisher in großen Wettkämpfen behaupten konnte: Sereda (2,35 m).

Dreisprung: Der deutsche Meister Peter Bouschen (17,33 m) sagt: „In Helsinki werden zehn Leute am Start sein, die bisher über 17 m sprangen, und fünf von denen können das immer."

Hammerwerfen: Sieben sowjetische Hammerwerfer übertrafen in diesem Jahr bereits die 80-Meter-Marke, drei davon werden in Helsinki starten. Erfahrungsgemäß werden sie dann in der Lage sein, knapp über 80 Meter zu werfen. Der deutsche Meister Karl-Hans Riehm (Bestleistung 1983: 78,68 m) will eine solche Leistung bis dahin stabilisieren. Er hätte dann mit seiner Erfahrung eher eine Medaillenchance als der Darmstädter Klaus Ploghaus, der bereits über 80 m warf.

Zehnkampf: Weltrekordler Hingsen gegen den Engländer Thompson, der Mainzer Wentz um Bronze gegen den wettkampfstarken Sowjetrussen Degtjarow, darum wird es in Helsinki gehen.

Über 3000 Meter Hindernis muß abgewartet werden, ob Europameister Patriz Ilg nach seiner Mageninfektion wieder in Schwung kommt. Wenn, kann er sogar Weltmeister werden. Ansonsten sieht es bei den Herren bis auf die starke 4 x 400-m-Staffel nicht rosig aus. In den Disziplinen 100 m, 200 m, 1500 m, 10 000 m, Marathon, 110 m Hürden, Stabhochsprung, Weitsprung, Kugelstoßen, Diskus- und Speerwerfen sind sie in Helsinki chancenlos. 100-m-Meister Christian Haas (Fürth) hat eine Endlaufchance, doch mehr nicht. Die Amerikaner und Europameister Frank Emmelmann („DDR") sind einfach zu schnell. Über 200 Meter startet der deutsche Rekordhalter Erwin Skamrahl nicht.

Bei den Frauen ist Europameisterin Ulrike Meyfarth nach ihrem Zwei-Meter-Sprung von Bremen schon wegen ihrer großen Erfahrung die eindeutige Favoritin. Eine Medaillenchance hat auch die Darmstädter Marathonläuferin Charlotte Teske.

Doch ansonsten sieht es so aus: Die Siebenkämpferin Sabine Everts traut sich angesichts der Übermacht aus der Sowjetunion und der „DDR" lediglich einen Rang zwischen Platz fünf und sieben zu. Die Speerwerferin Ingrid Thyssen hätte eine hauchdünne Medaillenchance, wenn sie ihre Lungenentzündung auskurieren kann, Gaby Bussmann darf im 400-m-Finale auf den vorletzten Platz spekulieren.

Am internationalen Standard gemessen, gehören die Herren in zehn Disziplinen zum Favoritenkreis, die Frauen in zwei. Insgesamt wird es wohl in Helsinki 35 deutsche Endkampfteilnehmer in 41 Disziplinen geben. Sieben bis zehn Medaillen sind möglich, wobei es eine Überraschung wäre, wenn ein Titel herausspringen würde.

Leistungen im internationalen Vergleich

Disziplin	Deutscher Meister	Jahresweltbestleistung	Weltrekord
Männer			
100 m	Haas 10,16 / 6.	Lewis (USA) 9,97	Hines (USA) 9,95 / 1968
200 m	Skamrahl 20,44 / 12.	Lewis (USA) 19,75	Mennea (Ital.) 19,72 / 1974
400 m	Weber 45,12 / 7.	Cameron (Jam.) 44,62	Evans (USA) 43,86 / 1968
800 m	Wülbeck 1:46,05 / –	Koskei (Ken.) 1:44,40	Coe (GB) 1:41,73 / 1981
1500 m	Becker 3:39,63 / –	Aouita (Mar.) 3:32,54	Ovett (GB) 3:31,36 / 1980
5000 m	Nothacker 13:59,34 / –	Mamede (Por.) 13:21,39	Moorcroft (GB) 13:00,42 / 1980
10 000 m	Herle 28:22,52 / –	Schildhauer („DDR") 27:24,95	Rono (Ken.) 27:22,5 / 1978
110 m Hürden	Schaumann 13,73 / –	Foster (USA) 13,11	Nehemiah (USA) 12,93 / 1981
400 m Hürden	Schmid 48,66 / 2.	Moses (USA) 47,84	Moses (USA) 47,13 / 1980
3000 m Hindernis	Schwarz 8:29,18 / –	Ilg (Deutschl.) 8:19,93	Rono (Ken.) 8:05,4 / 1978
Zehnkampf	am 16./17. Juli	Hingsen (Deutschl.) 8777 Pkt.	Hingsen (Deutschl.) 8777 / 1983
Weitsprung	Hingsen 8,00 / –	Lewis (USA) 8,79	Beamon (USA) 8,90 / 1968
Dreisprung	Bouschen 17,33 / 4.	Gritschtschenkow (UdSSR) 17,55	Oliveira (Bras.) 17,89 / 1975
Hochsprung	Mögenburg 2,31 / 6.	Zhu (China) 2,37	Zhu (China) 2,37 / 1983
Stabhochsprung	Lohre 5,50 / –	Vigneron (Fra.) 5,77	Poljakow (UdSSR) 5,81 / 1981
Kugelstoßen	Föhrenbach 18,89 / –	Beyer („DDR") 22,22	Beyer („DDR") 22,22 / 1983
Diskuswerfen	Wagner 64,92 / –	Dumtschev (UdSSR) 71,86	Dumtschev (UdSSR) 71,86 / 1983
Hammerwerfen	Riehm 77,98 / 19.	Litwinow (UdSSR) 84,14	Litwinow (UdSSR) 84,14 / 1983
Speerwerfen	Tafelmeier 86,38 / –	Petranoff (USA) 99,72	Petranoff (USA) 99,72 / 1983
Frauen			
100 m	Klösters 11,44 / –	Göhr („DDR") 10,81	Göhr („DDR") 10,81 / 1983
200 m	Sussiek 23,20 / –	Koch („DDR") 21,82	Koch („DDR") 21,71 / 1979
400 m	Bußmann 50,87 / 4.	Kocembova (CSSR) 49,67	Koch („DDR") 48,16 / 1982
800 m	Schultheiß 2:02,29 / –	Gurina (UdSSR) 1:56,7	Olisarenko (UdSSR) 1:53,43 / 1980
1500 m	Kraus 4:09,69 / –	Ageltdinowa (UdSSR) 3:59,31	Kasankina (UdSSR) 3:52,47 / 1980
3000 m	Kraus 9:12,04 / –	Decker (USA) 8:38,36	Ulmassowa (UdSSR) 8:26,78 / 1982
100 m Hürden	Filsinger/Denk 13,11 / 19.	John („DDR") 12,42	Rabsztyn (Pol.) 12,36 / 1980
400 m Hürden	Wagner 56,29 / –	Ambrosiene (UdSSR) 54,02	Ambrosiene (UdSSR) 54,02 / 1983
Hochsprung	Meyfarth 2,00 / 1.	Meyfarth (Deutschl.) 2,00	Meyfarth (Deutschl.) 2,02 / 1982
Weitsprung	Sussiek 6,73 / 14.	Cusmir (Rum.) 7,43	Cusmir (Rum.) 7,43 / 1983
Kugelstoßen	Losch 18,83 / –	Slupianek („DDR") 22,40	Slupianek („DDR") 22,45 / 1980
Diskuswerfen	Manecke 65,10 / 18.	Sawinkowa (UdSSR) 73,26	Sawinkowa (UdSSR) 73,26 / 1983
Speerwerfen	Thyssen 65,80 / 13.	Lillak (Finl.) 74,76	Lillak (Finl.) 74,76 / 1983
Siebenkampf	am 16./17. Juli	Neubert („DDR") 6836	Neubert („DDR") 6836 / 1983

● **Anmerkung:** Diese Tabelle soll die Leistungen der deutschen Meisterschaften international einordnen. Die Zahl hinter dem Namen des deutschen Meisters von Bremen gibt seine Position unter den 20 ersten der Weltjahresbestenliste an. Nur dreimal stehen Athleten aus der Bundesrepublik in dieser Liste an der Spitze: Ilg (3000 m Hindernis), Hingsen (Zehnkampf) und Ulrike Meyfarth, die diesen Platz im Hochsprung mit Bukowa (UdSSR) und Ritter (USA) teilen muß.

LEICHTATHLETIK

USA verloren gegen „DDR"

dpa, Los Angeles

Die „DDR" gewann den Leichtathletik-Vergleichskampf gegen die USA in Los Angeles mit 197:181 Punkten. Den einzigen Weltrekord der Veranstaltung erzielte Kugelstoßer Udo Beyer mit 22,22 m.

In den „DDR"-Medien wurde gestern die „große kämpferische Leistung" (Nachrichten-Agentur ADN) hervorgehoben, mit der ein knapper Rückstand nach dem ersten Tag noch in einen klaren Sieg verwandelt wurde. Allerdings trügt das Bild ein wenig. Das Männerteam des Gastgebers, obwohl in vielen Disziplinen mit Ersatz angetreten, war der „DDR" mit 125:97 Punkten deutlich überlegen. Für den Gesamterfolg sorgten mit 100:56 Punkten die „DDR"-Frauen, die gegenwärtig von niemandem zu besiegen sind. Nur Hochspringerin Louise Ritter mit ihrem USA-Rekord von 2,00 m und – etwas unerwartet – das Sprinterinnen-Quartett der USA (41,63 – die zweitbeste Leistung aller Zeiten) konnten Erfolge landen.

Die besten Ergebnisse des letzten Tages erzielten Hürdensprinter Greg Foster (13,20) beim klaren Erfolg vor Olympiasieger Thomas Munkelt (13,54), Hammerwerfer Ralf Haber mit dem neuen „DDR"-Rekord von 79,02 m und Kugelstoß-Weltrekordlerin Ilona Slupianek mit 21,81 m. Die Mittel- und Langstreckler begnügten sich mit taktischen Rennen.

RUDERN

Achter löst sich auf

sid/dpa, Köln

Die Mitglieder des sogenannten „Bayern-Express" haben aus ihrer Niederlage bei den deutschen Ruder-Meisterschaften in Köln sehr schnell Konsequenzen gezogen. Die Besatzung des in Würzburg trainierenden Achters wird zusammen keine Rennen mehr bestreiten, nachdem sie hinter dem Verbandsachter nur den zweiten Platz belegt hatte. Trainer Lothar Freyeisen: „In dieser Besetzung sehe ich keine Chance auf einen Platz im WM-Finale. Entweder müssen wir uns gründlich verstärken oder den Achter auflösen und in die Kleinboote ausweichen."

Bereits Mitte dieser Woche reist der Vierer ohne Steuermann der Renngemeinschaft Osnabrück/Bramsche zu Leistungstests nach Würzburg. Bis zur WM-Qualifikation in Luzern in 14 Tagen soll aus den stärksten Ruderern des „Bayern-Express" und dem Vierer ein neuer Achter gebildet werden.

In Erwägung gezogen ist allerdings auch, daß die am Ende ihrer Laufbahn stehenden Hermann Greß und Dieter Göpfert noch einmal in einen Zweier mit Steuermann steigen, um die letzte Chance auf eine WM-Teilnahme Ende August in Duisburg nutzen zu können. Beide waren bereits 1978 WM-Vierte in dieser Bootsklasse. Gleichzeitig sollen Matthias Schumann und Ralf Thienel einen Zweier ohne Steuermann rudern.

GALOPP

Lospech für Favoriten

kgö. Hamburg

Das englische Derby in Epsom und das französische Derby in Chantilly werden stets als Vorbilder genannt, wenn es um bedeutende Galopprennen geht. Zumindest in einem Punkt übertrifft das 114. Deutsche Derby am Sonntag in Hamburg-Horn die Veranstaltung der Franzosen: Es ist höher dotiert. 536 850 Mark sind zu gewinnen. Der Besitzer des Siegers kassiert 393 425 Mark. Soviel gab es noch nie in Deutschland bei einem Pferderennen.

Die Chancen, daß der Favorit Ocos mit Jockey Georg Bocskai das Derby gewinnt, sind erheblich gesunken. Bei der Auslosung der Startplätze wurde für Ocos die Nummer 23 gezogen. Da er seine Rennen meist von der Spitze gewinnt, ist der Platz in der äußersten Startbox ein erhebliches Handikap. Für Abary wurde hingegen die Startnummer 1 gezogen. Getauscht werden durfte nicht, obwohl die Pferde einem Besitzer gehören.

Die Starter: Ocos (Jockey Bocskai), Anatas (Tylicki), Nandino (RayMond), Abary (Carson), Ordos (Alafij(Remmert), Noveau Roi (Eccles), Sheriff (Klein), Tesoro (Orihuel), Königsbacher (Mädeb), Moneymaker (Richardson), Rodomonte (Crowther), Lone Star (Schade), Strong Lion (Apter), Sovereign (Prinzinger), Addi (Suerland), Arcos (Mario Hofer), Udschin Khan (Alfred Hofer), Tarsus (Eddery), Otter (Schindler), Intschutschuna (Huber), Al Corazon (Ludewig), Tullio (Klenzler).

STAND ● PUNKT / *Beispiel Ako und die Folgen*

Das 113. Deutsche Galopp-Derby in Hamburg hat im Vorjahr der Außenseiter Ako mit Jockey Erwin Schindler im Sattel gewonnen. Die Vertreter der etablierten Gestütsrennställe Schlenderhahn, Fährhof und Röttgen standen kopfschüttelnd im Waagegebäude. Noch heute rätseln sie, warum ein Pferd aus der Turfprovinz Haßloch in der Pfalz ausgerechnet im Derby ihre Edelrösser zu Statisten degradierte. Sie waren ausnahmsweise einmal nur Kulisse für die 15jährige Schülerin Steffi Seiler aus Rodalben bei Pirmasens.

Würde Ako im Deutschen Galopp-Derby 1983 antreten wollen, wäre das nicht möglich. Es dürfen nur Pferde laufen, die eine Gewinnsumme von 7000 DM auf ihrem Konto haben. Ako hatte bis zum Derby-Tag 1982 aber nur 6500 DM gewonnen.

Die Verantwortlichen des Galopperverbandes äußerten sich vor einem Jahr zunächst freudig über diesen Erfolg eines kleinen, bis dahin unbekannten Besitzers. Aber damals hatte man schon beschlossen, solche Überraschungen wie den Ako-Sieg für die Zukunft auszuschließen. Dafür spricht, daß der Sieg dieses Außenseiters züchterisch gewiß bedeutungslos war. Auf den Deckhengst Ako und seine Vererbungskraft wartet wirklich niemand.

Aber für den von Werbern des Verbandes so oft strapazierten Begriff des Volkssportes Galopprennen ist es schon besser, wenn im Derby 1984 auch wieder Pferde der Ako-Güte antreten dürfen. Hamburgs Renn-Club-Präsident Joachim Willink hat sich innerhalb des Verbandes dafür ein- und durchgesetzt.

Ein wichtiger Beitrag dafür, daß der Galopprennsport den Dünkel des Elitären los wird. Nur von den Besuchern mit großen Hüten kann man nicht existieren. Man braucht auch den Gast in Jeans.

KLAUS GÖNTZSCHE

NACHRICHTEN

Langer in Glasgow vorn

Glasgow (GB) – Bernhard Langer (Anhausen) kam zu seinem zweiten Erfolg auf der Europa-Tour der Golfprofis. Mit 274 (70+66+66+72/Standard 72) Schlägen gewann er die „Glasgow Open" vor dem Argentinier Vincente Fernandez (275). Langer hatte bereits die Offenen Meisterschaften von Italien gewonnen.

Golf: Damen Vierte

Brüssel (GB) – Das deutsche Damenteam belegte bei der Mannschafts-Europameisterschaft der Golf-Amateure in Brüssel nach einer 2:5-Niederlage gegen Schweden den vierten Platz. Es siegte Irland.

Ohne Stielike nur 2:2

Madrid (sid) – Ohne den deutschen Fußball-Nationalspieler Uli Stielike kam Real Madrid im ersten Finale um den neugeschaffenen spanischen Liga-Pokal vor 90 000 Zuschauern in Madrid gegen den FC Barcelona nur zu einem 2:2. Bernd Schuster bot bei Barcelona nur eine durchschnittliche Leistung. Diego Maradona bereitete das erste Tor vor und erzielte das zweite selbst.

Acht Reiter im Kader

Aachen (sid) – Der deutsche Kader für die Springreiter-Europameisterschaft (28.–31. 7.) in Hickstead umfaßt acht Reiter. Norbert Koof (Willich), Paul Schockemöhle (Mühlen), Gerd Wiltfang (Thedinghausen) Achaz von Buchwaldt (Hamburg) und Michael Rüping (Itzehoe) gehören zur Kernmannschaft. Peter Luther (Wedel), Fritz Ligges (Ascheberg) und Ulrich Meyer zu Bexten (Herford) stehen auf der Reserveliste.

Mouton vor Röhrl

Auckland (dpa) – Der Regensburger Walter Röhrl und sein Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer liegen nach der zweiten Etappe der Neuseeland-Rallye mit ihrem Lancia auf dem zweiten Platz. Mit einem Vorsprung von fast fünf Minuten führt Michele Mouton mit Beifahrerin Patricia Pons (beide Frankreich) auf Audi-Quattro den Weltmeisterschaftslauf an.

Schach: Ohne Chance

Plovdiv (dpa) – Die deutsche Nationalmannschaft hatte bei der Mannschafts-Europameisterschaft im Schach nach ihren beiden Niederlagen gegen die Niederlande (3,5:4,5) und Dänemark (3,5:4,5) auch gegen Weltmeister UdSSR keine Chance. Bei zwei Hängepartien liegen die sowjetischen Spieler in Plovdiv (Bulgarien) bereits uneinholbar mit 5:1 in Führung.

Weller im Fernsehen?

München (dpa) – Das Deutsche Fernsehen (ARD) plant eine Aufzeichnung des Leichtgewicht-Kampfes um die Box-Europameisterschaft zwischen René Weller (Pforzheim) und dem italienischen Titelverteidiger Lucio Cusma morgen abend ab 23.45 Uhr.

Uncini aus Koma erwacht

Groningen (sid) – Motorrad-Weltmeister Franco Uncini (Italien) ist in der Universitätsklinik von Groningen aus dem Koma erwacht. Wie die behandelnden Ärzte mitteilten, hatte sich Uncini bei seinem Sturz während des Weltmeisterschaftslaufes in Assen keine Gehirnquetschung, sondern nur eine schwere Gehirnerschütterung zugezogen.

ZAHLEN

GOLF

Europäische Mannschaftsmeisterschaft, Damen in Brüssel-Waterloo: Finale: Irland – England 5,5:1,5, um Platz 3: Schweden – Deutschland 5:2, um Platz 5: Schottland – Frankreich 4,5:2,5. – Herren in Paris Chantilly: Finale: Irland – Spanien 5:2, um Platz 3: Italien – Schottland 4:3, ... um Platz 11: Deutschland – Wales 4,5:2,5.

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 1, 18, 20, 21, 24, 25, Zusatzzahl: 34 (ohne Gewähr)

Landesgruppe tagt mit Strauß in Klausur

dpa, Schloß Banz

Eine zweitägige Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Bundestag hat gestern auf Schloß Banz nahe der oberfränkischen Stadt Lichtenfels begonnen. Unter Teilnahme von Franz Josef Strauß wollen die 53 CSU-Parlamentarier Fragen des Wohnungsbaus, der Verkehrspolitik sowie Währungs- und Konjunkturprobleme erörtern. Als Gast nimmt auch Bundesbankvizepräsident Helmut Schlesinger an dem Treffen teil. Wie der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bötsch, vor dem Beginn der streng vor der Öffentlichkeit abgeschirmten Tagung erklärte, solle die Klausur einer Standortbestimmung der CSU drei Monate nach der Bundestagswahl und drei Wochen vor dem CSU-Parteitag dienen. Besondere Bedeutung komme weiterhin der Wohnungsbaupolitik bei dem Treffen zu, wobei die unterschiedlichen Beurteilungen zwischen Wohnungsbauminister Oscar Schneider und der Bundesbank abgeklärt werden sollen.

SPD-Parteivorstand billigt Lagepapier

dpa, Bonn

Einer begrenzten Zusammenarbeit mit Aktionen der Friedensbewegung, wie sie bereits vom Präsidium und Gewerkschaftsrat der SPD gebilligt worden war, hat gestern auch der SPD-Parteivorstand zugestimmt, der zugleich die frühere Bundesministerin Katharina Focke als Spitzenkandidatin für die Europawahlen im Juni 1984 nominierte. In dem Positionspapier zur Friedensbewegung wird den SPD-Mitgliedern die Teilnahme an gewaltfreien Aktionen der Friedensbewegung freigestellt.

Lambsdorff beginnt Gespräche in Moskau

AFP/dpa, Moskau

Die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen und die Vorbereitung des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau stehen im Mittelpunkt der zweitägigen Gespräche, die Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern in Moskau begonnen hat. Graf Lambsdorff, der vom sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow empfangen wurde, traf auch mit Außenhandelsminister Nikolai Patolitschew zusammen.

Unterstützung für Arafat vom Mufti in Jerusalem

Syrischer Staatspräsident für vogelfrei erklärt

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Während PLO-Chef Yassir Arafat in Syrien und Libanon um sein *politisches Überleben kämpfen* muß, kann er bei den Palästinensern im israelisch besetzten Westjordanland weiterhin offenbar mit starkem Rückhalt rechnen. Trotz tiefer Konflikte und bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen im Westjordanland haben sich Arafats Anhänger dort offensichtlich durchgesetzt. Das kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß der Vorsitzende des Obersten Moslemischen Rates und Mufti von Ost-Jerusalem, Scheich Saad Eddin el-Alami, in einer „Fatwa", einem reli*giösen Urteil, den syrischen Staat*spräsidenten Assad jetzt als vogelfrei erklärte.

Auf einer Versammlung von rund 500 Notablen aus dem Westjordanland sagte der Mufti: „Assad ist am Tod vieler Moslems einschließlich palästinensischer Mos*lems schuldig*. Das *islamische* Gesetz verlangt seinen Tod." In Telefoninterviews sagte Alami später, jeder, der Assad töte, sei ein „Held des Islam"; wer bei einem Attentatsversuch falle, werde ein von Gott gesegneter Märtyrer sein.

Die geistliche Kompetenz des *Obersten Moslemischen Rates gilt* nur für Ost-Jerusalem und die besetzten Gebiete. Moslems in Israel, haben ihre eigene geistliche Hierarchie.

Symbolische Bedeutung

Es scheint unwahrscheinlich, daß die „Fatwa" potentiellen Attentätern als Ansporn dienen wird. Doch hat sie große symbolische Bedeutung als Ausdruck der öffentlichen Meinung unter den Palästinensern in den besetzten Gebieten. Dort herrscht die Auffassung vor, daß Arafats Pragmatismus – Verhandlungen und Waffengewalt je nach Opportunität statt uneingeschränktem Krieg, wie dies Arafats Widersacher fordern – mehr Aussicht auf eine Loslösung des Westjordanlands von Israel biete.

An der *Protestveranstaltung* gegen Assad, die zur Hervorhebung ihrer Bedeutung in der El-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg in der Jerusalemer Altstadt abgehalten wurde, hatte sich die Mehrheit der inoffiziellen arabischen Führer des Westjordanlands beteiligt. Die *Moschee ist nach Mekka und Medi*na die drittheiligste Stätte des Islam. An der Veranstaltung nahmen unter anderem der frühere jordanische Verteidigungsminister Nusseibah, heute inoffizieller Vertreter König Husseins im Westjordan*land, der Bürgermeister* von Hebron, Natshe, und der Vorsitzende der Arbeitervereinigung, Manawi, teil. Sie alle gelten als gemäßigt. Aber auch radikale Vertreter der Palästinenser, wie der frühere Bürgermeister von Nablus, Bassam Shaka, und der Ex-Bürgermeister von *Ramallah, Karim Chalaf*, waren zu der Versammlung erschienen und stimmten in die Verurteilung Assads ein.

In einer während der Veranstaltung verabschiedeten Stellungnahme wurden alle „Rebellen" in der Bekaa-Hochebene aufgefordert, *sich „der Führung Arafats zu fügen* und ihre Differenzen mit demokratischen Mitteln beizulegen".

Zwei feindliche Lager

In Südlibanon, wo die israelische Armee im Lager von Ansar 6000 meist palästinensische Kämpfer gefangenhält, hat die Meuterei gegen Arafat starke Spannungen ausgelöst. Zwei feindliche Lager haben sich gebildet und führen erhitzte Streitgespräche. Oft kommt es zu Schlägereien. Sie rufen in Sprechchören Slogans wie „Es lebe Abu Amar (Arafat), Vater der palästinensischen Revolution" und „Nieder mit dem Verräter Assad".

Die „Fatwa" des Mufti von Ost-Jerusalem ist möglicherweise ein Verstoß gegen israelisches Gesetz, weil sie zur Ermordung eines Menschen aufruft, hieß es im Justizministerium in Jerusalem. Er würde unter israelische Gerichtsbarkeit fallen, weil das israelische Recht nach einem Knesset-Beschluß auch für Ost-Jerusalem gilt. Um den Mufti vor Gericht zu stellen, müßte eine formelle Anzeige erstattet und der Generalstaatsanwalt Ermittlungen einleiten. Dies wird für kaum wahrscheinlich gehalten.

'n politischen Kreisen in Jerusalem hieß es, „die ‚Fatwa' zeigt aufs neue, mit wem wir es hier zu tun haben, wenn einer die Ermordung eines *anderen öffentlich fordert*". Zum Machtkampf innerhalb der Fatah wurde erklärt: „Der Aufstand schwächt die PLO, egal, wer dabei als Sieger hervorgeht, und die Schwächung einer feindlichen Organisation oder deren Spaltung ist eine günstige Entwicklung für Israel. Das ist ein zusätzliches Ergebnis des Libanon-Krieges. Ohne ihn hätte sich diese Schwächung nicht ergeben." (SAD)

Syrien will Fatah kontrollieren

Arafat soll nur noch Aushängeschild sein / Kein arabischer Staat kommt ihm zu Hilfe

PETER M. RANKE, Beirut

Der aus Syrien vertriebene und aus Nordlibanon geflüchtete PLO-Chef Yassir Arafat (54) macht zur Zeit die gleiche Erfahrung wie vor einem Jahr im belagerten West-Beirut: Kein arabischer Staat kommt ihm zu Hilfe – außer mit Worten. Die Bitte Arafats, daß sich ein arabischer Gipfel oder mindestens eine Außenminister-Konferenz mit der Krise zwischen der PLO und Syrien beschäftigen solle, ist bisher von keiner Regierung positiv beantwortet worden. Die Antwort der arabischen Staaten an Arafat lautet: Abwarten.

Syrien setzt unterdessen seine Bestrebungen fort, die Kontrolle über die PLO zu verstärken. In der Bekaa-Hochebene und in Nordlibanon stehen die restlichen Lager und Stützpunkte von Arafat-treuen Guerrillas unter scharfer Aufsicht prosyrischer „Saika"-Verbände und der syrischen Sicherheitstruppen von Präsidentenbruder Rifaat Assad. Der Führer der „Meuterer", Oberst Abu Mussa, hat die Arafat-Anhänger in den großen nordlibanesischen Flüchtlingslagern Baddaui und Nahr el Bared aufgefordert, sich binnen 48 Stunden zu ergeben.

Abu Mussa hat einen Generalkongreß der Fatah-Organisation und eine kollektive Führung für diese ehemalige Hausmacht Arafats verlangt, will aber von einer Sofort-Konferenz des PLO-Nationalkongresses nichts wissen.

Den Syrern dankte Abu Massa für ihr Eingreifen und betonte, die *Differenzen mit Arafat* beträfen allein Fatah und nicht die PLO. Damit wird das Ziel der syrischen Politik jetzt deutlicher: Nicht Zerschlagung der PLO, sondern Kontrolle über die Fatah und damit die Hauptmacht der PLO, da die anderen Guerrilla-Organisationen wie Saika, Volksfront oder Generalkommando ohnehin auf Seiten Syriens stehen. Damaskus hat offenbar nichts dagegen, wenn ein entmachteter Yassir Arafat das nominelle Aushängeschild für die PLO bleibt.

Dem syrischen Ziel dient auch die am Sonntag verkündete partielle Wiedervereinigung der marxistischen und prosyrischen Organisationen Volksfront von George Habash und Volksdemokratische Front von Najeh Hawatmeh. Sie bilden ein gemeinsames politisches und militärisches Kommando und wollen für eine „demokratische Reform" der PLO eintreten. Nachdem sich Hawatmeh 1969 von Habash getrennt hatte, weil die Volksfront damals nicht auf der syrischen Seite stand, will man nun „die Massen der Palästinenser zusammenführen und mit einer gemeinsamen Streitmacht für die Befreiung Palästinas und einen unabhängigen Staat kämpfen", heißt es in einem Kommuniqué.

Yassir Arafat wird in den nächsten Tagen in Algier und Riad erwartet, die Sowjet-Regierung hat dagegen kein Interesse an seinem Besuch, wie aus PLO-Kreisen in Moskau verlautet. Außer Kuwait haben auch Sudan, Ägypten und Jordanien Bedauern über die Krise zwischen Syrien und Arafat geäußert und zu Kompromißverhandlungen geraten. Der Milizenchef in Südlibanon, Saas Haddad, wiederum hat Arafat politisches Asyl angeboten, da die Syrer ihre Feinde umzubringen pflegen.

In Saudi-Arabien, Irak und den Golfstaaten wird die Politik Syriens zum Teil scharf kritisiert. Ob die ablehnende Haltung gegenüber Assad und das Interesse an der Bewahrung der PLO und Arafats Führung aber zu ernstlichen Druckmaßnahmen gegenüber Damaskus führen, wird von politischen Beobachtern bezweifelt. Die Saudis und Golf-Emirate könnten die jährlichen Zuschüsse für Syrien von 1,2 Milliarden Dollar einstellen oder kürzen, doch haben sie bisher der Rolle Syriens als Konfrontationsstaat gegen Israel stets eine größere Bedeutung beigemessen als der Person Arafats. (SAD)

Forderung nach Gewaltverzicht

● Fortsetzung von Seite 1

ser Frage zu sagen. Daß er hierüber – auf der Basis der in Paris genannten Bedingungen – eher als andere Partner zu einem Meinungsaustausch mit Moskau bereit ist, hatte der FDP-Chef schon am 8. April 1983 kundgetan.

Zwei Monate später, am 6. Juni, erklärte der FDP-Bundesvorstand ausdrücklich: „Wir sind der Meinung, daß der Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages, an dem alle Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes teilnehmen, der aber auch für die anderen Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki offen ist und der für jeden Unterzeichner gegenüber jedem anderen Unterzeichner gilt, ein wichtiger Beitrag zum Frieden sein kann, wenn er das Verhalten der Unterzeichnerstaaten in allen Teilen der Welt bestimmt."

Daran anknüpfend ermunterte Staatsminister Jürgen Möllemann (FDP) am 9. Juni die NATO-Außenminister, dem Warschauer Pakt einen Vertrag mit den genannten Kriterien vorzuschlagen. Doch darauf wollten sich die westlichen Partner keinesfalls einlassen. Vor allem Amerikaner, Franzosen, Italiener und Briten sahen in den sowjetischen Gewaltverzichtsplänen eher einen Teil des psychologischen Kampfes mit dem Ziel, im Westen die Illusion einer in Wirklichkeit so nicht vorhandenen Sicherheit zu erzeugen und gleichzeitig von den schweren Verletzungen früherer Gewaltverzichtserklärungen durch Moskau abzulenken. Darum gab es in Paris kein Signal für eine weitere aktive Verfolgung des Themas. Doch damit werden sich die Sowjets kaum abfinden. Für sie wird der Moskau-Besuch Helmut Kohls in der nächsten Woche eine willkommene Gelegenheit sein, auf einem erneuten Gewaltverzicht als Beweis des Entspannungswillens zu beharren.

Nach Ansicht von Experten sollte sich der Kanzler einer solchen Entwertung des Gewaltverbots, in *Übereinstimmung mit den NATO*-Verbündeten, energisch widersetzen. Dabei kann Kohl auf folgende längst vorhandene Texte verweisen:

1. Artikel 2 der UNO-Charta untersagt mit bindender Wirkung für alle Mitgliedstaaten strikt jede Androhung oder Anwendung von Gewalt.

2. Kernstück des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 12. 8. 1970 ist ebenfalls der uneingeschränkte Gewaltverzicht.

3. Die KSZE-Schlußakte von Helsinki bekräftigt und konkretisiert noch einmal das völkerrechtliche Gewaltverbot.

Eine andere Verhandlungslage könnte nach Auffassung von Fachleuten allenfalls eintreten, wenn auf der geplanten europäischen Abrüstungskonferenz konkrete vertrauensbildende Maßnahmen mit einem Gewaltverzicht verbunden würden.

SPD fordert Abgaben für Umweltschutz

Rei. Bonn

Weil Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, die der einzelne Bürger verlangt, „nicht im Supermarkt erworben werden können", schlägt die SPD Umweltabgaben zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben zum Schutz von Wald, Wasser und vor Lärm vor. Damit könnten nach ihren Schätzungen 300 000 bis 400 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieser Vorschlag ist enthalten in den „Beschäftigungspolitischen Leitlinien", die die SPD-Fraktion gestern verabschiedet hat. Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Wolfgang Roth erläuterte, daß zur Finanzierung ein Sondervermögen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von zehn bis zwölf Milliarden Mark gebildet werden solle, von denen zwei bis drei Milliarden aus Abgaben stammen sollten. Der Rest könne vom Kapitalmarkt geholt und durch die Streichung von Steuererleichterungen wie des Bauherrenmodells angesammelt werden.

Bahr: Deutschland ohne Atomwaffen

epd, Tutzing

Der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr hat in der Evangelischen Akademie Tutzing die Meinung vertreten, die Bundesrepublik und die „DDR" seien „völkerrechtlich zweifellos in der Lage, mit ihrer jeweiligen Führungsmacht und ihren Verbündeten in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, alle Atomwaffen von ihren Territorien zu entfernen". Ob die politische Wirklichkeit das gestatte und der politische Wille dazu vorhanden sei, müsse gegenwärtig bezweifelt werden. Weder die Sicherheit noch die Stabilität der Bündnisse müßten darunter leiden.

Prozeß um Tod Ernst Thälmanns

dpa, Köln

Um den Tod des früheren KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann wird es jetzt doch ein Gerichtsverfahren geben. Auf Anfrag seiner Tochter Irmgard beschloß der Zweite Strafsenat des Kölner Oberlandesgerichts, gegen einen ehemaligen SS-Oberscharführer und Exekutionsprotokoll-Führer im KZ Buchenwald Anklage wegen Beihilfe zum Mord an dem Arbeiterführer zu erheben. Der Name eines am Niederrhein lebenden 71jährigen früheren Lehrers, wurde nicht genannt.

Verkäufer-Flaute?

dsr – In der Flaute starrt die Wirtschaft, frischen Wind erhoffend, in der Regel in drei Richtungen: auf die Investoren, auf die Konsumenten und auf den Staat. Vielleicht ist das zu wenig, vielleicht muß Belebung auch von einer vierten Seite kommen, von den Verkäufern.

Kuno Pieroth zum Beispiel, geschäftsführender Gesellschafter bei dem mit Abstand größten deutschen Unternehmen der Weinbranche, zögert nicht zu behaupten, die relativ schlaffen Inlandsumsätze seien keineswegs nur Folge der allgemeinen Kaufzurückhaltung. Auch die Verkäufer pochten zunehmend auf freies Wochenende und pünktlichen Feierabend, erwarteten immer mehr von der Firma und immer weniger vom eigenen Einsatz.

Dies mag der typische Extremfall sein, besonders deutlich bei einem Unternehmen, das die Kunst des Verkaufens stets als das Kernstück seiner Aktivitäten ansah. Aber der Grundgedanke ist sicher des Überlegens wert. Das Verkaufen ist fast stärker noch als das Kaufen ins gesellschaftliche Abseits geraten. Verkaufen scheint keinen Spaß mehr zu machen. Nirgendwo gibt es in allen Branchen heute so viele offene Stellen wie hier. Der Verkäufer im Außendienst ist nicht einmal ein regulärer Ausbildungsberuf. Dabei ist eine Wirtschaft, die lediglich produziert und selbstzufrieden darauf wartet, daß Käufer kommen, auf die Dauer zum Tode verurteilt.

US-KONJUNKTUR / Washington korrigiert Prognose für verschiedene Industriezweige

Auto- und Stahlindustrie werden Glanz der 70er Jahre nie wieder erreichen

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Automobil- und Stahlindustrie erholt sich 1983 von der längsten Rezession seit 1945. Beide Branchen werden aber niemals wieder das Produktions- und Beschäftigungsniveau der späten 70er Jahre erreichen. Dagegen expandieren die hochtechnologischen Unternehmen, die Computer, integrierte Schaltungen und Laser herstellen, nur langsam, so daß die Arbeitsplatzverluste nicht ausgeglichen werden können. Aus Kostengründen verlagern viele Firmen die Fertigung überdies ins Ausland.

Zu diesem Schluß kommt das Handelsministerium in Washington, das wegen der beschleunigten wirtschaftlichen Erholung seinen im Dezember veröffentlichten „1983 U.S. Industrial Outlook" überprüft hat. Neu untersucht wurden die Perspektiven von 29 Industriezweigen; bei neun haben sich die Geschäftsaussichten erheblich verbessert, fünf rutschen noch tiefer in die Rezession, und in 15 Branchen hat sich das Bild nicht verändert. Die Behörde veranschlagt Amerikas Wachstumsrate für 1983 real auf 2,5 bis drei Prozent.

Schlechter als ursprünglich vorausgesehen, ergeht es den Herstellern von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten und Chemikalien, Ölbohrausrüstungen und schweren Baumaschinen. Hier wirken sich die vom US-Agrarministerium verordneten Anbaubeschränkungen für Getreide und Baumwolle, der gesunkene Rohölpreis und der harte Dollar aus, der amerikanische Produkte auf dem Weltmarkt verteuert und damit die Ausfuhren erschwert. Als Exportbremse erweisen sich außerdem die internationale Verschuldungskrise, die den Einfuhrspielraum der Dritten Welt einschränkt, und der stark geschrumpfte Cash-flow der Ölexportstaaten.

Im einzelnen gibt das Ministerium für 1983 diese Prognosen:

Automobile: Ins Haus steht eine „solide Erholung", obwohl die Verkäufe, einschließlich Importe, seit Dezember von 9,2 auf neun Millionen Pkw reduziert wurden. Sie liegen aber um 12,5 Prozent über dem Absatz im Jahre 1981. General Motors, Ford, Chrysler, American Motors und Volkswagen of America erhöhen ihren Ausstoß von 5,7 auf 6,7 Millionen Einheiten, ihr zusammengefaßter Umsatz nimmt von 71 auf 97 Milliarden Dollar oder um 37 Prozent zu. Ende der 70er Jahre rollten in den USA indes rund neun Millionen Fahrzeuge vom Band, beschäftigt wurden eine Million Arbeiter. Die Behörde geht davon aus, daß 100 000 der 270 000 immer noch freigesetzten Arbeiter nicht wieder eingestellt werden.

Stahl: Wegen der gedrosselten Nachfrage der Altindustrien kommt der Aufschwung nur langsam in Gang. Der Umsatz steigt von 19,4 auf 23 Milliarden Dollar, in der Hauptsache aber durch Wiederauffüllung der Lager. Die Beschäftigung nimmt höchstens von 270 000 auf 300 000 zu.

Wohnungsbau: Zusammen mit Detroit führt dieser Industriezweig die Konjunkturerholung in den USA an; die Ausgaben für Wohnraum nehmen um 31,5 (Dezember: 19) Prozent auf 62,3 Milliarden Dollar zu. Da sich Hypotheken wieder verteuern, droht allerdings eine Verlangsamung des Booms.

Baumaschinen: Wegen der anhaltenden Rezession im Tief- und Bergbau sinken die Umsätze um acht Prozent. Seit 1981 sind die Ausfuhren um zwei Drittel auf zwei Milliarden Dollar geschrumpft.

Werkzeugmaschinen: Die Einfuhren haben 45 Prozent des US-Marktes erobert – plus 29 Prozent in weniger als einem Jahr. Die Zahl der amerikanischen Hersteller hat sich seit 1978 von 850 auf etwa 620 verringert. Gegenüber 1982 nimmt der Branchenumsatz von 5,5 auf 3,9 Milliarden Dollar ab.

Während auch mit Einbrüchen im Chemiebereich gerechnet wird, sagt das Ministerium für die Sektoren Holzverarbeitung, Möbel, Haushaltsgeräte, Computer, Halbleiter und Sparkassen bessere Zeiten voraus.

UMWELTSCHUTZ

Bonn will Instrumente des Marktes einsetzen

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung erwägt, künftig marktwirtschaftliche Instrumente zur Verbesserung des Umweltschutzes einzusetzen. Zumindest hat sie, wie erst jetzt bekannt wird, bei der Verabschiedung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung am 14. Juni den zuständigen Ressorts einen Prüfungsauftrag für eine entsprechende Änderung erteilt.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, daß diese Verordnung in den nächsten vier bis acht Jahren nach Schätzungen der Versorgungswirtschaft allein bei Kohlekraftwerken Investitionen von rund 16 Milliarden Mark erforderlich macht.

Der jetzt zu prüfende Änderungsentwurf zielt darauf, den Unternehmen freizustellen, wie sie die Umweltschutzauflagen erfüllen. Um dies zu erreichen, sollen wirtschaftliche Anreize gegeben werden, die knappen Geldmittel dort einzusetzen, wo die Luftverschmutzung am stärksten ist.

„Durch eine solche Konzentration der Mittel auf die Stelle ihres wirkungsvollsten Einsatzes lassen sich nicht nur die Kosten der vorgegebenen Ziele des Umweltschutzes im Rahmen der gesetzlichen Auflagen vermindern, sondern zugleich die Ergebnisse der Luftreinhaltung verbessern", heißt es in der Begründung.

Der Entwurf sieht vor, daß für Schwefeloxidemissionen aus Altanlagen Berechtigungsscheine ausgegeben werden. Die Emission soll zunächst nicht höher sein als im Durchschnitt der letzten drei Kalenderjahre vor Antragstellung aus der betreffenden Anlage (zuzüglich zehn Prozent Konjukturreserve).

Zwei wichtige Merkmale kommen hinzu, um die Anlagenbetreiber zu erhöhten Umweltschutzanstrengungen anzuspornen: Die Berechtigungsscheine sollen planmäßig abgewertet (zum Beispiel um jährlich fünf Prozent) und übertragbar gemacht werden.

Auf diese Weise würde die kostengünstigste Schwefeloxidbeseitigung sichergestellt; denn die Unternehmer würden danach trachten, die noch verfügbaren Berechtigungsscheine (Zertifikate) dort einzusetzen, wo die Beseitigung des Schadstoffs am teuersten ist.

Gleichsam als Probelauf soll mit Schwefeloxid in Altanlagen (keine Gesetzesänderungen nötig) begonnen und bei guten Erfahrungen die Methode später auf andere Emissionen ausgedehnt werden.

In den USA sind die bisherigen Erfahrungen durchaus positiv. Allerdings steht das federführende Bundesinnenministerium trotz der grundsätzlichen Bekenntnisse zu marktwirtschaftlichen Instrumenten den Änderungsplänen im konkreten Falle skeptisch gegenüber.

Systembedingte Schwächen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Der sowjetische Partei und Staatschef Jurij Andropow erweckt in den letzten Wochen den Eindruck, als stünden in der Wirtschaft seines Landes tiefgreifende Veränderungen bevor. Er vermeidet aber den Ausdruck Reform. Allerdings glauben viele Moskau-Experten auch nicht an einen Wandel, der diesen Namen verdienen würde. Denn ein erheblicher, möglicherweise sogar der überwiegende Teil der Schwachstellen der sowjetischen Wirtschaft ist systembedingt, und daher auch nicht veränderbar.

Jurij Andropow hat auch Glück. Nach einer Reihe ungünstiger Jahre befindet sich die sowjetische Wirtschaft wieder in einer Phase des Aufschwungs, konstatierte kürzlich das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. Die Getreideproduktion dürfte erheblich besser ausfallen als in den Vorjahren. Für die ersten vier Monate meldet die Moskauer Statistische Zentralverwaltung für die Industrieproduktion einen Zuwachs von 4,4 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit.

Selbst wenn dieses Tempo übers Jahr nicht gehalten werden kann, sondern nur ein Plus bei der Industrieproduktion von 3,5 Prozent möglich ist, wie das Institut meint, so ist dies doch mehr als die 2,8 Prozent des Vorjahres. Zum ersten Mal seit 1978 könnte auch der Jahresplan wieder erfüllt werden. Allerdings dürfte sich der laufende Fünfjahresplan, der 1985 endet, wieder einmal als zu optimistisch erweisen.

Tendenziell decken sich diese Angaben auch mit amerikanischen Untersuchungen. So bezifferte der zuständige CIA-Experte die durchschnittliche Wachstumsrate in der Sowjetunion für die Jahre 1971 bis 1978 auf 3,7 Prozent und für die Zeit zwischen 1979 und 1981 auf 1,3 Prozent. Danach hat sich eine leichte Erholung durchgesetzt. Mehr als ein Wachstum von zwei Prozent wird für die nächsten Jahre nicht für möglich gehalten.

Die Konsolidierung auf einem niedrigeren Niveau hat dazu beigetragen, daß die Engpaßsektoren nicht mehr so deutlich erkennbar sind. Das Wachstum vollzieht sich ausgewogener als in früheren Jahren. Die Wachstumsschwäche der letzten Jahre würde nicht überwunden, im Gegenteil. Es deutet alles daraufhin, daß auch in der Sowjetunion die Zuwächse geringer werden.

Zwar dürften die Investitionen im Gegensatz zum Fünfjahresplan wieder überproportional steigen. Aber auch dies bedeutet noch keinen Anschluß an eine frühere Entwicklung. Das Angebot an Arbeitskräften nimmt kaum noch zu. Auch daß sich die Gewichte in der Wirtschaft stärker nach Osten verlagern, wirkt sich nachteilig aus. Überdies nehmen die leicht zugänglichen Energiequellen ab. Die Kosten für die Erschließung neuer Felder steigen.

Notwendig wäre eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Aber hier werden die Schwächen des Systems augenfällig. Die Preise spiegeln nicht in ausreichendem Maße die Knappheitsrelationen wider. Dadurch kommt es nicht nur zu einem unökonomischen Einsatz der Produktionsfaktoren, sondern auch die Umsetzung des technischen Fortschritts erfolgt vergleichsweise langsam. Es zählt die Planerfüllung und nicht das eigentliche Ergebnis.

Die Anreize, etwas Neues zu beginnen sind gering. Für die Leitung der Betriebe zahlt sich dies auch nicht aus. Andererseits wird die Wirtschaftslenkung über die Pläne immer schwieriger, weil das ganze Gefüge komplexer geworden ist.

Angesichts der unzureichenden Versorgung ist auch die Motivation der Arbeiter gering, sich stärker zu engagieren. Der Rückzug in die private Tauschwirtschaft wird immer offenkundiger. Die Schattenwirtschaft blüht. Dort, wo sich private Initiative entfalten kann, können sich die Ergebnisse sehen lassen.

Daher sehen selbst Reformer im Osten den erfolgversprechenden Ausweg in einer Dezentralisierung der Entscheidungen. Aber eine solche Verlagerung der Kompetenz, der Verantwortung und damit auch die Folgen für Erfolg und Mißerfolg stößt auf ideologische Grenzen. Der Vorrang der Partei steht dem entgegen. Daher sind in Moskau zwar Veränderungen bei der Preisbildung denkbar, um die größten Ungereimtheiten zu beseitigen. Mehr jedoch nicht.

AUF EIN WORT



„Wer sich die Last eines Unternehmers auflädt, darf nicht als dumm gelten. Vielleicht müssen wir in den Schulen beginnen, Neidkomplexe abzubauen und die Achtung vor dem Unternehmer zu fördern."

Dr. Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken

FOTO: DIE WELT

STEUERPOLITIK

Schnellbrief Stoltenbergs

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Stoltenberg hat die Kabinettsvorlage zum Haushaltsgesetzentwurf 1984 und den Begleitgesetzen für die morgigen Beratungen an die Ressorts verschickt. Dazu gehört auch das Steuerentlastungsgesetz 1984, das in den letzten Tagen noch einige Änderungen erfahren hat. In einem „Schnellbrief" Stoltenbergs dazu heißt es, daß die Ermäßigung der Vermögensteuer auch für Freiberufler noch klärungsbedürftig sei und je nach Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit durch das Justizministerium in der Kabinettssitzung entschieden werden solle.

In den Gesetzentwurf neu aufgenommen wurde das Angebot des Bundes an die Länder, deren Anteil an der Umsatzsteuer für 1984 und 1985 von 33,5 auf 34,5 Prozent zu erhöhen. Ein Prozentpunkt entspricht 1984 schätzungsweise 1,15 und 1985 etwa 1,2 Milliarden Mark. Damit sollen Einnahmeverluste der Länder vor allem bei der Vermögensteuer ausgeglichen werden.

Die Einbeziehung von Pkw in die zehnprozentige Sonderabschreibung zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe wurde dadurch erreicht, daß die „ausschließliche oder fast ausschließliche" betriebliche Nutzung generell zur Voraussetzung der Sonderabschreibung im neueingeführten Paragraph 7 g Einkommensteuergesetz gemacht wurde.

LIBANON

Unzufrieden mit Hermes-Deckung

dpa/VWD, Bonn

Eine Aufstockung der Hermes-Bürgschaften für Libanon ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, die deutsche Wirtschaft möglichst stark an dem rund 30 Milliarden Mark umfassenden Wiederaufbauplan für das kriegszerstörte Land zu beteiligen. Diese Auffassung vertrat der Generalsekretär der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Harald M. Bock, nach der Rückkehr einer deutschen Wirtschaftsdelegation aus Libanon. Die Libanesen seien mit der gegenwärtig von Hermes verbürgten Kreditlinie (eine Million Mark für ein Jahr) unzufrieden, berichtete Bock.

Sami Maroun, Präsident des Nationalen Rates für Außenhandelsbeziehungen, habe sich – so Bock – dafür ausgesprochen, daß deutsche Unternehmen die gesamte Infrastruktur einschließlich Verkehrsnetz wiederaufbauen sollten. Maroun wird in den nächsten Monaten mit einer Delegation nach Bonn kommen.

Groß-Beirut sei kein Kriegsschauplatz mehr. Während Österreicher, Franzosen, Schweden, Dänen und US-Amerikaner sich in Libanon gegenseitig die Klinken in die Hand gäben, glänzten die Deutschen durch Abwesenheit, stellte Bock fest. Der jüngste Besuch einer deutschen Wirtschaftsdelegation kam auf Bitte der Libanesen zustande. Das Klima für eine Zusammenarbeit sei „äußerst günstig".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

In Industriestaaten steigt Arbeitslosigkeit weiter

Kiel (dpa/VWD) – Nach den Erwartungen des Instituts für Weltwirtschaft an der Kieler Universität wird die Arbeitslosigkeit in zahlreichen westlichen Industriestaaten mit Ausnahme der USA bis 1984 weiter zunehmen. Wie aus einer aktuellen Studie weiter hervorgeht, rechnen die Experten nur mit einem schwachen Anstieg des Bruttosozialprodukts. Die auf Finanzmärkten vielfach gehegten Inflationsbefürchtungen werden jedoch nicht geteilt. Nach Einschätzung der Wissenschaftler erhöht sich das Bruttosozialprodukt in den Industrieländern 1983 und 1984 um durchschnittlich 1,5 beziehungsweise 2,5 Prozent. Dabei wird in den USA und Japan mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs, in Italien, Frankreich und Belgien jedoch mit einer erheblich verzögerten Entwicklung gerechnet. Der Preisauftrieb dürfte nach Ansicht der Forscher wegen der schwachen Konjunktur 1984 nur auf durchschnittlich fünf Prozent steigen. Eine zunehmende Beschäftigung sei in den USA wegen der Bereitschaft zu einer ausgeprägten Lohnzurückhaltung zu erwarten.

Mehr Konkurse

Paris (J. Sch.) – In Frankreich hat sich die Zahl der Insolvenzen (Konkurse, Vergleiche, Liquidationen) saisonbereinigt von 1601 im April auf 2080 im Mai erhöht, teilt das Nationalinstitut für Statistik mit. Damit scheint der jüngste Alarmruf des Patronats berechtigt gewesen zu sein. Allerdings weist das Institut darauf hin, daß die Erfassung der Insolvenzen in den letzten beiden Monaten gestört gewesen sei.

KfW erhöht Zinsen

Frankfurt (AP) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat ihre Zinsen für Endkreditnehmer angehoben. In einer am Montag in Frankfurt veröffentlichten Mitteilung hieß es, der jährliche Zinssatz betrage künftig 7,5 Prozent, bislang lag er bei sieben Prozent. Der Auszahlungssatz von 96 Prozent und die Laufzeit von zehn Jahren einschließlich zweier Freijahre blieben unverändert. Die neuen Konditionen würden für alle nach dem 24. Juni 1983 bei der Kreditanstalt eingehenden Anträge für Kredite aus dem KfW-Programm für kleine und mittlere Unternehmen, für die aus Eigenmitteln ergänzend zu den ERP-Programmen und zu dem Niederlassungsprogramm gewährten Kredite sowie für das Agrarkreditprogramm angewendet.

Über 240 Auslandsbanken

Düsseldorf (DW.) – Die Bundesrepublik besitzt weiterhin große Anziehungskraft für ausländische Banken. Anfang Juni 1983 waren mehr als 240 Kreditinstitute aus über 40 Ländern mit 106 Tochterinstituten vertreten. Die US-Banken stellen unter den in der Bundesrepublik tätigen Auslandsinstituten das weitaus größte Kontingent. Wichtigster Standort für die Auslandsbanken ist Frankfurt vor Düsseldorf.

Energie und ihr Preis
Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland 1982

Mengen 363 Mio t SKE ◂insgesamt▸ Kosten 108 Mrd DM
davon in %
ÖL: 44% – 64%
andere ENERGIEN: 35% – 19%
STEINKOHLE: 21% – 17%

Das Öl hat trotz aller Sparmaßnahmen immer noch einen Anteil von 44 Prozent am Energieverbrauch. Der Anteil an der Energierechnung beträgt sogar 64 Prozent. Die Steinkohle kommt auf einen Verbrauchanteil von 21 und einen Kostenanteil von 17 Prozent.

QUELLE: GLOBUS

Stahlproduktion gesunken

Düsseldorf (AP) – Die Stahlproduktion ist weiter rückläufig. In einer am Montag veröffentlichten Mitteilung des Statistischen Bundesamtes, Außenstelle Düsseldorf, hieß es, in den Monaten Januar bis Mai seien 17,6 Prozent weniger Roheisen, 14,4 Prozent weniger Rohstahl und 9,3 Prozent weniger Walzstahlfertigerzeugnisse hergestellt worden. Insgesamt wurden diesen Angaben zufolge 11,217 Millionen Tonnen Roheisen, 14,983 Millionen Tonnen Rohstahl und 10,836 Millionen Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse produziert.

Kein EG-Kartellgericht?

Brüssel (dpa/VWD) – Das für Wettbewerbsfragen zuständige Mitglied der EG-Kommission, Frans Andriessen, hält es für unwahrscheinlich, daß ein besonderer Gerichtshof für Wettbewerbs- und Kartellangelegenheiten in der EG geschaffen wird. Eine eigene oder dem Europäischen Gerichtshof (EGH) vorgelagerte Rechtsprechung erfordere eine Vertragsänderung und sei deshalb kaum zu erwarten, meinte Andriessen vor dem Rechtsausschuß des Europäischen Parlaments.

STAHLINDUSTRIE

SPD will die Standorte „im Kern" erhalten wissen

HEINZ HECK, Bonn

Die Stahlstandorte in der Bundesrepublik Deutschland müssen aus regional und beschäftigungspolitischen Günden „im Kern erhalten werden". Dies ist die Kardinalforderung eines Zehn-Punkte-Programms zur Neuordnung in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, das die SPD-Fraktion noch vor der Sommerpause verabschiedet und das ihr stellvertretender Vorsitzender Roth gestern erläutert hat.

Dabei kritisierte Roth vor allem Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, der „die Umsetzung jedes Konzepts der Neuordnung und der Arbeitsplatzsicherung in der Stahlindustrie" blockiert habe. Roth berief sich dabei nicht nur auf die in gleiche Richtung zielende Kritik der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch die der niedersächsischen CDU-Wirtschaftsministerin Breuel. Es sei ein „Skandal", daß die Bundesregierung „in internen Papieren von der Selbstzerstörung der Klöckner-Hütte ausgeht". Die Bundesregierung wisse, daß Klöckner in Bremen nur als Gemeinschaftshütte gehalten werden könne. Neben Bremen sieht Roth auch den Stahlstandort Saarland „dramatisch gefährdet".

Er zeigt zwar „jedes Verständnis" für den Widerstand der Länder gegen eine 50prozentige Beteiligung an der Drei-Milliarden-Hilfe für die Stahlindustrie, erwartet jedoch, daß sie ein Stahlkonzept mit „guter Marktstruktur" nicht an der Finanzierung scheitern lasse. Die dauerhaft tragbare Stahlkapazität in der Bundesrepublik sieht Roth etwa wie die Wirtschaftsvereinigung bei rund 34 Millionen Jahrestonnen.

MEHRWERTSTEUER / Vom 1. Juli an werden 14 Prozent berechnet

Wettbewerb behindert Überwälzung

HEINZ HECK, Bonn

Die Deutsche Lufthansa ließ ihre Kunden letzte Woche wissen, daß sie die am 1. Juli in Kraft tretende Mehrwertsteuererhöhung von 13 auf 14 Prozent nicht an sie weitergeben werde. „Im Interesse des Marktes" verzichtet sie auf eine Abwälzung der Steuererhöhung, die immerhin auf rund sechs Millionen Mark jährlich veranschlagt wird.

Jedes Unternehmen in der Bundesrepublik steht derzeit vor der Frage, welche Preispolitik es angesichts der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung – der ermäßigte Satz, der zum Beispiel für Nahrungsmittel gilt, wird von 6,5 auf sieben Prozent erhöht – einschlagen soll.

Nicht immer wird die Entscheidung so wie bei der Lufthansa ausfallen. Doch geht die allgemeine Einschätzung dahin, daß angesichts der nach wie vor schleppenden Konjunkturlage das „Weiterwälzen" keineswegs die Regel sein wird. Nur wenig Schwierigkeiten dürfte es machen, für Güter des gehobenen Bedarfs das zusätzliche Prozent über den Preis wieder hereinzuholen. Aber alle Erzeugnisse, die gleichsam zum Normalsortiment von Kaufhäusern gehören, stehen in einem so harten Wettbewerb, daß die Mehrwertsteuererhöhung eher beim Anbieter „hängenbleibt".

Daher sind heute auch Prognosen über die mutmaßliche Wirkung auf das Preisklima noch mit großen Unsicherheiten behaftet. Rein rechnerisch werden Sachgüter und Dienstleistungen beim Normalsatz (13 auf 14) um 0,88 Prozent teurer, beim ermäßigten Satz (6,5 auf sieben) um 0,47 Prozent. Doch was davon am Markt insgesamt durchzusetzen ist, bleibt abzuwarten. Entsprechend dürfte sich erst in den nächsten Monaten zeigen, ob die seit einiger Zeit anhaltende Talfahrt der Preissteigerungsraten nun ein Ende findet. Die für diesen Monat erwartete „Zwei vor dem Komma" bei der Preissteigerungsrate dürfte, so meinen manche Beobachter, ein nur kurzes Leben haben.

Zwar gelten die neuen Sätze ab 1. Juli. Doch gibt es in der Übergangszeit immer Zweifelsfragen. Generell gilt, daß bei Lieferverträgen, die vor dem 1. März geschlossen und erst nach dem 30. Juni erfüllt werden, eine Nachberechnung der erhöhten Mehrwertsteuer dem Verkäufer von der Finanzverwaltung gestattet wird.

Am 1. Juli werden auch die Vorsteuer-Pauschalsätze für Reisekosten erhöht: für Aufwendungen für Übernachtungen und Mehraufwendung für Verpflegung von 10,6 auf 11,4 Prozent sowie für die Benutzung eines arbeitnehmereigenen Kraftfahrzeugs von 7,1 auf 7,6 Prozent.

FRANKREICH / Bürger sorgen für schlechte Zeiten vor

Spareinlagen sind gestiegen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Entgegen den jüngsten Meinungsbefragungen haben die Franzosen in letzter Zeit nicht weniger sondern erheblich mehr gespart. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres nahmen die Einlagen der Sparkassen um 20 Milliarden Franc (rund 6,45 Milliarden Mark) zu und damit doppelt so stark wie in der gleichen Vorjahreszeit. Gleichzeitig wurden für 76 (50) Milliarden Franc Anleihen gezeichnet.

Diese spektakulären Zuwachsraten erklärt die staatliche Caisse des Depôts als zentrale Sammelstelle der Sparkassengelder und wichtigster institutioneller Anleger am Rentenmarkt vor allem damit, daß die Franzosen für schlechtere Zeiten vorsorgen wollten. Schon im Monat Juni könnten wegen der Steuernachzahlungen des Austerity-Plans hohe Abhebungen von den Sparkonten erfolgen.

Allerdings haben die Franzosen inzwischen auch ihr Sparverhalten geändert. Nach Angaben der Caisse würde wegen der anhaltend schlechten Verfassung des Wohnungsmarktes immer weniger in Immobilien gespart, während Obligationen mit Renditen von immer noch fast 14 Prozent attraktiv geblieben sind. Der Anteil von Rentenwerten und Versicherungen an der gesamten Ersparnisbildung erreichte 1982 30 Prozent gegenüber 20 Prozent 1979.

Am Einkommen der privaten Haushalte gemessen stieg die Sparquote von 14,7 Prozent in 1980 auf 15,6 Prozent in 1981 und stabilisierte sich 1982 bei 15,5 Prozent, ohne damit allerdings den Jahresdurchschnitt 1974 bis 1978 von 17,3 Prozent zu erreichen. Das verhältnismäßig gute Ergebnis des letzten Jahres führt die Caisse nicht zuletzt auf das neu eingeführte indexierte Volkssparbuch zurück.

Inzwischen hat die Regierung als weitere steuerfreie Sparform das „Konto für die industrielle Entwicklung" geschaffen, dessen Ertrag für die Modernisierung der Industrie in Form von Beteiligungsdarlehen zur Verfügung gestellt werden soll. Dagegen läßt das Aktiensparen, durch das die meist unzureichende Eigenkapitalbasis der Unternehmen verstärkt werden könnte, mehr als zu wünschen übrig.

ÖSTERREICH / Noch ist keine durchgreifende Besserung der Konjunktur zu erkennen

Investitionen sind weiter geschrumpft

W. FREISLEBEN, Wien

Von Konjunkturaufschwung ist in Österreich bislang nichts zu spüren. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im ersten Quartal mit 0,3 Prozent kaum an; lediglich der private Konsum hatte sich in den ersten Monaten etwas gefestigt. Verantwortlich dafür waren aber in erster Linie eine starke Belebung der Autokäufe mit einer Importsteigerung um fast zwei Fünftel sowie einige andere langlebige Konsumgüter, die aber im wesentlichen ebenfalls dem Import zugute kamen.

Die heimische Industrieproduktion erhielt davon jedenfalls zu wenig Impulse, um die zuletzt stagnierende Auslandsnachfrage und die schwache Investitionsneigung auszugleichen. Sie schrumpfte im Investitions- und Konsumgüterbereich um insgesamt 3,3 Prozent im ersten Quartal. Nur die Energiewirtschaft konnte dank einer infolge guter Wasserführung der Flüsse gesteigerten Stromerzeugung aus Wasserkraft ihre Produktion um 1,1 Prozent ausweiten.

In der Industrie nehmen zwar die Auftragseingänge aus dem Inland und Ausland saisonbereinigt wieder etwas zu, doch ist nach Meinung des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Wifo) noch keine durchgreifende Besserung zu erkennen. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurde bisher die krisengeschüttelte Bauwirtschaft, die um mehr als fünf Prozent während der ersten Monate des Jahres schrumpfte, wobei besonders im Wohnungsbau der Rückschlag ins Gewicht fiel.

Dieser Entwicklung entspricht auch die Nachfrage der Wirtschaft: Allein die Anlageinvestitionen sind um 6,4 Prozent, die baulichen Investitionen um 5,1 Prozent gesunken. Die Investitionen in Maschinen wurden sogar um 10 Prozent zurückgenommen. Der Handel im Inland konnte dagegen zufrieden eine reale Umsatzausweitung um 3,5 Prozent verzeichnen und damit eine Schrumpfung des BIP verhindern. Der Privatkonsum stieg um 2,7 Prozent an.

Während noch im letzten Jahr der Außenhandel als Konjunkturstütze wesentliche Impulse lieferte, ließen in diesem Jahr der Export in die Ostblockstaaten und in die Entwicklungsländer deutlich nach. Die Nachfrage der westlichen Industriestaaten bleibt weiterhin zurückhaltend. Das Defizit der Handelsbilanz verringerte sich dank niedriger Energiepreise ebenso wie der Überschuß in der Dienstleistungsbilanz, so daß insgesamt die Leistungsbilanz im ersten Quartal einen mit sechs Milliarden Schilling (rund 425,5 Millionen Mark) um 1,2 Milliarden höheren Überschuß als vor Jahresfrist auswies.

Ebenfalls positiv verlief der Kampf gegen die Inflation, die durch den Rückgang der Energiepreise und die tendenzielle Höherbewertung des Schillings mit drei Prozent im April den niedrigsten Wert seit fast fünf Jahren erreichte. Der Rückgang der Beschäftigung hat sich seit Jahresende beschleunigt. Im April waren um 53 600 Personen weniger beschäftigt als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenrate lag saisonbereinigt bei 4,8 Prozent gegenüber 3,7 Prozent im zweiten Quartal 1982.

GROSSBRITANNIEN / Bericht zur Kohlepolitik

Zechenschließungen gefordert

WILHELM FURLER, London

Der Präsident der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, hat für den Herbst eine Abstimmung über einen landesweiten Ausstand im britischen Kohlebergbau angekündigt. Es wäre die dritte Abstimmung unter den Bergleuten über Streikaktionen innerhalb eines Jahres. Bei den Abstimmungen Ende 1982 und im Frühjahr dieses Jahres hatte sich die Mehrheit der Bergleute gegen einen Streik ausgesprochen.

Wie damals geht es auch diesmal wieder um die von der Geschäftsleitung der staatlichen Kohlebehörde als unumgänglich angesehene Schließung etlicher unrentabler Zechen. Ungewöhnlich starke Rückendeckung hat das Management in einem jetzt veröffentlichten Bericht über die Lage der britischen Kohleindustrie erhalten. Er wurde im Auftrag der Regierung von der „Monopolies and Mergers Commission" erstellt.

Darin werden „weitreichende" Zechenstillegungen und eine weit stärkere Zurückhaltung bei Lohnabschlüssen gefordert. Wie es in dem Bericht heißt, könnten pro Jahr etwa 300 Millionen Pfund (1,17 Milliarden Mark) eingespart werden, wenn die gegenwärtige Förder-Kapazität um zehn Prozent abgebaut würde. Die Kapazitätsverringerung sollte sich auf jene Zechen konzentrieren, die die höchsten Betriebsverluste erbringen.

Ohne diese Maßnahmen müßten die Verluste der Kohlebehörde (im vergangenen Jahr mehr als 100 Millionen Pfund) weiterhin vom Steuerzahler getragen werden. Außerdem würde der Preis für Kohle unnötig hoch bleiben, was über teurere Elektrizität zu einer weiteren Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie auf den Weltmärkten führe.

In dem Bericht wird eingeräumt, daß die Stillegung unrentabler Zechen erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigungslage in den betroffenen Gebieten Großbritanniens haben würde. Aber je länger die Probleme im britischen Kohlebergbau nicht angegangen würden, desto schlimmer würden sie.

NORWEGEN / DIHT ermuntert Exporteure

Konjunkturbelebung nutzen

VWD, Bonn

Auf gute Chancen für Exporte der Bundesrepublik Deutschland nach Norwegen hat kürzlich der Deutsche Industrie- und Handelstag in Bonn hingewiesen. Als Rükkenwind für deutsche Exporteure sei der konjunkturelle Aufschwung in diesem skandinavischen Land zu werten. Positiv für Norwegen wirkt sich nach den Angaben des DIHT vor allem aus, daß auf den in Betrieb befindlichen Ölfeldern die Förderkosten nur 4 und 14 Dollar pro Faß betragen, so daß der Preisverfall auf zur Zeit 31 und 30 Dollar (Ekofisk und Statfjord) die Wirtschaftlichkeit der Ausbeutung nicht in Frage stelle. Zwar sei eine gewisse Zurückhaltung bei den nördlichen Gebieten des Kontinentalsockels mit deutlich höheren Explorationskosten zu erwarten. Dies werde aber mehr als ausgeglichen durch die Tatsache, daß das Erdgas von einem Preissturz bisher verschont geblieben sei. In diesem Bereich könne man daher auch in Zukunft mit einer konjunkturunabhängigen, kontinuierlichen Investitionstätigkeit rechnen.

Aber auch die allgemeine Konjunkturentwicklung sei positiver als bisher einzuschätzen. Die Arbeitslosigkeit von nur 3,6 Prozent sei im europäischen Vergleich ein Zeichen der Solidität. Schließlich weise die Leistungsbilanz Norwegens auch 1982 nach den endgültigen Zahlen noch immer einen Überschuß von 5,1 Milliarden Kronen auf.

OECD: 1983 weniger Kreditaufnahmen

rtr, Paris

Das Gesamtvolumen internationaler Mittelaufnahmen wird nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im laufenden Jahr wegen der allgemein unsicheren Lage auf den Kapitalmärkten niedriger als im Vorjahr sein. In dem OECD-Monatsbericht heißt es, die Kreditaufnahmen werden voraussichtlich auf zwischen 145 Milliarden und 155 Milliarden Dollar von 170,5 Milliarden Dollar in 1982 zurückgehen. Die Zinsentwicklung für den Rest des Jahres sei ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Der Rückgang der internationalen Kreditaufnahmen im Mai und April sei vor allem auf die finanziellen Schwierigkeiten der lateinamerikanischen Staaten zurückzuführen.

Software-Firma geht an die Börse

sz. München

Zum ersten Mal kommt jetzt ein deutsches Software-Unternehmen an die Börse. Ab heute werden 5000 Stammaktien der SM Software AG, München, zum Kurs von 200 DM je 50-DM-Aktie von der PM Protfoliomanagement GmbH, München, und dem Hamburger Bankhaus Marcard & Co. zum Kauf angeboten. Die Einführung in den Münchener Telefonverkehr ist für den 4. Juli vorgesehen. SM, möchte für 1983 noch keine Dividende zahlen, verspricht aber für 1984 bereits jetzt eine Ausschüttung von 15 DM. 1983 wird ein Umsatz von 3,75 Mill. DM erwartet, nachdem in den letzten drei Jahren jährlich Zuwachsraten von etwa 97 Prozent auf knapp 2 Mill. DM 1982 erzielt wurden.

Erfolgreiche Computer-Show

DW. Köln

Als ein voller Erfolg für die beteiligten 37 ausstellenden US-Firmen und damit als erfolgreicher Start für eine neue Veranstaltung im Köln-Messe-Programm erwies sich die erstmals in Europa durchgeführte US-Computer-Show Köln (23.–26. Juni), die von der US-Botschaft in Zusammenarbeit mit der Köln-Messe veranstaltet wurde. Die Ergebnisse übertrafen nach Aussagen der teilnehmenden Unternehmen, die US-Spitzentechnologie bei Computern für Beruf, Heim und Hobby – zugeschnitten auf deutsche Software – präsentierten, deutlich die Erwartungen. Von der Qualität des Fachbesuchs war die überwiegende Mehrheit der Aussteller ebenso überrascht wie von der Orderbereitschaft.

HASTRA / „Schmaleres" Ergebnis erwartet

Preise werden nicht erhöht

dos, Hannover

Die Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs-AG (Hastra), mit über 577 000 Kunden größter Stromverteiler in Niedersachsen, rechnet für 1983 mit einem gegenüber dem Vorjahr „schmaleren Ergebnis". Nach Angaben des Vorstandes ist der Umsatz der Hastra in den ersten fünf Monaten 1983 zwar um 3,3 Prozent gestiegen. Der Zuwachs sei jedoch ausschließlich auf die Anfang des Jahres vorgenommene Preiserhöhung um 3,4 Prozent zurückzuführen. Der Stromabsatz dagegen verringerte sich um 0,4 Prozent. Obwohl also zur Deckung der steigenden Kosten keine zusätzlichen Erlösbeiträge aus Mehrlieferungen zu erwarten seien, stünden derzeit keine neuerlichen Preiserhöhungen zur Debatte. Hastra-Vorstand Norbert Worm rechnet frühestens Mitte 1984 mit neuerlichen Tariferhöhungen. Bei den Gaspreisen werde sogar eine Reduzierung um 2 bis 3 Prozent ab Oktober 1983 erwogen.

Im Geschäftsjahr 1982 erzielte die Hastra einen Umsatz von 1,15 (1,07) Mrd. DM; das entspricht einem Plus von 7,6 Prozent. Der höhere Umsatz resultierte auch 1982 im wesentlichen aus Preiserhöhungen. Der Stromabsatz nahm lediglich um 0,7 Prozent auf rund 6 Mrd. kWh und der Gasabsatz um 7,7 Prozent auf 637 Mill. kWh zu. Der Jahresüberschuß von 24,3 (14,7) Mill. DM ist maßgeblich von außerordentlichen Erträgen geprägt.

PIEROTH / Umsatzzuwachs im Ausland

Neue Führungs-Holding

der. Burg Layen

Ungeschoren kommt auch der Branchenriese der deutschen Weinwirtschaft, die Pieroth-Gruppe, Burg Layen, nicht durch die mageren Jahre. Der Umsatz stieg 1982 „nur" noch um 1,3 Prozent auf 588,6 (581) Mill. DM. Für 1983 wird trotz der um 2 Prozent niedrigeren Preise ein Plus von 3 Prozent erwartet.

Wieder soll der Zuwachs allein auf das Konto des Auslandsgeschäfts gehen. Im Inland gab es Einbußen, mit einer kurzfristigen Besserung wird trotz der Rekordweinernte 1982 nicht gerechnet. Spätestens Ende der 80er Jahre dürften die Auslandsumsätze 50 Prozent des Gesamtgeschäfts (1982: 39 Prozent) ausmachen, wobei das Wort Export irreführend wäre: Pieroth verkauft inzwischen Weine aus 11 verschiedenen Ländern in 22 Ländern – auch französische Weine in Frankreich. Der eigentliche Exportartikel ist dabei das Know-how des von Pieroth entwickelten Direktvertriebs zum Endverbraucher. Hier ist im Inland der Mangel an qualifizierten Außendienstmitarbeitern (410 unbesetzte Stellen) offensichtlich größer als im Ausland.

Die Erträge waren 1982, wie die beiden geschäftsführenden Gesellschafter Kuno Pieroth und Adolf Huber sich ausdrücken, „noch vertretbar im Verhältnis zur Gesamtbranche". Ende 1982 hatte das Unternehmen keinen Pfennig Bankschulden. Die Investitionen (1982 und 1983 je etwa 11 Mill. DM) werden zu 95 Prozent aus Eigenmitteln bestritten.

Langfristig setzt die Pieroth-Gruppe sich das Ziel, Branchenführer auch in Europa zu werden. Man schätzt, daß zur Zeit noch drei oder vier ausländische Unternehmen einen größeren Umsatz haben könnten. Die neugegründete Pieroth-Führungsgesellschaft mbH soll mit drei Generalbevollmächtigten die beiden Gesellschafter entlasten. Elmar Pieroth, Senator für Wirtschaft in Berlin, ist ganz aus dem Unternehmen ausgeschieden und läßt seine Anteile am Unternehmen treuhänderisch verwalten.

KLÖCKNER

Interesse an Wuppermann

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Unterschrieben sei noch nichts, es täten sich wohl auch noch Alternativen auf, aber das Angebot sei so günstig, daß man nicht einfach daran vorbeigehen könne. Mit diesen Auskünften bestätigt Geschäftsführer G. Theodor Wuppermann, daß der Stahlkonzern Klöckner-Werke AG, Duisburg, den 29 Eigentümern der Theodor Wuppermann GmbH, Leverkusen, gegen Geld und eigene Aktien das volle, seit neun Jahren dividendenlose Stammkapital von 24 Mill. DM dieses 111 Jahre alten Familienunternehmens abkaufen will.

In Duisburg hüllt man sich zu diesem Projekt, das NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen am Wochenende auf dem SPD-Landesparteitag – heftige Kritik äußernd – ausplauderte, noch in Schweigen. Des Ministers Kritik – Produktionsverlagerung „außer Landes" –, die am Montag von 1000 Beschäftigten der Krupp-Hütte Rheinhausen mit einer Protestdemonstration unterstützt wurde, zielt auf den Kern dieses Projektes.

Wuppermann (536 Mill. DM Umsatz und 1785 Beschäftigte) betreibt ohne eigene Rohstahlbasis, aber seit acht Jahren mit eigener Stranggießanlage auf der Krupp-Hütte in Leverkusen vor allem eine große Mittelbandanlage, deren EG-Produktionsquote (in 1981/82 noch 522 300 t) nach Auslaufen der Leverkusener Produktion die große Klöckner-Flachstahlhütte (5,5 Mill. Jato Warmbreitbandkapazität) von einem erheblichen Teil der Sorgen über die Bremer „EG-Erdrosselungsquote" befreien würde. Statt notgedrungener erheblicher Quotenüberschreitungen wäre Klöckner für künftige Quotenverhandlungen in der EG wieder ein bewegungsfähiger Partner.

In Leverkusen soll, so sieht es das Klöckner-Angebot weiter vor, zum Ersatz der Bandstahl/Warmband-Produktion die Bandstahlverarbeitung ausgebaut werden.

RUHRKOHLE / Drei Kokereien werden stillgelegt

Kapazität muß schrumpfen

HANS BAUMANN, Essen

Das laufende Jahr wird eines der schwierigsten seit Jahren, erklärt der Vorstand der Ruhrkohle AG, Essen, bei Vorlage des Berichtes über das Geschäftsjahr 1982. Der starke Absatzrückgang an die Stahlindustrie, der auch längerfristig keine Chancen für eine höhere Produktion als 35 Mill. Tonnen im Jahr eingeräumt werden, zwingt zur Stillegung von drei Kokereien, auf denen 1030 Arbeitnehmer beschäftigt sind. 1982 baute die Ruhr-Kohle bereits 2500 Mitarbeiter ab, 1983 können es bis zu 4000 werden.

Wird auch an die Stillegung von Zechen gedacht? „Wenn wir bei der Kokskohle nicht die Erlöse bekommen, die die Kosten decken, dann müssen wir Mengen abwerfen", lautet die Antwort von Karlheinz Bund, Vorsitzender des Vorstandes. Wenn die öffentlichen Hände sich nicht stärker engagierten als 1982, so müsse die Kapazität schrumpfen, und es müßten auch die Investitionen beschnitten werden. Das technische Vorstandsmitglied Friedrich Carl Erasmus erinnert daran, daß die Förderkapazität nur um wenige Prozentpunkte elastisch sei. Die hohen Fixkosten erlaubten kaum ein Herunterfahren der Produktion. Von der Exploration bis zur Förderung einer neuen Schachtanlage vergingen bis zu 12 Jahre bei Investitionsvorleistungen bis zu 1,4 Mrd. DM. Aus diesen Daten gehe schon hervor, daß man den Kohlefluß nicht beliebig auf- und zudrehen könne.

Im laufenden Jahr wird die Förderung der Ruhrkohle noch einmal um 6 Mill. Tonnen zurückgenommen, vier davon durch die Einlegung von 12 Feierschichten und zwei durch die lineare Rücknahme der Förderung. Das bringt Kosten in der Größenordnung von 500 Mill. DM. Die hohen Haldenbestände von 15,4 (8,1) Mill. Tonnen binden inzwischen Mittel in der Größenordnung von 2,2 Mrd. DM. Im Herbst hofft man mit einer leichten Reduzierung der Bestände beginnen zu können.

Finanzchef Hubert Grünewald beziffert die direkte öffentliche Hilfe im Berichtsjahr mit 284 Mill. DM, das sind 405 Mill. DM weniger als im Jahr zuvor. Aus der Kokskohlebeihilfe, die vertraglich abgesichert ist, bekam die Ruhrkohle 1981 noch 1,54 Mrd. DM, 1982 war es nur noch gut eine Milliarde. Um die Kosten decken zu können, braucht die Ruhrkohle je Tonne Kokskohle eine Beihilfe von 75 DM, da Kokskohle am Weltmarkt 160 DM koste, der Listenpreis der Ruhrkohle aber 235 DM laute.

Bund erinnerte daran, daß die Ruhrkohle im 15. Jahr ihres Bestehens ein Eigenkapital von 1,3 Mrd. DM aufgebaut habe gegenüber 500 Mill. DM bei der Gründung. Allein in den letzten 10 Jahren sei der Absatz um 30 auf zuletzt 56 Mill. Tonnen zurückgegangen. Die Zahl der Betriebe verringerte sich von 52 auf heute 24. Gleichzeitig wurden 60 000 Mitarbeiter auf heute 124 000 abgebaut, aber die Zahl der Lehrlinge von 5 auf 10 Prozent erhöht. Der Umsatz stieg in diesem Zeitraum seit der Gründung von sieben auf 18 Mrd. DM.

Mit dem Abschluß für 1982 kann die Ruhrkohle noch zufrieden sein. Er ist ausgeglichen. Der Verlust aus dem Vorjahr in Höhe von 10 Mill. DM wurde vorgetragen. Der Ausgleich gelang aber nur durch außerordentliche Erträge in Höhe von 576 Mill. DM, vornehmlich durch eine Festwertaufstockung im Zuge einer Inventur der Betriebs- und Geschäftsausstattung unter Tage, die alle drei Jahre stattfindet. Hinzu kamen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil von 364 (96) Mill. DM und Beteiligungserträge von 64 (53) Mill. DM. Diese zusätzlichen Mittel werden der Ruhrkohle im laufenden Jahr im wesentlichen nicht mehr zur Verfügung stehen. Wie kritisch der Finanzierungsstatus ist, belegt am besten der Cashflow, der 1982 mit nur 837 Mill. DM bei Investitionen von 1,3 (0,9) Mrd. DM deutlich unter dem Volumen des Vorjahres von 1,3 Mrd. DM lag.

FICHTEL & SACHS / Sorgenkind Zweiradgeschäft

Hoffnung auf US-Automarkt

DANKWARD SEITZ, München

Man konnte glauben, irrtümlich in eine Bilanzpressekonferenz eines Motorrad-Herstellers und nicht eines bedeutenden Zulieferanten der deutschen Automobilindustrie geraten zu sein. Insbesondere diese Sparte ist es aber, die der Schweinfurter Fichtel & Sachs-Gruppe seit fast vier Jahren die größten Sorgen bereitet. Das Zweiradgeschäft, mit 20 (23) Prozent derzeit noch am Außenumsatz von knapp 1,7 (1,68) Mrd. DM beteiligt, hatte auch 1982 wieder entscheidenden Anteil daran, daß die Fichtel & Sachs AG (F&S) von den Töchtern einen beträchtlichen, wenn auch mit 18,5 (21,4) Mill. DM verringerten Verlust übernehmen mußte.

Vorstandsmitglied Friedrich Nachtsheim begründete dies vor allem damit, daß sich die Nürnberger Herkules-Werke (Umsatz 154 nach 196 Mill. DM) sich mit ihren Mofas dem Einbruch bei den deutschen Herstellern von motorisierten Zweirädern nicht entziehen konnten. Zugeschrieben wird dies den Kampfpreisen der japanischen Firma Honda, die ihre leichten Motorräder fast zu Mofa-Preisen anbietet. Nachtsheim: „Honda will die absolute Marktführerschaft weltweit und geht auf einen Overkill aus." Überdeutlich werde dies in der Branchenentwicklung. Hier sei die Produktion an motorisierten Zweirädern allein 1982 um 44,6 Prozent auf ein Volumen gesunken, das nur noch 36,6 Prozent von dem des Jahres 1980 ausmache.

Bei zudem geringerem Fahrradgeschäft machte diese Entwicklung bei Herkules, wie Nachtsheim mitteilte, starke Strukturveränderungen notwendig. Die Produktion wurde auf das „nötigste Maß" zusammengeschnitten, verstärkt auf Auftragsfertigung umgestellt und die Mitarbeiterzahl von 1500 auf unter 900 reduziert.

Da tat es gut, daß die Kfz-Sparte (Kupplungen, Stoßdämpfer, Zentralverriegelungen, Drehmomentwandler) auf ein Umsatzwachstum von rund 12 Prozent auf etwa 1,07 (0,96) Mrd. DM kam. Große Hoffnungen setzt man bei F&S auf den nordamerikanischen Markt, nachdem mit dem US-Autohersteller American Motors ein erster größerer Auftrag für die Lieferung von Drehmomentwandlern abgeschlossen werden konnte. Stärkeren Marktzugang soll der inzwischen begonnene Neubau einer Produktionsstätte in Kanada ermöglichen.

Wie sehr man bei F&S auf die Zukunft setzt, wird in den Investitionsanstrengungen der Muttergesellschaft deutlich. Mit 89,9 (77,8) Mill. DM – in der Gruppe waren es 107,5 nach 105,8 Mill. DM – wurde ein neuer Rekord in der Unternehmensgeschichte aufgestellt. Allein in Sachanlagen flossen bei Abschreibungen von 63,9 (61,7) Mill. DM fast 70,0 (62,7) Mill. DM. Wie Nachtsheim betonte, wurde der Finanzierungsbedarf weitgehend selbst gedeckt. Zudem wurden die langfristigen Verbindlichkeiten weiter getilgt und im zweiten Jahr hintereinander keine kurzfristigen Mittel aufgenommen. Erträge aus Beteiligungen stehen mit 9,0 (11,0) Mill. DM zu Buche. Der Netto-Cash-flow erhöhte sich auf 90,4 (90,0) Mill. DM.

Insgesamt weist die AG einen auf 22,2 (21,7) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß aus, wovon 2,0 (1,5) Mill. DM den Rücklagen zugewiesen wurden. Die Ausschüttung von wieder 20 Mill. DM an die Holding soll erneut zum Teil als Darlehen zurückfließen. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis wurde jetzt auch durch die Sachs AG, München, eine Kapitalerhöhung durch Darlehensumwandlung um 8 Mill. auf 128 Mill. DM zum Kurs von 300 Prozent gebilligt.

Auch wenn noch Unsicherheit über die konjunkturelle Wende besteht, ist man bei F&S zuversichtlich für das laufende Geschäftsjahr. Bei insgesamt unverändertem Auftragsvolumen gegenüber dem Vorjahr sei die Vollbeschäftigung der über 16 000 Mitarbeiter so gut wie gesichert.

VERSICHERUNGSGRUPPE HANNOVER

Wieder gute Ergebnisse

D. SCHMIDT, Hannover

Die in der Versicherungsgruppe Hannover (VGH) zusammengeschlossenen Gesellschaften, die Landschaftliche Brandkasse und die Provinzial Lebensversicherung, sind mit den im Geschäftsjahr 1982 erzielten Ergebnissen durchweg zufrieden. Wie aus den jetzt vorgelegten Jahresabschlüssen hervorgeht, stiegen die gesamten Beitragseinnahmen der VGH auf 1,12 (1,01) Mrd. DM zu.

In der Lebensversicherung ergab sich im Berichtsjahr nach 1,14 (1,09) Mrd. DM Neugeschäft Ende 1982 ein Bestand von 7,11 (6,4) Mrd. DM Versicherungssumme. Die Beitragseinnahme wuchs auf 287 (250) Mill. DM und damit doppelt so stark wie im Branchendurchschnitt. Nach Angaben des Vorstands hält die günstige Entwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres 1983 an. In den ersten fünf Monaten liege der Neuzugang in der Lebensversicherung mit 33 Prozent deutlich über dem des Vorjahres.

Die der Provinzial angeschlossenen HUK-Sparten – sie werden Ende 1983 auf die Landschaftliche Brandkasse übertragen – vereinnahmten 1982 Beiträge von 334 (320) Mill. DM; hinzu kommen 11,3 (10,4) Mill. DM in Rückdeckung übernommenes Geschäft. Davon entfielen allein 267 (259) Mill. DM auf die Kraftfahrtversicherung. Der Schadenverlauf gestaltete sich günstiger als im Vorjahr.

Insgesamt erwirtschaftete die Provinzial einen Bruttoüberschuß von 189 (143) Mill. DM. Die Erträge aus Kapitalanlagen nahmen dabei um 15,7 Prozent auf 181 Mill. DM zu. Auf die Lebensversicherung entfielen vom Überschuß 119 (98) Mill. DM und auf die anderen Sparten 70 (45) Mill. DM. Davon werden 139 (108) Mill. DM für Beitragsrückerstattungen und 3,3 Mill. DM für Schwankungsrückstellungen verwandt. Den freien Rücklagen werden 18,8 Mill. DM zugeführt.

Überdurchschnittliche Beitragssteigerungen und höhere Schadensaufwendungen kennzeichnen das Geschäft der Landschaftlichen Brandkasse im Jahre 1982. Die gesamte Beitragseinnahme stieg um 14,5 Prozent auf 485 (423) Mill. DM. Trotz erhöhter Schäden vor allem in den Sparten Industriefeuer und Einbruch/Diebstahl blieb die Gesamt-Schadenquote mit 65,3 Prozent nahezu unverändert.

Der Bruttoüberschuß erreichte 74,8 (53,1) Mill. DM. Daraus wurden vorab 10 Mill. DM für künftige Beitragsrückvergütung reserviert. Der Schwankungsrückstellung werden 23,4 (21) Mill. DM zugeführt. Nach Steuern von 25,4 Mill. DM verbleibt ein Jahresüberschuß von 16 Mill. DM, der zur Eigenkapitalstärkung verwandt wird.

NAMEN

Georg Hagen, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Accumulatorenfabriken Wilhelm Hagen AG, Soest/Westf., feierte am 27. Juni den 75. Geburtstag.

Dr. Peter H. Stuchtey (45), Geschäftsführer der Busch-Jaeger Elektro, Lüdenscheid, wird ab 1. August 1983 den Vorsitz der Geschäftsführung der Grohe Handelsgesellschaft, Hemer/Sauerland, übernehmen und gleichzeitig Gesellschafter in der Firmengruppe Grohe werden. **Dr. Rainer Knapp** (52) ist ab 1. Juni 1983 zum Geschäftsführer der Busch-Jaeger Elektro GmbH und damit zum Nachfolger von Dr. Stuchtey bestellt worden.

Hein, Lehmann kehrt zurück in die Flaute

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nach zwei Jahren Ausschüttung von je 6 Prozent auf 8 Mill. DM Aktienkapital muß die zu etwa 86 Prozent dem Arbed-Konzern gehörende Hein, Lehmann AG, Düsseldorf, für 1982 die Dividendenflagge, wie schon jahrelang bis 1979, wieder einholen (Hauptversammlung am 7. Juli). Aus vornehmlich durch Abrechnungsverschiebungen in der Sparte Stahlbau gesunkenen Umsätzen von 133 (173) Mill. DM bei der AG und 165 (207) Mill. DM im Teilkonzern bleiben bei der AG nur 0,06 (0,76) Mill. DM Jahresüberschuß, die vorgetragen werden.

Im Teilkonzern (ohne sechs kleinere Auslandsbeteiligungen) stieg der Aufwand für die auf 1475 (1451) Mitarbeiter erhöhte Belegschaft auf 81 (75,7) Prozent des auf 100 (101) Mill. DM gesunkenen Rohertrages. Den Ausgleich bis zum auch hier kleinen Gewinn von 0,08 (0,78) Mill. DM mußte vor allem ein Anstieg der betriebsneutralen Ertragssumme auf 3,1 (2,9) Mill. DM besorgen.

Fast durchweg noch flauer hat sich bei der AG in den einzelnen Sparten 1983 angelassen. Im ersten Quartal lagen der Auftragseingang um 15,9 Prozent, der Auftragsbestand von 28,1 Mill. DM sogar um 50 Prozent und die Produktionsleistung um 13,9 Prozent niedriger als vor Jahresfrist. In den Bereichen Stahlbau/Montage spüre man stark die eingeschränkte Investitionstätigkeit der öffentlichen Hände.

Preisverfall (durch neue Anbieter) gebe es nun auch in der 1982 noch florierenden Sparte Funkbau. Etwas besser ist der Markt derzeit in den Abteilungen „Hermann-Siebe", Massentrennung und Verzinkerei. Die für 1983 prophezeite Rückkehr zum AG-Umsatz von 1981 allerdings erwartet der Vorstand nur aus der nun fälligen Abrechnung von einigen größeren Stahlbauaufträgen.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Pflanzenschutzgeräte von Gloria

Weiterer Ausbau des Exports geplant

H. G. STÜWE, Wadersloh

Ein gemieteter Gartenschuppen, 13 Meter lang, war der Anfang. 650 Mitarbeiter in zwei Produktionsstätten und ein von Branchenexperten auf etwa 200 Mill. DM geschätzter Jahresumsatz – so die Gloria-Werke H. Schulte-Frankenfeld GmbH & Co. – im westfälischen Wadersloh heute.

Als Heinrich Schulte-Frankenfeld, mit 72 Jahren noch aktiver Seniorchef, im August 1945 seine „Spezialfabrik für Feuerlöschtechnik und Pflanzenschutzgeräte" gründete, mutete dieser Firmenname sicher etwas hochtrabend an. Zutreffend war er jedoch und ist es auch heute noch.

Von Anfang an spezialisierte sich das Unternehmen auf Feuerlöscher und Pflanzenschutzspritzen. In neue Gefilde wagte sich Gloria – so der Markenname – erst in den letzten Jahren: Gartenpflegegeräte wie Streuwagen und Rasenschere wurden in die Produktpalette aufgenommen.

Im Gegensatz zum konjunkturabhängigen Gartensektor weist der Markt für Feuerlöschtechnik eine kontinuierlichere Entwicklung auf. Der Grund: „90 Prozent der Feuerlöscher werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften gekauft", schätzt Wolfgang Schulte-Frankenfeld, Sohn des Firmengründers und neben seinen Brüdern Dieter und Manfred Mitinhaber. Sowohl bei tragbaren Feuerlöschern bis 12 kg als auch bei Gartensprühgeräten ist Gloria Marktführer, und zwar so unbestritten, daß die Geschäftsleitung über Marktanteile nicht spricht. Die Wettbewerber haben überwiegend eine breitere Produktpalette. Dies gilt für die unter 15 deutschen Feuerlöscher-Herstellern wichtigsten Konkurrenten Minimax, Bad Oldesloe, und Total, Ladenburg, ebenso wie für Wolf-Geräte, Betzdorf, und Gardena in Ulm als Anbieter von Gartenspritzen.

Vertrieben werden die Gloria-Produkte über 35 werkseigene oder als Handelsvertretungen geführte Verkaufsbüros mit angegliederten Auslieferungslägern. Diese beliefern nicht nur den Fachhandel, sondern auch Warenhäuser und Tankstellen (Autofeuerlöscher). Im Feuerlöscher-Vertrieb stützt sich das Unternehmen neben den übrigen Handelspartnern auf 300 Verkaufs- und Kundendienststellen. Sie sind auf vorbeugenden Brandschutz spezialisiert und übernehmen zum Teil als Franchise-Nehmer für den Hersteller Verkauf und Wartung der Feuerlöscher.

Dem Kundenkreis entsprechend ist die Werbung breit angelegt. Auf Publikumswerbung entfällt, wie Werbeleiter Ditmar Götze erläutert, bei Gartengeräten 70 bis 80 Prozent, bei Feuerlöschern etwa die Hälfte des Werbeetats. Publikums- und Fachzeitschriften werden als Werbeträger bevorzugt.

In beiden Geschäftssparten, auf die jeweils die Hälfte des Umsatzes entfällt, spürte Gloria die Rezession. Wolfgang Schulte-Frankenfeld: „Im Gartensektor hatten wir früher zweistellige Umsatzzuwachsraten, heute sind sie einstellig." Im Bereich Feuerlöschtechnik spricht man von „leichtem Umsatzwachstum" in den beiden letzten Jahren. Verstärkte Anstrengungen im Auslandsgeschäft ließen den Exportanteil auf 35 Prozent klettern bei weiter steigender Tendenz. Wenn die Entwicklung der ersten Monate sich fortsetzt, kann Gloria den Angaben zufolge 1983 sein ehrgeiziges Ziel einer zehnprozentigen Umsatzsteigerung erreichen.

Wo liegt das Erfolgsrezept eines Unternehmens, das jahrelang „sehr stolze" und im Vorjahr immerhin noch „zufriedenstellende" Erträge erwirtschaftet hat? Wolfgang Schulte-Frankenfeld zählt eine Reihe selbstverständlich klingender Dinge auf: die Qualität der Produkte, das ständige Bemühen um Rationalisierung der Fertigung, das weit verzweigte Vertriebsnetz. Und zu guter Letzt ein Punkt, der zumal in Familienunternehmen entscheidend, wenngleich selten realisiert ist: „Ältere und jüngere Generation arbeiten in der Führung hervorragend zusammen."

BRAUEREI FÜRSTENBERG / Mehr Bier nach USA

Wechselbäder beim Absatz

W. NEITZEL, Donaueschingen

Für die deutsche Brauwirtschaft war der bisherige Verlauf in der Ausstoßentwicklung dieses Jahres nach Einschätzung der Fürstlich Fürstenbergischen Brauerei KG, Donaueschingen, ein Wechselbad. Minus- und Pluszahlen wechselten in bunter Folge von Monat zu Monat. Das ganze Jahr werde nicht so laufen, wie sich dies die Branche vorstelle, meint die Geschäftsleitung dieser Premiumbrauerei, deren Ursprung auf das vor nunmehr 700 Jahren erhaltene Braurecht zurückgeht.

Bei Fürstenberg liege man allerdings erheblich besser, als dies die sinkenden Branchenzahlen bisher signalisierten, weshalb die Brauerei die weitere Entwicklung des Geschäftsjahres 1983 denn auch „mit gedämpftem Optimismus" beurteilt. Im Geschäftsjahr 1982 hat Fürstenberg seinen gesamten Getränkeausstoß um 2,5 Prozent auf 985 000 Hektoliter ausgeweitet. Die Umsatzerlöse stiegen auf 133,5 Mill. DM (plus 7,7 Prozent). Der Bierabsatz wuchs um 2 Prozent auf über 783 000 Hektoliter, während der Bundesdurchschnitt im Bierausstoß ein Plus von 1,2 Prozent auswies. Randmarken aus früheren Brauereiaufkäufen wurden gezielt um über 10 000 Hektoliter abgebaut. Auch in Zukunft hält sich Fürstenberg für Übernahmen offen.

Der Pilsanteil bei Fürstenberg hat sich auf 61 (59) Prozent erhöht, wogegen der Faßbieranteil (31 Prozent) etwas unter dem Vorjahr lag. Auch hier zeigt sich die Umstrukturierung bei den Absatzwegen. In den letzten fünf Jahren ging der Anteil der Gastronomie am Bierabsatz von 41,5 auf 36,2 Prozent zurück, über den Fachgroßhandel gingen nur mehr noch 35 (41) Prozent, dagegen stieg der Anteil des Lebensmittelhandels auf 21,2 (14,5) Prozent. Fürstenberg will seine Aktivitäten außerhalb der Südwestregion, in der rund zwei Drittel des Bieres abgesetzt werden, weiter verstärken. Auch der Export (6,4 Prozent Anteil) wird weiter forciert. Ein Drittel des Auslandsgeschäfts läuft in den USA, wo Fürstenberg zunächst mit einer Kooperation (mit Pabst) gestartet war und dort nunmehr über eine eigene Vertriebstochter operiert.

Das Ergebnis liege auf Vorjahreshöhe. Investiert wurden 16,9 (15,8) Mill. DM und abgeschrieben 15,4 (13) Mill. DM. Zum 1. August hebt die Brauerei den Bierpreis in der Region um durchschnittlich 8 Prozent an.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Biberach/Riß: Jucknies KG, Laupheim; **Bochum:** SR Reisen Studenten-Reisedienst GmbH & Co. KG; **Celle:** i. D. L.-Vertrieb von Innenausbau-Systemen GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Friedberg: Joost & Killiches oHG; **Kempten:** Dr.-Ing. Bock Bau-Betriebe GmbH.

Vergleich eröffnet: Holzminden: Gerhard Kosel, Maschinenbautechniker, Inh. d. Schiffswerft Oberweser, Bodenwerder.

Vergleich beantragt: Göttingen: Spezialdruckerei f. Schnelltrennsätze GmbH; STS Spezialdruckerei f. Schnelltrennsätze GmbH & Co. KG.

ESSO / Noch keine Lösung für die Probleme in der Sparte Chemie

Schon schlanker als die Konkurrenz

J. BRECH, Hamburg

Mit einem respektablen Ergebnis hat die Esso AG, Hamburg, das schwierige Jahr 1982 abgeschlossen. Der ausgewiesene Gewinn halbierte sich zwar nahezu auf 230 Mill. DM, doch blieb Esso selbst damit das weitaus ertragsstärkste Unternehmen der ansonsten notleidenden Mineralölbranche.

Vorstandsvorsitzender Wolfgang Oehme spricht aus Sicht des Unternehmens gleichwohl von einer drastischen Verschlechterung und bezeichnet vor allem die Ergebnisse in den Bereichen Mineralöl und Chemie „besorgniserregend". Im Mineralölgeschäft habe Esso 1982 insgesamt 670 Mill. DM verloren. Gegenüber dem Vorjahr, in dem noch mehr als 500 Mill. DM Bestandsgewinne angefallen waren, bedeute das eine Verschlechterung um rund 80 Mill. DM. Weitere 75 Mill. DM Verlust steuerte das Chemiegeschäft bei.

Den Ausgleich für diese Riesendefizite fand Esso wieder in der Sparte Exploration und Gewinnung von Öl und Gas sowie dem Vertrieb von eigenem und zugekauftem Erdgas. Aus diesem Bereich flossen der Esso rund 450 Mill. DM zu. Allerdings, so Oehme, sei auch hier das Ergebnis durch stark rückläufigen Gasabsatz und die auf 600 Mill. DM gestiegenen Förderabgaben merklich schlechter als 1981. Dem Esso-Gewinn kamen schließlich 60 Mill. DM aus der Auflösung einer Preissteigerungsrate in Höhe von 160 Mill. DM zugute. Da die Auflösung nur in der Handelsbilanz erfolgte, hat Esso rund 100 Mill. DM für künftige Steuerzahlungen zurückgestellt. Die vorzeitige Auflösung begründet Vorstandsmitglied Peter Schimöller mit einem kräftigen Abbau der Vorräte und deren preisbedingter Abwertung um rund 100 Mill. DM.

Das zwar nur aus einer Ecke gespeiste, so doch noch immer stattliche Ergebnis der Esso ist um so bemerkenswerter, als der Ölkonzern inmitten eines Anpassungsprozesses mit hohen finanziellen Belastungen steht und auf dem Weg zu einer schlankeren Form der Konkurrenz um einiges voraus ist. Nachdem Esso bereits in der Bilanz 1981 gut 105 Mill. DM für außerordentliche Aufwendungen zurückgestellt hatte, bildete der Konzern im Berichtsjahr nochmals fast 200 Mill. DM an Rückstellungen zu Lasten des Ergebnisses. Sie stehen in Zusammenhang mit der Stillegung der Raffinerie in Köln und personellen Maßnahmen im Zuge der Straffung der gesamten Organisation. Für Sozialpläne und vorzeitige Pensionierung hat Esso allein 127 Mill. DM zurückgestellt.

Die Schlankheitskur werde intensiv fortgesetzt, betont Oehme. Durch die Stillegung der Raffinerie in Köln hat Esso ein Viertel der Kapazitäten weggeschnitten. Der im Bau befindliche Coker in der Raffinerie Karlsruhe, der Anfang 1984 in Betrieb geht, wird dafür sorgen, daß die Esso schweres Heizöl aus eigener Verarbeitung ab 1984 nicht mehr auf dem Inlandsmarkt anzubieten braucht und damit eine üppige Verlustquelle stopft. Kosten von rund 150 Mill. DM pro Jahr spart die Esso durch die weitgehend erfolgte Straffung der Organisation und deren Konzentration auf das Stammhaus in Hamburg. Verbunden mit der gesamten Reorganisation ist ein Abbau der Belegschaft um etwa 20 Prozent oder 1330 Mann. Im Bereich der Tankstellen kündigt Oehme bis 1985 eine Reduzierung der Stationen von jetzt gut 2650 auf weniger als 2000 an.

Keine Lösung hat Oehme bislang für die Probleme in der Chemie. Gegenwärtig, so Oehme, werden eine Reihe von Alternativmöglichkeiten geprüft. Eine Entscheidung, nach der gerüchteweise die gesamte Esso Chemie GmbH zur Disposition stehen soll, gibt es nach den Worten von Oehme nicht.

Begleitet wird der tiefgreifende Anpassungsprozeß bei Esso von einem immensen Investitionsprogramm. Nachdem 1982 in der Gruppe 662 Mill. DM eingesetzt worden sind, sollen 1983 rund 750 Mill. DM investiert werden. Alle Maßnahmen reichten freilich nicht aus, erklärt Oehme, um den Bereich Mineralölverarbeitung und Vertrieb auf Dauer wieder rentabel zu machen. Dazu seien auch nachhaltige Verbesserungen der Erlöse notwendig. Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1983 bestätigt, daß sich Esso trotz aller Maßnahmen auf der Kostenseite im Ölgeschäft nicht freischwimmen kann. Nach Angaben von Schimöller haben sich Tonnenverluste von 45 DM bis Ende Juni auf einen Gesamtverlust von rund 300 Mill. DM summiert, der auch nicht mehr durch andere Erträge auszugleichen sei. Das Gesamtergebnis der Esso betrage zur Jahresmitte plus/minus null.

Esso	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)	20 853	+ 1,2
Absatz		
Mineralöl (Mill. t)	14,9	– 2,6
Erdgas (Mrd. cbm)	7,2	– 13,3
Belegschaft	4 508	– 1,8
Jahresüberschuß	230	– 43,3
in % v. Nettoums.	1,3	(2,6)
Investitionen	662	+ 13,4
Brutto-Cash-flow	500	– 54,6

EASTMAN KODAK

Impulse durch Disc-Kamera

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Fotoriese Eastman Kodak Company, Rochester/USA, sieht das Jahr 1983 als ein Jahr des Übergangs, der Vorsicht und des sorgfältigen Managements. Es werde mit einem weiteren Umsatzwachstum gerechnet, doch könne man realistischerweise einen gleichlaufenden Anstieg der Gewinne nicht voraussagen.

Trotz schwieriger Wirtschaftslage in wichtigen Abnehmerländern hat Eastman Kodak in 1982 den Umsatz weltweit um fünf Prozent auf 10,82 Mrd. Dollar erhöht. Als besonders wachstumsfreudig erwies sich dabei die Foto-Division, die ihren Umsatz um 8 Prozent auf 8,94 Mrd. Dollar ausbaute.

Wesentlichen Anteil daran hatten die anhaltenden Umsatzerfolge auf dem Gebiet der Ektaprint-Kopiergeräte sowie die brillante Markteinführung des neuen Disc-Kamerasystems im Frühjahr. Bis zum Jahresende wurden von Rochester über 8 Mill. Disc-Kameras ausgeliefert, darüber hinaus wurden weltweit 850 Fotofinisher-Stationen für die neue Disc-Technik umgerüstet. In der für die Branche wichtigen Zeit nach dem Weihnachtsfest sind allein in den USA bereits 15 Prozent aller von den Finisherbetrieben bearbeiteten Filme solche im Disc-Format gewesen.

Von der Rezession betroffen war die Chemie-Division von Eastman Kodak, deren Umsatz um 8 Prozent auf 2,15 Mrd. Dollar zurückging. Insgesamt rückläufig war auch die Ertragsentwicklung des Konzerns. Der Nettogewinn nahm um 6 Prozent auf 1,16 Mrd. Dollar ab, doch wurde eine auf 3,55 (3,50) Dollar erhöhte Dividende pro Aktie ausgeschüttet.

BAUSPAREN

Belebung seit November

VWD, Mainz

Seit November 1982 spürt die Mainzer Bausparkasse AG eine deutliche Geschäftsbelebung. In den ersten fünf Monaten 1983 hat das Mainzer Institut Steigerungsraten von 10,5 Prozent beim eingelösten und von 17,5 Prozent beim abgeschlossenen Neugeschäft erzielen können.

Im schwierigen Bausparjahr 1982 hat sich das Mainzer Institut – gemessen am Branchen-Rückgang im eingelösten Neugeschäft von 20,1 Prozent – noch recht gut behauptet. Die Mainzer mußten bei 27 748 (Vorjahr: 34 964) neuen Verträgen mit 1,36 (1,60) Mrd. DM Bausparsumme nur ein Minus von 15 Prozent hinnehmen. Das abgeschlossene Neugeschäft verringerte sich sogar nur um etwa zwei Prozent infolge der hohen Abschlüsse in den beiden letzten Jahresmonaten, deren Einlösung häufig mit mehreren Monaten Verzögerung erfolgt. Rund 40 Prozent der Neuverträge wurden zu dem neuen Alternativ-Tarif abgeschlossen. Der gesamte Spargeldeingang (inklusive Prämien) verringerte sich um 2,1 Prozent auf 404,3 Mill. DM, während die herausgelegten Baudarlehen insgesamt noch auf 1,89 (1,76) Mrd. DM zunahmen.

Der Ertrag ist 1982 sogar höher ausgefallen als im Vorjahr. Die Bausparkasse hat dabei wegen der auf 306 (236) Mill. DM gestiegenen Zwischenkreditgewährung von der Hochzinsphase profitiert. Aus dem mit 10,54 (9,94) Mill. DM erhöht ausgewiesenen Jahresüberschuß werden nach einer Rücklagendotierung von 6,5 Mill. DM wieder elf Prozent Dividende verteilt.

Bundesanleihen

		27. 6.	24. 6.

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		27. 6.	24. 6.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1G	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	101,4G	101,4
7½ dgl. 72	2/84	100,6G	100,6
8 dgl. 72	9/84	101,65	101,65G
8¼ dgl. 76	9/84	101,9	101,9
6 dgl. 78 III	11/84	99,2bG	99,2bG
6½ dgl. 79	2/85	99,2G	99,2G
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl. 77	2/87	97,9	97,9

Bankschuldverschreib.

	27. 6.	24. 6.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99,1G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 106	103,5G	103,5G
10 dgl. Pf 108	108,75G	108,75G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99G	99G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Renten gut behauptet

Die Aussichten auf einen Rückgang der Zinsen für kurzfristige Kredite in den USA hat am deutschen Rentenmarkt die Stimmung verbessert. Wenn sich auch die vorbörslich freundliche Tendenz während der Börsenzeit nicht überall durchhalten ließ, so überwogen am Wochenbeginn doch eindeutig die Kursheraufsetzungen. Nur in wenigen Fällen wurden die Notierungen im öffentlichen Bereich noch bis zu 0,10 Prozentpunkte zurückgenommen. Die jüngste 8prozentige Niedersachsenanleihe wurde zu ihrem Emissionskurs von 99 Prozent in den amtlichen Handel eingeführt.

	27. 6.	24. 6.
M 5½ Bayer. Hdbk. Pf 14	90,25bG	90,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	94,25bG	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,5bG	94,5bG
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 14	95,25bG	95,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	27. 6.	24. 6.
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3G
6 dgl. Pf 42	99,6	99,8
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	69,5G	69,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	79,5	79,5G
6 dgl. Pf 130	90,45G	90,45G
6½ dgl. Pf 133	88,5G	88,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G

	27. 6.	24. 6.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,9G	97,9G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,2G
M 8 Südboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	76G	76bG
6½ dgl. Pf 143	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 87	83,5G	83G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95G
7 dgl. KS 49	92G	93G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	98,5G	98,5G
8½ dgl. KS 132	101,25	101,25G

Wandelanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Leicht bis bruchteilig fester schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Deutlichere Gewinne als die Edelmetalle konnte Kupfer verbuchen. Uneinheitlich ging Kaffee aus dem Markt. Etwas zurückgenommen wurde Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	24. 6.	23. 6.
Juli	347,00	349,25
Sept.	358,00	360,00
Dez.	372,50	374,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	24. 6.	23. 6.
St. Lawrence 1 CW	229,86	231,06
Amber Durum	236,21	237,81

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	24. 6.	23. 6.
Terminkontr. Juli	124,75	124,60
Sept.	125,15	125,25
Dez.	125,25	125,11
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2259	2270
Sept.	2301	2315

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Kräftiger Auftrieb bei den Aktien

Ausländer verstärkten ihre Anlagetätigkeit

DW. – Am Wochenbeginn setzten ausländische Anleger ihre Käufe am deutschen Aktienmarkt verstärkt fort, dabei kam es teilweise zu zweistelligen Kurssteigerungen, so bei BMW und Allianz Versicherung. Hintergrund der Aktivitäten sind die Erwartungen auf eine Wiederbefestigung der DM gegenüber dem Dollar. Als Kaufgrund wird aber auch der von der Bundesbank konstatierte konjunkturelle Aufschwung genannt. Dies kommt vor allem den Elektro- und Maschinenbauaktien zugute. Lebhafte Umsätze zu steigenden Kursen gab es aber auch in den Papieren der Großchemie. Am Bankenmarkt wurden die Aktien der Deutschen Bank eindeutig bevorzugt.

Düsseldorf: Die Börse war nach ruhigem Verlauf überwiegend freundlich. So schlossen Audi NSU um 5,50 DM fester und Balcke Dürr um 7 DM fester. DAT erhöhten um 10 DM und Dyckerhoff St. um 9 DM. Nachgeben mußten Keramag um 4 DM und Pegulan St. um 3 DM.

Frankfurt: Bei doppelter Plusankündigung konnten sich Hapag Lloyd um 8,50 DM auf 47 DM verbessern und damit den Vorwochenverlust voll ausgleichen.

Hamburg: Orenstein und Koppel gingen zu 230 DM (plus 2 DM) aus dem Markt. Flensburger Schiffbau mußten mit 155 DM und Beiersdorf mit 344,50 DM bezahlt werden.

Berlin: Berliner Kindl, Berthold und Kempinski konnten sich um je 2 DM und DUB-Schultheiss um 2,50 DM verbessern. Herlitz Stämme lagen um 3 DM freundlicher.

Nachbörse: freundlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Optionshandel

Frankfurt: 27. 6.: 819 Optionen, 43 850 (48 350) Aktien, davon 71 Verkaufsoptionen: 3850 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-75/2,50, 10-75/7, 10-80/5,40, 10-85/4, 1-80/8,70, 1-90/4,10, Siemens 7-310,05/32,25, 7-328,05/21, 7-330/20, 7-338,05/10,60, 7-370/1,80, 10-340/21,80, 10-350/18, 10-360/9,20, 1-338,05/35, 1-350/24,20, 1-350/15, 1-380/8, Veba 10-170/4,50, 1-160/14, BASF 10-150/6,50, 10-160/4, 1-150/9, 1-160/6, 1-170/4, Bayer 7-140/3, 10-140/6,60, 10-150/4,50, 1-130/16, 1-140/10, 1-150/5,90, Hoechst 7-140/6,50, 10-134,50/13,60, 10-140/8,70, 10-150/4,20, 1-140/14, 1-150/8,60, 1-160/4,30, BMW 7-300/80, 7-310/70, 7-340/42, 7-350/32, VW 10-160/40, 10-190/10,40, 10-200/7,40, 1-180/27,20, 1-190/17,90, 1-200/10,60, 1-220/6,30, 1-230/5, Conti 7-85/20, 7-95/9,60, 1085/27, 10-90/26, 10-95/14, 10-100/10,80, 10-110/3,50, 1-90/30, 1-95/14,15, 1-100/13, 1-110/7, 1-120/4,40, Commerzbank 10-190/10, 1-100/13, 1-110/7, 1-120/4,40, Commerzbank 10-190/10, 1-190/16, 1-200/10,60, 1-210/8, 1-220/5,80, 10-200/6,30, Deutsche Bank 7-330/4,30, 10-320/21, 10-350/5,50, 1-330/31, 1-340/21, 1-370/4,60, Dresdner Bank 10-190/9,60, 10-200/6,10, 1-190/14,90, 1-210/8, Hoesch 7-50/2,50, 10-50/6,50, 10-55/4, 1-50/8,50, 1-55/6,70, 1-60/3,95, 1-65/2,60, Mannesmann 10-160/7, 1-160/10,60, 1-170/5,05, Preussag 7-240/32, Thyssen 10-85/4,50, 10-90/2,20, 1-85/7,50, 1-95/2,90, 1-100/2,40, Bay Hypo. 10-320/8,50, BEWAG 1-100/9,60, BBC 10-210/6, Daimler 1-580/29,20, Deutsche Babcock Vorzüge 7-160/2, 1-170/6, Degussa 10-330/30, 1-360/22, GHH 10-180/10, Harpener 1-280/40,30, Kali + Salz 10-190/12,40, Karstadt 7-340/16, Klöckner 10-45/2,40, 1-45/4,80, 1-50/2,60, Mercedes 7-480/30, RWE 1-170/15,25, 1-180/7, RWE Vorzüge 10-180/4, 1-180/7, Schering 1-360/24,20, Chrysler 7-70/18, 10-85/11, 1-75/20,20, 1-85/15, 1-90/9,80, Litton 10-190/12, 1-180/15,15, Sperry Rand 10-95/8,80, 10-100/8, 1-100/8,40, Sony 1-40/5,40, Philips 10-50/3,80, 1-45/7,80, 1-50/4, Royal Dutch 10-120/5,10, Elf Aquitaine 1-55/6,40, Norsk Hydro 1-150/14. Verkaufsoptionen: AEG 10-75/3, 10-80/7, 1-70/2, 1-75/7, 1-80/8, Siemens 10-350/10,60, 1-350/19,40, Hoechst 10-140/2, BMW 10-350/5, VW 10-180/3, Conti 1-85/4, Lufthansa Vorzüge 10-110/3,90, Dresdner Bank 10-190/10,90, Hoesch 10-55/2,70, Mannesmann 1-160/10,50, Thyssen 10-80/1,50, 1-80/3,30, Bhf-Bank 10-280/5,40, GHH 10-170/8,40, Karstadt 10-280/10, Klöckner 10-45/

(1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

	Ankauf	Verkauf
Gesetzliche Zahlungsmittel*)		
20 US-Dollar	1370,00	1661,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1140,00	1341,90
5 US-Dollar (Liberty)	305,00	666,70
1 £ Sovereign alt	263,00	314,14
1 £ Sovereign Elizabeth II	241,00	294,93
20 belgische Franken	178,00	235,04
10 Rubel Tscherwonez	260,00	322,05
2 südafrikanische Rand	243,00	297,19
Krüger Rand, neu	1077,00	1262,21
Maple Leaf	1077,00	1262,21
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	249,00	315,27
20 schweiz. Franken „Vreneli"	212,00	267,81
20 franz. Franken „Napoléon"	209,00	264,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	997,00	1194,41
20 österr. Kronen (Neuprägung)	202,00	250,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	135,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	463,00	562,74
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	145,77

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 6. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs⁴)	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York[2])	2,5120	2,5200	2,4869	2,47	2,56
London[1])	3,883	3,897	3,847	3,82	3,97
Dublin[1])	3,141	3,155	3,084	3,11	3,25
Montreal[3])	2,0428	2,0508	2,0257	2,01	2,10
Amsterd.	89,130	89,350	89,185	88,50	90,50
Zürich	121,040	121,340	121,14	119,50	122,25
Brüssel	4,991	5,011	4,946	4,86	5,08
Paris	33,170	33,330	32,49	32,25	34,25
Kopenh.	27,710	27,830	27,58	27,00	29,00
Oslo	34,685	34,805	34,088	34,00	35,75
Stockh.**)	33,070	33,230	32,81	32,75	34,50
Mailand[2]) **)	1,682	1,692	1,641	1,65	1,75
Wien	14,173	14,213	14,198	14,09	14,32
Madrid**)	1,752	1,762	1,667	1,74	1,86
Lissabon**)	2,185	2,205	2,065	1,85	2,75
Tokio	1,0585	1,0615	—	1,01	1,07
Helsinki	45,660	45,880	44,81	45,25	47,00
Buen. Air.	—	—	—	—	32,50
Rio	—	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	2,954	3,008	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,2005	2,2185	—	2,14	2,27
Johannesbg.*)	2,2980	2,3170	—	1,80	2,05

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire, [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der mit 3,2 Mrd. Dollar stärker als erwartet ausgefallene Rückgang der Geldmenge M1 führte am 27. 6. zunächst zu schwächeren Dollar-Kursen bis 2,5060. Am Nachmittag wurde der Dollar schließlich wieder 1 Pf höher mit 2,5160 gehandelt aufgrund permanent vorhandener kommerzieller Nachfrage. Die Bundesbank verkaufte zum amtlichen Preis von 2,5160 18,1 Mill. Dollar. Während die Pfund-Nachfrage abebbte und ein Rückgang auf 3,890 stattfand, zog der Schweizer Franken weiter an und erreichte mit 121,14 den höchsten Stand seit dem 7. 2. dieses Jahres. Fest notierte auch die norwegische Krone mit 34,745. Die übrigen Währungen wiesen kleine Veränderungen in beiden Richtungen auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,8210; Brüssel 50,3725; Paris 7,6005; Mailand 1491,95; Wien 17,7140; Zürich 2,0769 fr. Pfund/DM 3,148. Pfund/Dollar 1,5461.

Ostmarkkurs am 27. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die günstige Entwicklung der Geldmenge M1 brachte am 27. Juni keine Bewegung in die Dollar-Zinssätze. Die Deports wurden nahezu unverändert gehandelt. Pfund-Deports notierten enger.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 6.: Tagesgeld 5,0–5,01 Prozent; Monatsgeld 5,2–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 27. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–7,50 (5,77)–8,50 (6,38)–9,00 (6,83)–9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,50 (6,49)–9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,87. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,75.

Weiber-art, Weiberart

epl. – Es läßt sich schwer vorstellen, Käthe Kollwitz, Paula Modersohn-Becker und die schöne Suzanne Valadon hätten sich in einem Club kunstbeflissener Damen kennengelernt. Ziemlich absurd wäre überdies der Gedanke, diese Künstlerinnen hätten im Rahmen einer „Fédération Internationale Culturelle Féminine“ gemeinsam ausgestellt.

Auch heutzutage bleiben Künstlerinnen ihrer Kategorie offenkundig dergleichen Veranstaltungen fern. Das beweist die Ausstellung der „F. I. C. F.“ in Bitburg. Mehr als hundert Künstlerinnen aus dreizehn Nationen (von denen nicht wenige allerdings in der Bundesrepublik beheimatet sind) haben hier, im Haus Beda, ihre Bilder, Plastiken und Teppiche zu einem bunten Basar zusammengetragen; man könnte sich die gleiche Ansammlung genausogut in einem Kaufhaus vorstellen, vermutlich sogar mit Verkaufschancen.

Das ist alles recht gefällig und talentiert: ein bißchen verspäteter Impressionismus, ein bißchen domestizierter Expressionismus, ausgelaugter Kubismus, dekorativer Konstruktivismus und ornamental verflachter Surrealismus, ein bißchen Max Ernst oder Botero und dazwischen, nicht ohne spürbare Raffinesse, die naive Masche. Das gefällt vielen und ist daher, dem Volksmund gemäß, erlaubt. Im Grunde wäre dagegen auch gar nichts einzuwenden, auch nicht gegen die Präsentation im Haus Beda, das sich größtenteils einer unproblematischen, volkstümlich-unterhaltsamen Kunstdarbietung verschrieben hat.

Nur der repräsentative Aufwand, der damit getrieben wird, der unhaltbare Anspruch, das „internationale“ Brimborium mit Betonung des Weiblichen, mit dem es verbrämt wird, stört und irritiert. Der Besucher der Ausstellung fragt sich, warum sich Frauen international für eine derart belanglose Darbietung organisieren, und auch, wozu eigens ein amtierender Kultusminister und ein „Kulturkritiker“ im Ehrenkomitee figurieren müssen. Weiberart oder Weiber-art?

Dresdner Musikfest: Kunad-Uraufführung

Humanität à la Herder

Die zeitgenössische Musik nahm von Anfang an innerhalb des Dresdner Musikfestes einen erfreulich hohen Stellenwert ein. Gewiß, viel Zeitgenössisches läuft auch hier ein wenig am Rande der zentralen Ereignisse mit, erreicht in Kammermusikabenden, Diskussionskonzerten und ähnlichem nur ein relativ kleines Publikum von interessierten Spezialisten, aber es gab eben auch in jedem Jahr die Hörer mehr oder weniger beeindruckende, große Uraufführungen.

So auch jetzt mit Rainer Kunads Oratorium „Stimmen der Völker“. Das Werk ordnet sich ein in eine Reihe vokalsinfonischer Kompositionen. Man darf wohl im Zusammenhang mit diesem Oratorium vom Abschlußstein eines großangelegten Zyklus sprechen, kreisen doch alle vier Werke dieser Gruppe um wesentliche Gedanken, Probleme und auch Ängste unserer Zeit. Musikalisch ist vielleicht der auffälligste gemeinsame Nenner die radikale Vereinfachung, der Kunad seine musikalischen Sprachmöglichkeiten unterzieht, wohl um dadurch seinem im Werk artikulierten Anliegen einen direkteren Zugang für ein möglichst breites Publikum zu eröffnen. Diese angestrebte und auch erreichte Einfachheit entartet bei Kunad glücklicherweise nie zu Simplizität, zu Beifallshascherei, sondern die Zeitgenossenschaft des Musikers bleibt immer deutlich, auch dort wo er scheinbar nur vertraute Bahnen des Überlieferten geht.

Kunad hat für sein Oratorium Verse aus Herders berühmter Liedsammlung „Stimmen der Völker in Liedern“ zu vier inhaltlich determinierten Blöcken zusammengestellt, denen gliedernd und singgebend als Intermedien Texte aus den „Briefen zur Beförderung der Humanität“ zugeordnet werden. Liebe und Leid, Leben und Streben, die Problematik menschlichen Zusammenlebens und der Friedenssehnsucht – diese ewigen Motive jeder Volksdichtung geben den Inhalt, der durch die Kraft der musikalischen Gestaltung zeitnah wird. Eine dankbare Aufgabe für jeden Chor, vor allem für jeden leistungsfähigen Laienchor. Für einen solchen, den Dresdner Beethovenchor, der auf eine hundertjährige Tradition zurückblicken kann, hat Rainer Kunad das Werk letztendlich auch komponiert.

Natürlich gab es auch diesmal in den knapp drei Wochen eine Fülle musikalischer Darbietungen, darunter eine ganze Reihe Leckerbissen, sowohl aus der eigenen Dresdner Küche wie auch durch reizvolle Gastspiele. Zu nennen wäre da der glanzvolle Auftritt des NBK Orchestra Tokio unter Hiroyuki Iwaki oder das ausschließlich französische Musik präsentierende Orchestre de Lyon unter Serge Baudo. Unter den Operngastspielen ragte der Auftritt der Budapester Staatsoper mit Giuseppe Verdis „Lombarden“ heraus.

Das „Luther-Jahr“ warf seine Schatten natürlich auch auf Dresden, und man konnte in mehreren Konzerten Musik der Reformationszeit, in vorzüglicher Qualität vom Dresdner Kreuzchor, der Capella Fidicinia Leipzig und einer Reihe von Solisten mit Peter Schreier an der Spitze dargeboten, erleben. Wenn auch dem diesjährigen Musikfest in Dresden vielleicht das ganz große internationale Spitzenereignis fehlte, die Dresdner Konzeption, ein möglichst breites musikalisches Panorama zu bieten, ging auch diesmal auf und lockte das Publikum wie eh und je.

PETER STAMS

Who's Who der internationalen Photographie

Die Sekunde entscheidet

Auf die Frage, wo bei der Fotografie die Kunst anfängt, läßt sich dieser Band gar nicht erst ein. Ihn interessiert nicht, ob manche den Reporter einer minderen Gattung des Gewerbes zurechnen und nur in dem mit Fotografien hantierenden Künstler das wahre Ideal sehen. Ed Ruscha, Ben Shahn, Wols oder Andy Warhol sind hier genauso wie Steichen und Stieglitz, Umbo und Snowdon, Capa und Chim vertreten. Das Herausgebergremium einigte sich auf die Formel „Fotografen von internationalem Ansehen“, womit die Streitigkeiten um die Kunstfähigkeit der verschiedenen fotografischen Genre umgangen waren. Nur die wissenschaftliche Fotografie blieb ausgeklammert (sieht man von Karl Blossfeldt ab).

Rund 650 zeitgenössische Fotografen registriert der Band „Contemporary Photographers“, herausgegeben von George Walsh, Colin Naylor und Michael Held (Macmillan Publishers, London, 837 S. mit zahlr. Abb., 45 Pfund). Dabei spannt sich der Bogen von den Magnum-Fotografen (u. a. Robert Capa, Henri Cartier-Bresson, David Seymor-Chim) über die neue deutsche Autorenfotografie (André Gelpke, Andreas Müller-Pohle, Verena von Gagern u. a.) bis zu den Nachfahren der kameralosen Fotografie eines Man Ray oder Christian Schad (Floris M. Neusüss z. B.).

Der voluminöse Band ist jedoch mehr als nur ein biographisches Lexikon, auch wenn er zuerst ordentlich den Lebenslauf, die wichtigsten Einzel- und Gruppenausstellungen sowie Publikationen von und über den Fotografen registriert und dazu meist ein Foto stellt, daß der Fotograf selbst oder der Autor, der ihn in einem kurzen Essay charakterisiert, für typisch hält. Denn hier bekommt, wer selbst etwas über seine Art zu fotografieren sagen will, dafür ausreichend Platz eingeräumt.

Manche nützen das extensiv wie Felix H. Man, der die Anfänge der Fotoreportage in den zwanziger Jahren, die er wesentlich mitgestaltet hat, rekapituliert. Andere begnügen sich mit einem Satz wie „Ich bin Journalist“ (Robert Lebeck) oder „Ich spreche niemals über Fotografie. Ich mache sie.“ (Vitaly Butyrin). Bei einigen klingt noch immer der Minderwertigkeitskomplex gegenüber den alteingesessenen Künsten durch: „Ich schäme mich nicht, ein Fotograf zu sein“ (Edouard Boubat). Aber die meisten sind sich und ihres Metiers sicher.

Die Summe der Biographien macht bewußt, wie viele Fotografen das Land ihrer Geburt verließen und eine andere Staatsangehörigkeit annahmen. Eine gewisse Heimatlosigkeit bewahrt offenbar vor optischen Konventionen, läßt das Auge leichter im Gewohnten das Ungewöhnliche entdecken.

Eine andere Besonderheit ist der verhältnismäßig hohe Anteil von Frauen (mit Ausnahme der rein maskulin repräsentierten Sowjetunion und Japans). Darunter sind Reporterinnen genauso wie „Foto-als-Kunst“-Anhängerinnen. Auch in ihren Auffassungen unterscheiden sie sich kaum von den Männern. Da gibt es Frauen, für die das Foto ein Mittel der Selbsterkundung ist („Ich suche in anderen Menschen mein eigenes Heimweh zu entdecken“, Graciela Iturbide), der emotionalen Kommunikation („Meine Bilder sind Nachrichten an die Menschen, die sehen können und die, wenn sie meine Bilder betrachten, Fühlung mit mir aufnehmen“, Erika Kiffl), der Welterkundung („Mein Werk bewegt sich zwischen Fakten und Fiktionen“, Barbara Astman) oder der reinen Dokumentation.

Zugleich ergibt sich aus den Äußerungen der Fotografen ein interessantes Spektrum der Theorien über die Fotografie. Das reicht von der treffenden Definition eines guten Fotos bei Henri Cartier-Bresson („ein Foto, auf das man länger als eine Sekunde schaut“), über die Grenzen des Experiments in diesem Medium („Die Tendenzen, mit denen wir gegenwärtig experimentieren, existieren praktisch seit der Erfindung der Fotografie“, Fritz Henle), bis zu dem Grundproblem jeglicher Kunst („Ein Foto zu schaffen, das Originalität besitzt, ein Gefühl vermittelt, das niemand zuvor ausgedrückt hat, ist genauso schwierig wie für einen Maler ein Bild zu malen, das neue Ideen ausdrückt“, Gisèle Freund).

Ein Buch nicht nur zum Nachschlagen, sondern auch zum Nachdenken.

PETER JOVISHOFF

Vier Jahrhunderte Design: Frankfurter Museum für Kunsthandwerk zeigt „Ornament und Entwurf“

Sey es Grotesque oder sey es Mode

Ein reicher Nürnberger Bürger wollte im Jahre 1560 ein prächtiges Geschenk machen. Also ging er zu einem Silberschmied, um zu sehen, was der Mann zu bieten hatte. Der legte ihm das Neueste vor: einen nur zwei Jahre alten Kupferstich, 1559 in Basel von Jacob Hagenbach und Daniel Buchwald veröffentlicht, das Modernste und Beste. Die beiden wurden handelseinig, nur der Deckel des Prunkpokals sollte etwas gewölbter werden. Der Silberschmied machte sich an die Arbeit, und wir können sowohl die Baseler Vorlage als auch den Nürnberger Prunkpokal im Frankfurter Karmeliterkloster bewundern; dort zeigt zur Zeit das Museum für Kunsthandwerk eine Ausstellung „Ornament und Entwurf“.

Design also schon im 16. Jahrhundert? War der Silberschmied nicht in der Lage, einen prächtigen Pokal zu entwerfen? Gegenfrage: Wieso soll jeder geschickte Handwerker auch ein kreativer Künstler sein? Das ist heute nicht anders als damals. Nicht jeder Goldschmied ist ein Cellini, und nicht jeder Bildhauer oder Maler gibt sich mit künstlerischem Gebrauchsgut und Tapetenentwürfen ab. Der normale Kunsthandwerker braucht Vorbilder und Vorlagen.

Vor der Erfindung der Vervielfältigung minutiöser Zeichnungen durch Eisen- und Kupferstich mußten die Kunsthandwerksburschen in ihrer Wanderzeit die besten Arbeiten ihrer zeitweiligen Meister in Skizzenbüchern festhalten, um einen Formenschatz nach Hause zu bringen. Mit dem Aufkommen des Kupferstichs wurden Einzelblätter und ganze Bücher von kreativen Kunsthandwerkern und von Malern und Bildhauern als Nebenerwerbsquelle veröffentlicht und sofort international gehandelt. Nunmehr konnte ein Handwerker das Beste und vor allem das geschmacklich Modernste aus ganz Europa in seiner Werkstatt bereithalten. Und daher konnte der Nürnberger Silberschmied seinem Kunden ein hervorragendes Muster auf der Höhe des internationalen Zeitstils vorlegen. Derartige Vorlagen und ihre Realisierung finden sich noch öfter in der Ausstellung, z. B. eine Mutter mit Kind und ihre Wiedergabe auf einer Höchster Porzellan-Teedose, oder eine Idylle „Freude in Friedenszeit“ und dieselbe Szene als Elfenbein-Einlegearbeit in einer Tischplatte.



Handreichungen für den Kunsthandwerker: „Maske im Knorpelstil“ von Friedrich Unteutsch, aus dem „Neuen Zieratenbuch“ (um 1650) FOTO: KATALOG

Es geht also um Design für alle möglichen Zwecke. Und von solchen Vorlagen besitzt das Frankfurter Museum Einzelblätter und ganze Bücher aus vier Jahrhunderten. Der Grundstock stammt von den Gebrüdern Linel, die ihre Sammlungen 1892 und 1916 der Stadt vermacht haben. Die Sammlung wurde gezielt aufgestockt und umfaßt heute rund 3000 Stücke.

Gewiß, auch bedeutende Künstler waren sich nicht zu gut für derartige Arbeiten, es finden sich Entwürfe von Dürer, Altdorfer (von dem übrigens der Stil für Prunkpokale der damaligen Zeit in Wirklichkeit herstammt), Watteau, Fischer von Erlach und Thomas Sheraton. Die beiden letzten allerdings zeigen ihre verwirklichten Arbeiten, Sheraton seine Innenarchitektur für Prominente zwecks Reklame.

Im großen und ganzen handelt es sich jedoch um (meist sehr gute) Zeichner, die für Verleger arbeiteten. Die häufigste Berufskombination ist „Architekt, Zeichner und Kupferstecher“, so Jean Bérain, der beim französischen König im Dienst stand. Aus allen aber ist der sichere jeweilige Zeitstil abzulesen und die Ornamentik als barockmanieristisch usw. zu klassifizieren.

Selbstverständlich wurden nicht nur Ornamente, sondern auch Gesamtentwürfe angeboten, von Juwelengehängen (ganz herrliche von dem niederländischen Goldschmied P. R. K.) über Prunkbetten, Zimmereinrichtungen, Architektur bis zur Gartengestaltung. Eine majestätische barocke Gartenanlage von Daniel Marot mit beschnittenen Heckenwänden, die wie eine Festung wirken, wurde tatsächlich in England realisiert.

Das älteste Stück stammt von Daniel Hopfer (1510), das jüngste von Georg Rehlender (1890) aus einem Buch, das angepriesen wurde als „Formenschatz für Architekten, Bildhauer, Modelleure, Stukkateure, Holz- und Elfenbeinschnitzer, Vergolder, Gold- und Silberarbeiter, Graveure, Cieseleure, Lithographen, Formschneider, Musterzeichner, Porzellan- und Glasmaler, Glasätzer, Decorationsmaler, Xylographen, Kunstgewerbe- und Handwerkerschulen“. Vierhundert Jahre lang immer der gleiche Zweck: Verwendung für alle Arten von Kunsthandwerkern.

Aber wie es so geht mit dem Design, es gibt auch abstruses Zeug. Und so zitiert denn der Katalog ironisch einen Kritiker von 1759: „Ist es denn also nöthig, eine Sache mit lauter Hirngespinsten zu verzieren, mit Dingen, die in der Welt nicht zu finden sind, oder die sich nicht schicken? Und da ein jeder Verständiger, der da fraget, was es denn eigentlich vorstellen soll, sich mit der Antwort begnügen muß: es sey Grotesque, Arabesque, a la chinoise oder en Gout barroque, kurz um, es sey Mode.“

Ganz so dumm war der Mann denn doch nicht. Die großen Condotieri- und Fürstenhäuser ließen sich ihre Zimmer von den ersten Malern der Zeit ausmalen und einrichten, und dort hätte unser Kritiker keine seiner Fragen zu stellen brauchen. Immerhin haben auch die Kleineren viel Gutes und Schönes geliefert, wie man in der Ausstellung sehen kann.

Der Katalog, der alle Beispiele abbildet, ist lehrreich und enthält auch ein Glossar, worin Fachausdrücke wie Beschlagwerk, Rollwerk, Knorpelwerk u. v. a. erklärt werden, mit denen wir hier die Leser nicht verblüffen wollen. (Bis 14. Aug.; Katalog 20 Mark)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Was die New Yorker aus dem Häuschen treibt: Julian Schnabel und die Chuzpe in seinen Bildern

Der Mann, der gerne hinter dem Teppich bleibt

Mit 32 kann er nicht nur auf eine stattliche Anzahl von Solo- und Gruppenausstellungen, sondern auch auf viele Seiten Sekundärliteratur über seine Person und sein Werk hinweisen. Julian Schnabel, das New Yorker „Wunderkind“, ist inzwischen ein Phänomen, geadelt durch das Adjektiv „schnabelesk“, das neulich eine amerikanische Kunstzeitschrift als Synonym für den bombastisch-heroischen und zugleich humorvollen, expressionistischen Mal-Stil des jungen Künstlers prägte.

Zwischen Schnabels gewichtiger malerischer Geste, den dick aufgetragenen Farben und schamlos allegorischen Anspielungen und der Stadt New York bestehen gewisse Affinitäten. Was Schnabel tut – er betitelte z. B. kürzlich eines seiner Werke „Portrait of God“ – heißt zu gut New-York-Jüdisch „Chutzpah“. Und New York liebt nun mal Chutzpah, und demgemäß auch Julian Schnabel. Der Junge aus Brooklyn, der nach einem kurzen Ausflug nach Texas, wo er aufwuchs, wieder nach New York zurückkehrte und dort berühmt wurde, ist die zeitgenössische Version der klassischen amerikanischen „Success Story“.

Nach einer eher gedämpften, von der Kritik recht kühl aufgenommenen Show bei Mary Boone im Herbst 82, wo Schnabel ruhige, erdfarbene Arbeiten zeigte, wurden dann bei Castelli alle Register seines überschwenglichen Temperaments gezogen. Zunächst einmal überwältigte die schiere Anzahl und Größe des Angebotenen: Da hingen 20 riesige Ölgemälde, und dazwischen waren Schnabels Skulpturen installiert, amphorenförmige Bronzekolosse, die die geheimnisvolle Gelassenheit ägyptischer Mumien ausstrahlen.

Auf Samt gemalt, präsentiert sich die Serie „Maria Callas“ – Ergüsse von reichlich Silber und Gold auf königsblauem, rotem und grünem Samt und von erstaunlicher lyrischer Qualität. Schnabel hat hier darauf verzichtet, die gesamte Leinwand mit Farbe zu durchtränken – eine für ihn ungewöhnliche Geste der Sparsamkeit und Disziplin, die disese Bilder leicht und elegant, fast kostbar wirken lassen. Das gleiche läßt sich im „United Submarine Painting“ beobachten, wo die bei Schnabel meist unglücklichen Ansätze zum Figurativen unter einem Schauer von Farben effektvoll erstickt werden.

Schnabel – und das gehört zu seinem Macho-Image – kämpft mit seinem Material. Mit Leinwand, mit dickem Rupfen, mit Sisal, mit Samt, und sogar mit einem dicken orientalischen Teppich. Gelegentlich – und die Bilder auf Samt beweisen das – verträgt sich die Geste mit dem Material, schafft Schnabel eine neue, aufregende Oberfläche. Auch in den „Broken Plate Paintings“ wird das deutlich, wo Schnabel eine vielschichtige, fast archäologisch gewachsene, dichte Oberfläche erreicht. Obwohl individuelle Amphoren, Töpfe und Teller aus diesem Scherben-Trümmerfeld herausragen, wird doch deutlich, daß sie ihre Identität aufgeben und unter Schnabels Händen sichtbarer Teil der Geschichte geworden sind.

Gelegentlich kommt es auch vor, daß der Künstler die Waffen strekken muß: Den chinesischen Teppich jedenfalls hat Julian Schnabel, trotz Gallonen von häßlicher brauner Farbe, nicht unterkriegen können. Während sonst die Transformationen meist geglückt sind und Schnabel mit seinem ungeheuren Ego es irgendwie fertigbringt, dem Material seinen unverwechselbaren Stempel aufzudrükken, hing da nichts als ein bekleckster chinesischer Blumenteppich, dem auch der abstruse Titel „He Had a Hat“ nicht zum Kunstwerk verhelfen kann.

Julian Schnabel ist ein typisch New Yorker Phänomen. Diesen Eindruck mußte man in den letzten Jahren – genau: seit dem Aufblühen des Neo-Expressionismus – gewinnen. Hier wird, angefeuert von ausstellungwütigen Galeristen, den Künstlern jedes Werk unter dem noch feuchten Pinsel weggezogen und ausgestellt – ganz gleich, ob das Bild nun ausstellungsreif ist oder nicht.

Ein Blick auf die Preisliste der neuen Schnabel mag das erklären: Zwischen 25 und 75 000 Dollar werden für die Arbeiten verlangt. Und der Gag, daß es keine Fotos von dem Künstler gibt – man soll nur seine Werke betrachten, verkündet er immer wieder –, verstärkt den Effekt des Besonderen.

VERA GRAAF

Familienleben auf amerikanisch: Norman Jewisons Film „Zwei dicke Freunde“ in den Kinos

Nicht jede Bahnfahrt ist der Ehe förderlich . . .



. . . nicht der von Richard (Burt Reynolds) . . . FOTOS: WARNER-COLUMBIA

Richard und Paula lieben sich. Woraus folgt: Man heiratet. Aber eitel Harmonie am Anfang läßt bei einem Film Böses ahnen. Mag er auch wie Norman Jewisons jüngstes Werk „Zwei dicke Freunde“ heißen.

Valerie Curton und Barry Levinson, die das Drehbuch über ein Drehbuchautoren-Gespann schrieben, das zuerst zusammen arbeitet, dann zusammen lebt und schließlich zusammen wohnt – worauf die Hochzeit nicht ausbleiben kann –, erkennen die Ursache aller Störung in spezifisch amerikanischen Verhältnissen. Und das heißt hier: In der schier äffischen Liebe zu Daddy und Mummy, die den Kindern andressiert wird. Denn jeder heiratet immer auch die „Familienbande“ des anderen.

Nach einer das eheliche Leben arg behindernden Bahnfahrt aus dem besonnten Kalifornien ins winterlich-frostige Buffalo führt der Film dann auch zwei Paare schrulliger Schwiegereltern vor, wie sie im Buche stehen. Daddy eins muß sich seine Männlichkeit beweisen, indem er trotz Schnee und Eis ohne Mantel herumläuft oder das Dienstmädchen durch plumpe Annäherungen verjagt. Seine Frau hat vergessen, daß ihre Tochter inzwischen erwachsen ist und vereinnahmt deren Ehemann einfach als Söhnchen. Und wenn man aus dem Regen in die Traufe gekommen ist, wenn eine fotografier- und partysüchtige Schwiegermutter alles durcheinander bringt, kann es gar nicht ausbleiben: Die zwei dicken Freunde sind heillos zerstritten, man beschließt Trennung und Scheidung. Nur ein Wunder kann da helfen.

Kein Zweifel: Für Amerikaner ist das was. Und es sind gewiß nicht allein die spießig eingerichteten Wohnungen, in denen sie allzu Bekanntes wiedererkennen und wiehernd belachen. Nur ist das, selbst wenn die Strukturen im wesentlichen gleich sind, in dieser Form nicht unmittelbar in unsere Breiten zu übertragen. Das von einer Komödie erwartete Vergnügen bleibt aus.

Der dramaturgische Mangel einer Geschichte, die schlicht Episoden aneinander reiht, kommt hinzu: Norman Jewison, dem wir doch etliche respektable Filme verdanken („Cincinnati Kid“ oder „Anatevka“, aber auch „Rollerball“), kann daraus keinen sehenswerten Film machen. Das gilt auch dann, wenn er in Burt Reynolds und Goldie Hawn zwei bewährte und ebenbürtige Hauptdarsteller hat. Selbst daß er jede Nebenrolle exakt mit dem richtigen Typ besetzte, rettet ihn nicht. Mehr als Konfektion, als ein Film von der Stange, ist nicht herausgekommen.

KATHRIN BERGMANN



. . . und nicht der von Paula (Goldie Hawn), aus dem Film „Zwei dicke Freunde“

JOURNAL

Friederike Roth gewann Ingeborg-Bachmann-Preis

AP, Klagenfurt

Als erste Frau hat die Stuttgarterin Friederike Roth den Ingeborg-Bachmann-Literaturpreis 1983 gewonnen. Der von der Stadt Klagenfurt gestiftete Preis ist mit 120 000 Schilling (etwa 17 000 Mark) dotiert. Der Preis der Jury in Höhe von 75 000 Schilling (10 700 Mark) wurde dem 35jährigen Münchner Gerhard Köpf zuerkannt. Uwe Herms (46) aus Hamburg erhielt den Preis der Kärntner Industrie. Die Siegerin hatte aus dem im Herbst erscheinenden ersten Band einer Trilogie mit dem Titel „Das Buch des Lebens – ein Plagiat“ gelesen. Die 35jährige Friederike Roth ist bisher mit zwei Theaterstücken, zwei Lyrikbänden und einem Prosaband in Erscheinung getreten.

Erstes Napoleon-Schiff vor Ägypten gefunden

AFP, Aboukir

Die Suche nach der vom englischen Admiral Nelson 1798 vor der ägyptischen Küste versenkten Flotte Napoleons hat einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Mit Hilfe eines an den Arbeiten beteiligten französischen Minensuchboots konnten die Heckpartie sowie die Kanonen und der Hauptmast einer der Fregatten der Napoleon-Flotte unmittelbar vor der Küste bei Aboukir, 30 Kilometer westlich der Hafenstadt Alexandria, entdeckt werden. Um welches Schiff der Flotte es sich handelt, war bislang nicht zu klären. Die Arbeiten werden von dem französischen Cineasten Jacques Dumas und dem Napoleon-Nachfahren Prinz Louis Napoleon (69) geleitet.

Wuppertal erinnert an Gustav Wiethüchter

epl. Wuppertal

Wiethüchter rückt uns immer näher, er drückt auf deutsch aus, was Braque auf französisch sagt." Das schrieb Max Osborn 1932 in der „Vossischen Zeitung“. Doch Gustav Wiethüchter (1873–1946) wurde weitgehend vergessen, obwohl er in den zwanziger Jahren zu den einflußreichsten Künstlern des Rheinlandes gehörte. Vor allem als Pädagoge war er sehr geschätzt. Jankel Adler und Otèo Coester waren neben vielen anderen seine Schüler. Ob Wiethüchter zu Unrecht vergessen wurde, erlaubt (bis zum 3. Juli) eine eindrucksvolle Retrospektive nachzuprüfen, die ihm das Von-der-Heydt-Museum seiner Heimatstadt Wuppertal eingerichtet hat.

Nationalgalerie London kauft Raffael-Gemälde

dpa, London

Die National Gallery in London hat eines der letzten Meisterwerke des italienischen Renaissancemalers Raffael (1483–1520) erstehen können, das sich noch in Privatbesitz befand. Die Kaufsumme wurde nicht bekannt, doch Experten schätzen den Wert des Bildes auf rund vier Millionen Mark. Das Gemälde von etwa 1505 zeigt Johannes den Täufer als Prediger vor lauschenden Menschen. Das Werk ist eines der drei kleinformatigen Gemälde, die Raffael für den Altar „Die Verherrlichung der Madonna“ gemalt hat. Die beiden anderen sind zerstört, das Mittelstück jedoch befindet sich ebenfalls im Besitz der Londoner Nationalgalerie.

Moskauer Filmfestival mit 25 deutschen Filmen

dpa, Moskau

Bei den 13. Internationalen Filmfestspielen in Moskau vom 7. bis zum 21. Juli ist die Bundesrepublik mit etwa 25 Spiel-, Kurz-, Dokumentar- und Kinderfilmen vertreten. Eine derart starke Präsenz des deutschen Films hat es in Moskau noch nicht gegeben. Der offizielle westdeutsche Wettbewerbsbeitrag ist die Thomas-Mann-Verfilmung „Doktor Faustus“ des Münchners Franz Seitz. Im Kinderfilmwettbewerb laufen „Meister Eder und sein Pumuckl“ von Ulrich König und der Kurzfilm „Als die Igel größer wurden“ von Ursula und Franz Winzentsen.

Wiener Geburtstage

dpa, Wien

Heinz Moog, lange Jahre Mitglied des Wiener Burgtheaters, wird heute 75 Jahre alt. 1908 in Frankfurt am Main geboren, begann Moog die Schauspielerkarriere in seiner hessischen Heimat. Noch während des Krieges kam er ans Burgtheater, wo er in vielen klassischen und modernen Charakterrollen bald Ansehen gewann. Unvergessen sind sein Schmidt-Lausitz in Carl Zuckmayers „Des Teufels General“, sein Wurm in „Kabale und Liebe“, sein Tartuffe und sein Mephisto. Jüngst hatte er im Wiener Volkstheater wesentlichen Anteil am Uraufführungs-Erfolg des Stükkes „Josef und Maria“ von Peter Turrini.

Ebenfalls in Wien feiert heute der Regisseur Franz Antel seinen Geburtstag. Es ist sein 70. Antel hat nie nach dem großen Kunstwerk gestrebt, sondern sich als guter Handwerker gefühlt. Er drehte, was der Markt verlangte: Heimatfilme, Alt-Österreichisches, dann ließ er sich gern auf der Sex-Welle weitertreiben. Aber es gelangen ihm auch anspruchsvolle Werke wie „Oberst Redel“, und mit der Verfilmung des Theaterstücks „Der Bockerer“ von Ulrich Becher und Peter Preses (1981) wurde er sogar „Oscar“-verdächtig.

Ungebrochen geht Dieter Zlof in eine neue Runde

Oetker-Entführer strebt Wiederaufnahme-Verfahren an

PETER SCHMALZ, München

Noch einmal flammen die Fernsehscheinwerfer für ihn auf, noch einmal zucken die Blitzlichter der Fotografen, als Dieter Zlof gestern vormittag den Sitzungssaal des Münchner Zivilgerichts betritt. Es ist ausgerechnet der Saal Nummer 13 von dem sich der Angeklagte das Glück erhofft, Fakten und Gründe für ein Wiederaufnahmeverfahren zu finden, durch das er seine Unschuld im Entführungsfall Oetker beweisen möchte. Als Entführer des Industriellensohnes und als Erpresser von 21 Millionen Mark Lösegeld ist er rechtskräftig zu 15 Jahren Haft und zur Rückzahlung der Beute verurteilt.

Doch Zlof gibt sich nicht geschlagen. Erhobenen Hauptes kommt er in den Saal, leger im dunkelblauen Samtjackett mit offenem Hemd bekleidet. Freundlich lachend grüßt er ihm bekannte Journalisten, erkundigt sich nach einer Reporterin der *BILD-Zeitung* und nickt verständnisvoll, als diese von einem Kollegen artig entschuldigt wird. Dann sagt er einem Fernsehreporter ins Mikrophon, hier gehe es um „eine weitere Runde im Kampf", ehe Einzelrichter Guido Kotschy die „Sache Freistaat Bayern gegen Dieter Zlof" aufruft.

56 793 Mark und zusätzlich monatlich 956 Mark Rente für das Entführungsopfer Richard Oetker will der bayerische Staat bei Zlof einklagen. Die Summe setzt sich zusammen aus bereits gezahlten Rentenleistungen, aus 20 000 Mark Behandlungskosten und aus 17 000 Mark Entschädigung. Sollte Zlof zur Zahlung verurteilt werden, wird die Staatskasse aber außer Gerichtskosten kaum etwas zu verbuchen haben, denn Zlof ist mittellos, mit einer Million und sechzigtausend Mark Schulden belastet und zur Rückzahlung von 21 Millionen Mark verurteilt. In der Haftanstalt im niederbayerischen Straubing verdient der 40jährige nicht mehr als ein Taschengeld bei seiner Arbeit als technischer Zeichner. Seine Ehefrau Christl (41) lebt mit ihren sieben- und zehnjährigen Söhnen von der Sozialhilfe.

Eine letzte Chance

Angesichts dieser persönlichen Finanzlage zeigt sich Zlof unbeeindruckt von der staatlichen Geldforderung, er sieht sie sogar als eine große – vielleicht sogar seine letzte – Chance, die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen aus dem Sensationsprozeß vor dem Münchner Schwurgericht zu erschüttern. Denn Richter Kotschy ist gezwungen, unabhängig vom Ausgang des Strafverfahrens sich selbst ein Bild von der Schuldhaftigkeit des zur Zahlung Beklagten zu verschaffen. Zu seiner „Erkenntnisschöpfung", wie es im Juristendeutsch lautet, liegen zwar die gesamten Prozeßakten des Schwurgerichts hinter seinem Stuhl in drei Umzugskartons verpackt, die Glaubwürdigkeit der Zeugen und die Stichhaltigkeit der *Belastungs-Indizien* muß er aber durch neue Vernehmungen prüfen.

Zlofs Rechtsanwälte nutzen die Möglichkeit, Zeugenaussagen zu erschüttern, und lassen sich selbst in den Zeugenstand rufen. Dort versucht Steffen Ufer, der Zlof im Strafprozeß verteidigte, die schwerwiegende und für die Verurteilung bedeutende Aussage des Kufsteiner Reisebüroangestellten Maximilian L. zu entkräften: L., bei dem ein Mann sechs Tausend-Mark-Scheine aus der Lösegeldbeute einlöste und der Zlof wiedererkannt haben will, habe bei seinen fünf Vernehmungen vor der Polizei immer nur von „Auffälligkeiten im Gesicht" des Einlösers gesprochen, erst im Prozeß habe er von „durchdringenden Augen" und von „selten ausgeprägten Backenknochen" gesprochen. Diese Zeugenaussage sei für ihn ein „einmaliges Erlebnis" gewesen. Kaufmann L. ist ebenfalls als Zeuge vors Zivilgericht geladen, er will aber nicht nach Bayern kommen und muß nun im Rahmen der Rechtshilfe vor einem österreichischen Bezirksgericht vernommen werden.

Unklare Tonbandaufnahmen

Unklar ist noch, ob der Münchner Phonetik-Professor Hans Tillmann als Sachverständiger die Gelegenheit erhalten wird, dem Zivilrichter einen Vergleich der Stimme von Zlof und der auf einem Tonband festgehaltenen Erpresserstimme vorzulegen. Schon im Strafprozeß war von den Experten des Physikalisch-Technischen Bundesamtes in Braunschweig die Polizei gerügt worden, weil sie Tonbandaufnahmen von miserabler Qualität produziert hatte. Nur in wenigen Frequenzen war den Braunschweiger Fachleuten ein Stimmenvergleich möglich, der aber zu keinem positiven Ergebnis führte. Professor Tillmann verfügt inzwischen über verfeinerte Verfahren, die einen Vergleich auf mehreren Frequenzen erlauben soll. Der Anwalt des Freistaats will das Gutachten verhindern, Zlof aber kämpft um den Wissenschaftler. Da ihm allerdings die Prozeßkostenhilfe verweigert wurde, hat er das nötige Geld noch nicht beisammen.

Sein Anwalt Ufer sieht in dem Wunsch von Zlof, einen Stimmenvergleich mit besseren Methoden anzustellen, einen wichtigen Hinweis auf seine Unschuld. Ufer zur WELT: „Er muß wissen, daß auf dem Band nicht seine Stimme sein kann." Das Verfahren wird sich bis in den Herbst hinziehen.



Kopflastig
Aufgenommen von Manfred Grothe auf den Osterinseln

Mit maßvoller Forderung auf Konfrontationskurs

Neue Bonner Tierschutzgruppe stellt ihr Programm vor

E. NITSCHKE, Bonn

Wenn richtig gezählt wurde, dann gibt es in vier von zehn Haushalten der Bundesrepublik Deutschland Haustiere: unter anderem 47 Millionen Zier- und Goldfische, vier Millionen Sittiche und Papageien, weit mehr als drei Millionen Hunde, ähnlich viele Katzen. Die Novellierung des Tierschutzgesetzes, vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle, soeben wieder angekündigt, hat so einen Interessentenkreis ungewöhnlichen Ausmaßes. Umkämpftester Punkt der verschiedensten Gruppierungen dabei: die Tierversuche.

„Um die allgemeine Diskussion aus dem Stadium der Absichtserklärungen herauszuführen und das Handeln des Gesetzgebers zu beschleunigen", hat nunmehr ein „Bonner Arbeitskreis für Tierschutzrecht", auf eigene Kosten und auf rund 60 Druckseiten ausgebreitet, einen, wie die Initiatoren meinen, „übernahmereifen Entwurf zur Novellierung" vorgelegt. Zu den Verfassern gehören bekannte Wissenschaftler. Die Konfrontation mit Teilen der Tierschutz-Szene ist programmiert. Zu einer Absichtserklärung des Arbeitskreises heißt es, daß man „eine verantwortungsbewußte Güterabwägung zwischen Tierschutz und Forschungs- oder Prüfungsziel gewährleisten" wolle. Außerdem wird Verständnis dafür geäußert, daß „der Gesetzgeber von extremen und wirklichkeitsfremden Anschauungen abrücken" werde. Der ehemalige Vizepräsident des Bayerischen Obersten Landesgerichtes, Albert Lorz, sagt im Vorwort der Veröffentlichung (Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden): „Auch ist nach unserer Meinung einer nicht schon deswegen ein besserer Tierschützer, weil er mehr fordert als andere."

Was aber von dem Arbeitskreis gefordert wird, ist schon eine ganze Menge. Tierschutzbeauftragte sollen in jeder Tierversuchseinrichtung bestellt werden, die nicht selbst experimentieren dürfen, sondern nur „beratend und kontrollierend" Stellung nehmen. Tierhandel und Tierzucht sollen in weitem Umfang, unbeschadet der schon bisher für die Landwirtschaft geltenden Sonderregelung, erlaubnispflichtig werden. Begründung: „Fachkundenachweise werden sogar in der Hackfleischverordnung und Zuverlässigkeitsnachweise für Makler, Bauträger und Baubetreuer gefordert, nicht aber für gefährdete Tiere in Zucht und Handel."

Ethik-Kommissionen der Länder, bestehend aus jeweils einem Drittel von Vertretern der Naturwissenschaften, der Geisteswissenschaften und des Tierschutzes, sollen künftig die Behörden durch zusätzliche Bewertung von Versuchsanträgen entlasten. Ein „Rat von Sachverständigen" des Bundes hat sich, so der Text, aller aktuellen Tierschutzprobleme anzunehmen, und die Bundesregierung schließlich soll dem Bundestag alle zwei Jahre über den „Stand der Entwicklung des Tierschutzes berichten". Jeder, der Tierversuche machen will, muß einen „Beitrag zur Förderung der Forschung" und Entwicklung von Alternativmethoden zum Tierversuch leisten.

Ganz am Rande könnte der Gesetzentwurf, wird er akzeptiert, einen bedeutenden Kundenkreis des Tierhandels reduzieren. Ohne Einwilligung von Erziehungsberechtigten sollen Jugendliche unter 16 Jahren kein lebendes Tier kaufen dürfen.

Fünf Opfer bei Flugzeugkollision über Biberach

AP, Biberach

Fünf Menschen sind gestern im württembergischen Biberach beim Absturz eines französischen Militärflugzeugs vom Typ Mirage ums Leben gekommen, acht Menschen wurden bei dem Unglück verletzt. Die Maschine war zuvor in der Luft mit einem Sportflugzeug zusammengeprallt. Brennende Wrackteile der Mirage stürzten auf Wohnhäuser im Biberacher Ortsteil Birkendorf. Drei Häuser brannten aus, an weiteren vier Gebäuden entstand erheblicher Sachschaden, ferner soll ein Einkaufszentrum nach ersten Berichten betroffen worden sein. Auch Stunden nach dem Unglück konnte die Polizei keine genauen Angaben über den Hergang machen. Ein Polizeisprecher von Biberach sagte: „Am Unglücksort brennt es furchtbar. Die Feuerwehren der umliegenden Orte sind im Einsatz. Alles geht drunter und drüber." Nach Angaben der Landespolizeidirektion Tübingen waren zwei der tödlich verletzten Opfer „mit ziemlicher Sicherheit" Bewohner von in Brand geratenen Häusern. Der dritte Tote sei vermutlich der Pilot der Militärmaschine. Am Absturzort des Sportflugzeuges seien bisher zwei Tote gefunden worden.

Wieder Schaltsekunde nötig

dpa, Braunschweig

Zeitsignale und Normalzeituhren werden am Freitag dieser Woche um 02.00 Uhr wieder um genau eine Sekunde angehalten. Damit wird die um 01.59 Uhr beginnende Minute auf 61 Sekunden verlängert. Es ist die zwölfte Schaltsekunde seit 1972. Schaltsekunden werden durch die ungleichförmige Rotation der Erde notwendig.

Polizisten entwaffnet

rtr, Berlin

Zwei maskierte Männer haben gestern früh bei einem Überfall auf ein Restaurant im Berliner Bezirk Hermstorf zwei Polizeibeamte gefesselt und entwaffnet. Die Täter hatten vorher in dem Lokal vier Angestellte mit einer Waffe bedroht und anschließend die Polizei unter einem Vorwand rufen lassen.

Grizzly zerriß Camper

dPa, West Yellowstone

Zum ersten Mal seit mehr als hundert Jahren hat jetzt im Yellowstone Park ein 272 Kilogramm schwerer drei Meter großer Grizzly-Bär einen Menschen zerrissen. Das Tier hatte sein Opfer, einen 23jährigen Camper aus Wisconsin, am Sonnabend auf einem Zeltplatz im Schlaf überfallen und teilweise aufgefressen. Der elf Jahre alte Bär wurde eingefangen und getötet.

Wissenschaftler abgestürzt

rtr, Cambridge

Ein deutscher und zwei britische Wissenschaftler sind vorgestern bei einem Hubschrauber-Absturz ums Leben gekommen. Der Unfall ereignete sich, als die Wissenschaftler aus der Luft auf einer Sandbank in der Wash, einer großen rund 160 Kilometer nördlich von London entfernten Meeresbucht, Seehunde zählten. Auch der Hubschrauber-Pilot wurde getötet.

Dreieinhalb Jahre gefordert

dpa, München

Dreieinhalb Jahre Freiheitsstrafe wegen Totschlags in einem minderschweren Fall hat der Staatsanwalt gestern vor dem Schwurgericht *München für den Todesschützen* von Gauting gefordert. Der 30jährige Fürstenfeldbrucker Polizeibeamte Friedrich Konzack hatte in der Nacht zum 20. März den 14jährigen Schüler Jürgen Bergbauer durch ein Fenster des Gautinger Jugendzentrums erschossen.

Proberunden für Sparflugzeug auf NATO-Platz

dpa, Aachen

Zwei junge Wissenschaftler der Technischen Hochschule Aachen haben ein zweisitziges Sportflugzeug aus Kunststoff gebaut, das weniger Sprit braucht als ein kleines Auto. Mit einer Motorleistung von 68 PS und knapp fünf Litern Superbenzin auf 100 Kilometer gilt das Flugzeug, das eine Reisegeschwindigkeit von 275 Stundenkilometer erreicht, als die sparsamste Maschine der Welt. Handelsübliche Flugzeuge dieser Größenordnung schlucken das Dreifache an Treibstoff.

Vor zweieinhalb Jahren begannen der Diplomphysiker Bernhard Sünder (29) und der Flugzeugbau-Diplomingenieur Volker Cleemann (31) in ihrer Freizeit mit der Arbeit. Dritter im Bunde ist der Aachener Kaufmann Karlheinz Roskopf (58). Er finanzierte die Materialkosten.

Nach rund 5000 Arbeitsstunden war das Hobby-Flugzeug fertig. Die „Dragonfly D-EJUL" (Libelle) hat ihren Jungfernflug auf dem NATO-Flugplatz Nörvenich bei Düren schon erfolgreich bestanden. „Sie fliegt sehr sehr schön", attestierte ihr Testpilot Gerd Selleske, der zur Zeit die Maschine mit einer vorläufigen Verkehrszulassung des Luftfahrtbundesamtes in Braunschweig einfliegt. Für Start und Landung in Nörvenich erhielt er vom Flugplatzkommandanten eine Sondergenehmigung.

Auf die Idee, ein Flugzeug zu bauen, kamen die drei, die alle Hobbypiloten sind, „weil das Fliegen durch die gestiegenen Spritpreise so unheimlich teuer wurde und überhaupt die Relation zwischen Flugspaß und Kosten nicht mehr stimmt".

Außerdem sind nach ihrer Ansicht die auf dem Markt befindlichen Maschinen dieser Art, die alle kaum unter 80 000 Mark zu haben sind, total veraltet. Sünder: „Sie werden noch nach Modellen wie vor 30 Jahren gebaut, ohne den neuen technologischen Entwicklungen und dem Energiesparen Rechnung zu tragen."

Bis auf Motor, Instrumente und Räder, die „von der Stange" gekauft wurden, ist alles Handarbeit. Mit einem Leergewicht von 300 Kilogramm – allein die Motoreinbauten wiegen 90 Kilogramm – ist das Flugzeug bei gleicher Festigkeit fast die Hälfte leichter als die üblichen Maschinen ähnlicher Auslegung. Nach dem typischen Höhenruder sucht man vergebens. Die Maschine hat statt dessen vier gleich große Tragflächen, zwei an jeder Seite, mit einer Spannweite von 6,90 Metern. Die Grundkonzeption mit der Tragflächenanordnung, „die es schon um 1903 in den USA gab, aber dann wieder in der Versenkung verschwand", übernahmen sie von einem ähnlichen Prototyp, der in Amerika seit zwei Jahren fliegt.



Triumpf eines Dreimann-Teams mit wissenschaftlichem Ehrgeiz: Mit fünf Litern Benzin auf 100 Kilometer das sparsamste Flugzeug der Welt. FOTO: DPA

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Von Nordwesten her wird kühlere Meeresluft herangeführt, die auch im Süden die bisher wetterbestimmende schwülwarme Luft ersetzt.

Vorhersage für Dienstag:

Süden und Südosten: Wechselnde, zeitweise starke Bewölkung mit einzelnen Schauern, örtlich auch mit Gewittern. Höchsttemperaturen 21 bis 23 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 12 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus West bis Nordwest.

Das übrige Bundesgebiet: Wolkig mit Aufheiterungen und nur vereinzelt am Nachmittag leichte Schauer. Tagestemperaturen 17 bis 20 Grad, in den Mittelgebirgen um 13 Grad. Nachts wolkenarm und Abkühlung auf 11 bis 7 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordwest.

Weitere Aussichten:
Auch im Süden wieder freundlich.

Deutscher Wetterdienst 27. Juni 1985, nachm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	23°	Kairo	28°
Bonn	18°	Kopenh.	16°
Dresden	19°	Las Palmas	22°
Essen	14°	London	13°
Frankfurt	21°	Madrid	23°
Hamburg	17°	Mailand	21°
List/Sylt	14°	Mallorca	28°
München	21°	Moskau	18°
Stuttgart	20°	Nizza	22°
Algier	25°	Oslo	15°
Amsterdam	15°	Paris	17°
Athen	27°	Prag	22°
Barcelona	25°	Rom	25°
Brüssel	14°	Stockholm	15°
Budapest	27°	Tel Aviv	28°
Bukarest	28°	Tunis	33°
Helsinki	13°	Wien	24°
Istanbul	24°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.08 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 0.28 Uhr, Untergang: 8.49 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein anrüchiger Grund zwang Challenger zur forcierten Rückkehr auf die Erde

SAD, Houston

Penetranter Latrinengeruch schlug dem Bodenpersonal entgegen, als es am Samstag die in Kalifornien gelandete „Challenger" betrat. Bevor das Reinigungskommando mit seiner Arbeit beginnen konnte, mußten Gasmasken herbeigeschafft werden. Die Bordtoilette, die schon bei vorangegangenen Flügen wiederholt Probleme gemacht hatte, war wieder einmal zusammengebrochen. Der Gestank war ekelerregend: Die Toilette war, wie erst jetzt bekannt wurde, bereits am dritten Tag ausgefallen, und das bei fünf „Mann" an Bord.

Die Nasa hat diese Umstände bisher geheimgehalten. Sie wurden jetzt aus den Kreisen jener Techniker bekannt, die von Florida aus nach Kalifornien geflogen wurden, nachdem die Landung am Startkap des schlechten Wetters wegen abgesagt worden war.

„Es muß fürchterlich gestunken haben während der letzten beiden Flugtage", meinte einer dieser Techniker, „wir können die Besatzung nur bewundern – denn alle fünf stiegen ja strahlend aus, lächelnd, als sei alles in Ordnung. Vielleicht auch gewöhnt sich die Nase an so etwas. Für uns war es jedenfalls unerträglich.

Aus den Hunderten Seiten von Transkript-Aufzeichnungen des Funksprechverkehrs zwischen Mission Control und der „Challenger"-Besatzung geht das Versagen der Toilette mit keinem Wort hervor. Einzelheiten darüber sind offensichtlich auf dem Fernschreiberwege ausgetauscht worden. Der Fernschreibverkehr zwischen Raumflugzeug und Houston war bei diesem Flug demnach besonders intensiv.

Damit scheint auch der Grund klar zu sein, weshalb die Nasa nicht von der ursprünglichen Absicht Gebrauch machte, im Falle schlechten Landungswetters den Flug um 24 oder 48 Stunden zu verlängern, um dann doch noch am Startkap zu landen. Am Wochenende herrschte bestes Wetter über dem Kennedy Space Center in Florida, und das dürfte auch den Meteorologen der US-Luftwaffe, die für die Vorhersagen zuständig sind, nicht verborgen geblieben sein.

Offiziell war die Nichtverlängerung des Fluges damit begründet worden, daß zwei „Apu" genannte Hilfsstromaggregate, von denen die gesamte Hydraulik der Maschine abhängig ist, nicht einwandfrei funktionierten. Aber die „Apus" waren wahrscheinlich nur „vorgeschoben" worden: Die verstopfte Toilette und die verpestete Kabinenluft dürften den Ausschlag gegeben haben.

Wie sich die fünf Besatzungsmitglieder zwischen Dienstag und Freitag vergangener Woche „beholfen" haben, bleibt bisher ihr Geheimnis. Selbst wenn sie versucht haben, die verstopfte Toilette so gut wie möglich zu isolieren, dürfte der Geruch damit nicht zu „bändigen" gewesen sein.

Diese Toilette, die für den Flug der ersten amerikanischen Dame im All eigens mit einem Vorhang versehen worden war, hat seit eh und je Schwierigkeiten gemacht. Ein „Slinger" genannter Absaugteil, der mit Luftdruck arbeitet, war immer wieder ausgefallen: Statt abzusaugen hatte er die ganze „Sauce" in Gegenrichtung – auf die Toilettenbrille – geschleudert. Das, so hatte man diesmal bei der Nasa erklärt, sollte sich nicht wiederholen. Ein Irrtum, wie sich nunmehr herausgestellt hat.

Jugendzentrum in Wien gestürmt

Pol, Wien

Mit brennenden Matratzen und Pflastersteinen lieferten 200 Jugendliche in der Nacht zu gestern der Wiener Polizei eine stundenlange Schlacht. Die Bewohner eines Jugendzentrums im 5. Wiener Gemeindebezirk hatten ein sogenanntes „Protestfest" inszeniert, in dessen Verlauf lautstark die Überweisung eines fälligen Subventionierungsbetrages von der Stadtverwaltung gefordert wurde.

Die in ihrer Nachtruhe gestörten Anrainer riefen die Polizei. Die Beamten wurden mit brennendem Bettzeug und Matratzen empfangen. Von den Dächern eröffneten die Jugendlichen ein Bombardement mit Steinen. Zwei Polizisten und eine Passantin wurden schwer verletzt. An 20 Autos entstand Sachschaden. Die Polizei drang schließlich in das Gebäude ein und verhaftete 60 Personen.

Inzwischen wurde bekannt, daß die Stadtverwaltung die dem Zentrum zustehende Rate von 21 000 Mark nicht auszahlt, weil krasse Mißstände in der Abrechnung früherer Subventionsgelder festgestellt wurden. Das Jugendzentrum, das als Umschlagplatz für Rauschgift gilt, soll heute abgerissen werden.

ZU GUTER LETZT

Weil ein Hornist der Wiener Philharmoniker während der Galaaufführung der „Bohème" im 1. Akt einen falschen Ton von sich gegeben hatte, forderte Dirigent Giuseppe Patané die Abberufung des Musikers und verließ zutiefst beleidigt den Saal, als man diesem „Wunsch" nicht nachkam. Es ging auch ohne den Maestro. Zu Ende dirigierte unter großem Beifall der im Saal als Zuhörer anwesende Konzertmeister J. Binder.